

ISS AKTUELL

2/2018

INSTITUT FÜR STRATEGIE UND SICHERHEITSPOLITIK
LANDESVERTEIDIGUNGS-AKADEMIE WIEN

HERWIG JEDLAUCNIK (HRSG.)

ZUR STRATEGISCHEN LAGE JAHRESMITTE 2018

globale akteure und internationale
organisationen

   [bundesheer.at](https://www.bundesheer.at)



UNSER HEER



Impressum:

Amtliche Publikation der Republik Österreich/
Bundesminister für Landesverteidigung

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:

Republik Österreich/Bundesminister für Landesverteidigung,
BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungsakademie
Institut für Strategie und Sicherheitspolitik
Stiftgasse 2 a, 1070 Wien

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

ISBN: 978-3-903121-49-2

Juni 2018

Druck:

Heeresdruckzentrum, 1030 Wien



AT/028/048



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“
des Österreichischen Umweltzeichens,
UW-Nr. 943

Vorwort

Es ist inzwischen zu einer Tradition geworden, Ihnen mit dem alle sechs Monate erscheinenden Überblick zur strategischen Lage einen kurzen Rückblick auf die Ereignisse des vergangenen Halbjahres zu präsentieren. Damit wollen wir laufende Entwicklungen in größeren Zusammenhängen betrachten und zugleich eine Einschätzung möglicher künftiger Abläufe erleichtern. Es geht uns in dieser bewusst knapp gehaltenen Zusammenfassung nicht um eine umfassende Darstellung aller Geschehnisse der vergangenen Monate, sondern um eine kurze, aber präzise Analyse und Bewertung ausgewählter Aspekte unter Berücksichtigung regionaler Zusammenhänge. Der letzte derartige Überblick erschien im Jänner 2018; die einzelnen Beiträge des vorliegenden Berichts wurden Mitte Juni 2018 fertig gestellt.

Diese Ausgabe erscheint am Vorabend der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Österreich. Nach 1998 und 2006 hat Österreich damit bereits zum dritten Mal den Ratsvorsitz inne. War diese Rolle 1998 für Österreich – gerade drei Jahre nach dem EU-Beitritt 1995 – noch neu und wurde auch propagandistisch massiv beworben, so ist die öffentliche Präsenz dieser Funktion heute deutlich geringer. Dies nicht zuletzt auch deshalb, weil die Gestaltungsmöglichkeiten des jeweiligen Vorsitzlandes in Folge der institutionellen Veränderungen der EU deutlich abgenommen haben. Dennoch verweise ich in diesem Zusammenhang auf zwei Beiträge dieser Ausgabe, auf jenen von Dr. Gunther Hauser zur EU und den Beitrag von Dr. Rastislav Báčora zu den Beziehungen zwischen der EU und Russland.

Die unkonventionelle und vielfach umstrittene Politik von US-Präsident Trump bewegt die internationale Politik auf eine bisher unbekannt Art und Weise. Wir haben daher versucht, Ihnen zwei unterschiedliche Blickwinkel in der Betrachtung seiner Politik darzulegen. Einerseits bietet Ihnen Dr. Felix Schneider, in gewohnt kritischer Position gegenüber Präsident Trump, in seinem Beitrag über die USA eine umfassende Darstellung der US-Politik der letzten sechs Monate. Dr. Jedlaucnik wiederum versucht, Ihnen in seinem Einleitungsbeitrag eine mögliche Erklärung von Trumps Außen- und Sicherheitspolitik aus politikwissenschaftlicher Sicht anzubieten.

Die Leitung und Redaktion dieser Zusammenschau lag wieder in den bewährten Händen von Oberst Dr. Herwig Jedlaucnik. Ihm und allen Kollegen, die an der Erstellung dieses Überblicks beteiligt waren, gebührt unser Dank. Neben den Angehörigen des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik (Dr. Rastislav Báčora, derzeit der Abteilung für Verteidigungspolitik dienstzugehört; Oberst dhmFD Dr. Otto Naderer, derzeit dem Generalstab dienstzugehört; Hofrat Dr. Gunther Hauser und Dr. Felix Schneider) möchte ich Dr. Gerald Hainzl, Mag. Jasmina Rupp, David Fussi und Simon Schwenoha (alle vom Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie), Oberst dG Mag. Walter J. Unger (den Leiter des Cyber-Verteidigungszentrum / Cyber Defence Centre) sowie Dr. Johannes Maerk nennen und danke allen für ihre Mitwirkung. Ganz besonders darf ich diesmal auf den Beitrag von Mag. Barbara Farkas verweisen, die für uns – erstmals in dieser Form – die Lage im indopazifischen Raum analysiert. Mag. Farkas ist Sinologin und hat unter anderem vor einigen Jahren eine hochinteressante Studie über „Chinas strategische Partnerschaft mit dem Sudan“ veröffentlicht. Wir freuen uns ganz besonders, sie im Kreis unserer Autoren begrüßen zu dürfen.

Wie auch bisher, erscheinen die einzelnen Beiträge unter der Verantwortung der jeweiligen Autoren als Wissenschaftler und repräsentieren daher ausschließlich deren persönliche Einschätzung, nicht aber irgendeine offiziöse Meinung des Ressorts oder der Landesverteidigungsakademie.

Die Mitarbeiter des ISS wünschen eine spannende Lektüre.

Hofrat Univ.-Doz. Dr. Ervin A. Schmidl
Leiter des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie in Wien

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
Inhaltsverzeichnis	2
Donald Trump – politisches Phänomen auch auf internationaler Ebene	6
Trumps Weltbild	6
Trumps Kommunikations- und Machtpolitik im Konflikt mit Nordkorea	6
... an der politisch-diplomatischen Front	7
... in seiner Auseinandersetzung mit strategischen Partnern	8
... und in der Handelspolitik.....	8
Die westliche Welt	10
Weltmacht USA oder: Donald Trump und wie er die Welt sieht	11
State of the Union Address	11
Das „Parkland-Massaker“ und die Folgen.....	11
Korea.....	12
Naher Osten.....	13
Syrien.....	13
Iran	14
Trumps „Jingoism“	14
Europa und die EU	17
Deutschland: GroKo bei Grenzschutz nicht einig	17
Polen, Ungarn und Tschechien: Vereint gegen die Europäische Kommission	17
Italien hat gewählt: Sieg der Populisten	19
Österreich nähert sich Russland an.....	19
Der österreichische Ratsvorsitz 2018.....	20
Die NATO und die transatlantischen Beziehungen	25
Einleitung	25
Treffen der NATO-Außen- und Verteidigungsminister im Frühling 2018.....	25
Ausbildungs- und Unterstützungsmissionen.....	25
Fortsetzung von Rüstungsprogrammen.....	26
Partner.....	26
„Open Door“	26
Trilaterales Abkommen Schweden - Finnland - USA.....	26
Katar.....	26
Gefährliche NATO-interne Spannungen.....	26

Zusammenfassung	27
... und ihre Partner und Herausforderer.....	29
Russland im Fokus der Europäischen Union.....	29
Ambivalenz strategischer Beziehungen	29
Putins Wiederwahl und die Skripal-Affäre.....	29
Die Skripal-Affäre	30
EU-Globalstrategie	31
Wirtschaftliche Beziehungen.....	31
Energieabhängigkeit versus Energiesicherheit?	32
Besuch von Putin in Wien	32
Ausblick	33
Der indopazifische Raum	34
Der Nordkorea-Konflikt.....	35
Optimismus & Skepsis	35
Die Parallel-Strategie Nordkoreas	35
Nordkoreas strategische Kommunikation	35
China, der US-Sicherheitsrat & seine Sanktionen.....	36
Das harmonische Treffen der beiden Koreas	36
Der US-nordkoreanische Gipfel.....	36
Chinas geostrategische Sicherheitsmaßnahmen	37
Was passiert im Notfall?	37
Die USA im Nordkorea-Konflikt: Unilaterale US-Maßnahmen als Option	38
Südkorea im Nordkorea-Konflikt	38
Südkoreas Verteidigungskooperation mit den USA	38
Die Zukunft der USFK.....	39
Japan im Nordkorea-Konflikt: Japan verliert sich in Nebensächlichkeiten.....	39
China	39
Image-Boost für das chinesische Militär	39
Chinas Militär der Zukunft.....	39
Serienreife Hyperschallflugzeuge?	40
Die Machtkonsolidierung von Xi Jinping	40
Chinas Neue Seidenstraße	41
Die polare Seidenstraße.....	41
Die Seidenstraße in Ost-Südosteuropa.....	41
China in Zentralasien und Pakistan.....	41
Chinas Wirtschaftskorridor in Pakistan.....	41

China als Mediator	42
Chinas Militärlilfe für Afghanistan	42
Die chinesischen Uiguren	42
Chinesisch – US-amerikanischer Machtkampf im indo-pazifischen Raum	42
Chinas Marine: Vom grünen ins blaue Wasser	42
Chinas Griff auf Taiwan wird fester	43
Die Dominanz der USA	43
Wirtschaftspolitische Aspekte	43
Der strategisch bedeutende Telekomsektor	43
China und der geistige Diebstahl	44
Chinas Industriepolitik „Made in China 2025“	44
Die US-Strafzölle in Asien	44
Chinas Stahlindustrie	45
Das Huhn töten, um den Affen abzuschrecken	45
Die neue Freihandelsstruktur CPTPP	45
Südostasien	45
Das Südchinesische Meer soll chinesisch bleiben	45
Die Sicherheitskooperationen in Südostasien	46
Kampfflugzeuge für Südostasien	47
Südostasien zwischen China & Indien	47
Indien	47
Indien will keine Einkreisung durch China	47
Indiens Grenzdispute mit China	48
Endlich Kampfflugzeuge für Indien?	48
Australien	48
Japans Militarisierung	49
Der historische Machtwechsel in Malaysia: Chinas wahlentscheidender Einfluss	49
Dr. M, 92, Premierminister	49
Die Arabisierung Malaysiens	49
Syrien, Irak und Libyen: Drei Konfliktländer in einer entscheidenden Übergangsphase	50
Die Krisenherde der MENA-Region	51
Syrien: der bevorstehende militärische Sieg des Assad-Regimes	51
Irak - ein Land im Wahlchaos	52
Erste Hoffnungsschimmer in Libyen?	54
Subsahara-Afrika	57
Mozambique	57

Äthiopien	57
Äthiopien/Eritrea	58
Lateinamerika	61
Präsidentschaftswahlen	61
Der chinesische Einfluss in Lateinamerika	62
IBSAMAR – ein trikontinentales Manöver.....	62
Kolumbien als globaler Partner der NATO	62
Cyber-Lage.....	64
Akteure.....	64
Staatliche Bemühungen zur Überwachung von Regierungskritikern	65
Cyber-Spionageziele.....	65
PSYOPS und Cyber-Konflikt	65
Angriffsmethodik	66
Bildnachweis	68
Kartenmaterial.....	69
Autoren.....	70

Donald Trump – politisches Phänomen auch auf internationaler Ebene

Weiterhin sind die USA und ihr Präsident Donald Trump ein bestimmender politischer Faktor auf globaler Ebene. Die USA sind und bleiben das Zentrum westlicher Macht und sind trotz reduzierter Bereitschaft zu Interventionen bereit, ihre Macht zu projizieren. Sie setzen den von US-Präsident Trump eingeschlagenen Kurs der klaren Artikulation und Durchsetzung nationaler Interessen konsequent fort. Es handelt sich bei Trumps Politik jedoch keineswegs um eine massive Veränderung US-amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik; neu ist vielmehr die bisher so nicht gekannte Offenheit, die eigenen Interessen darzulegen und mit massivem Druck durchzusetzen.

Trumps Weltbild

Was Trumps Politik generell und seine internationale Politik im Speziellen von der seines Vorgängers deutlich unterscheidet ist das grundsätzlich andere Verständnis ihres Wesens und des dahinterstehenden Weltbildes. Ohne Realpolitik allzu sehr akademisieren zu wollen, ist erkennbar, dass die Grundlagen für das politische Verständnis internationaler Politik durch die zu analysierenden Akteure auf gegensätzlichen politischen Ideen beruhen – auf Basis der „liberal-institutionalistischen“ Theorieschule einer- bzw. der „realistischen“ Schule andererseits. Grundsätzliche Kenntnisse über Liberalismus-Institutionalismus und Realismus können dabei helfen, das Handeln der Akteure besser zu verstehen. Die beiden Theorieschulen stellen in theoretischer und inhaltlicher Hinsicht gegensätzliche Positionen, also klassische Gegenparadigmen dar. Die Gegensätze beruhen dabei auf unterschiedlichen Annahmen über das Wesen der internationalen Politik, des internationalen Systems und der Sicherheitspolitik. Es handelt sich dabei um höchst divergierende Weltbilder, mit unterschiedlichen Annahmen über Anarchie bzw. Gesellschaftswelt als Grundlagen des internationalen Systems, über die daraus abgeleitete Relevanz von Staaten bzw. internationalen Organisationen sowie die Selbsthilfe bzw. Verrechtlichung als Ansätze zur Problem- und Konfliktbereinigung.

Während für die Obama-Administration internationale Kooperationen im Sinne des Liberalismus-Institutionalismus im Mittelpunkt ihrer internationalen Tätigkeiten stand, legt die Trump-Administration ihren zentralen Ansatz auf Fragen der Sicherheit und der nationalen Interessen im Sinne des Modells des Realismus. Macht und Interesse sind dabei als fixe Bezugspunkte zu betrachten. Die politischen Akteure handeln im Verständnis des Realismus rational, wenn sie ihre Macht nutzen, um ihre Interessen und Ziele zu verwirklichen. Machtstreben, das an Eigeninteresse

orientiert ist, stellt den grundlegenden Antrieb politischen Handelns dar. Angesichts der anarchischen Natur internationaler Politik ist für den Realismus die Verwirklichung nationalen Interesses auch ein moralisch-ethisches Ziel. Macht wird ausgeübt, um konkrete politische Ziele bzw. klar festgelegte politische Prioritäten zu erreichen. Die wesentlichen Ziele sind dabei immer existenzielle Fragen des Staates wie Sicherheit, Macht und Wohlstand. Sicherheitspolitik wird jedoch nicht nach universalistisch-moralischen Kriterien betrieben; vielmehr bedingt insbesondere das Phänomen des Sicherheitsdilemmas¹ die internationalen Handlungen von Staaten. Sicherheit und Stabilität in der internationalen Politik werden nicht durch internationale Institutionen sichergestellt, sondern nur durch die Tätigkeit der staatlichen Akteure. Diese werden als rationale, autonom handelnde Akteure betrachtet, die nach individuellen Kosten-Nutzen-Rechnungen agieren. Die Interessen können dabei situationsbedingt sicherheitspolitische, ökonomische, ideologische oder andere sein. Mit diesem grundlegenden Verständnis ihres Weltbildes werden die Haltungen auch der aktuellen US-Administration grundsätzlich nachvollziehbar und verständlich.

Trumps Kommunikations- und Machtpolitik im Konflikt mit Nordkorea ...

Zu Trumps Besonderheiten zählt die Kommunikation auch internationaler Auseinandersetzungen über soziale Medien.



Donald J. Trump
@realDonaldTrump

Follow

North Korean Leader Kim Jong Un just stated that the “Nuclear Button is on his desk at all times.” Will someone from his depleted and food starved regime please inform him that I too have a Nuclear Button, but it is a much bigger & more powerful one than his, and my Button works!

6:49 PM - 2 Jan 2018

Trumps offen kommunizierte Machtpolitik mittels Twitter ...

Neben der primär auf seine Wähler fokussierten Informationspolitik nutzt Trump diese Art der Kommunikation auch zum Aufbau des seiner Ansicht nach für Verhandlungen notwendigen Drucks. Klassisch war dies zuletzt in der Vorbereitung der Gespräche mit dem nordkoreanischen Machthaber Kim Jong-un zu beobachten. Während Trump einerseits dem nordkoreanischen Machthaber „sehr starke Absicherungen“

¹ Das Sicherheitsdilemma ist das wechselseitige Phänomen, dass Sicherheitsbestrebungen eines Staates von anderen Staaten als Bedrohung und Notwendigkeit eigener Sicherheitsanstrengungen aufgefasst werden.

für seinen Machterhalt als Gegenleistung für eine Vereinbarung mit den USA anbot, richtete er auch massive Drohungen an Nordkorea: Sollte Kim Jong-un nicht zu einem „Deal“ mit den USA bereit sein, werde er „wahrscheinlich“ so enden wie Muammar al-Gaddafi, der ehemalige libysche Machthaber. „Das Libyen-Modell war ein ganz anderer Deal“, erklärte Trump dazu. „Wir haben Libyen vernichtend geschlagen.“ Dies wäre aber nicht sein Plan für Nordkorea, sondern er hoffe auf ein sich entwickelndes Nordkorea.

Trump definiert seine Strategie als „Frieden durch Stärke“. Nach seiner Ansicht benötigen die USA ein starkes Militär, um es niemals einsetzen zu müssen. So twitterte Trump beispielsweise, nachdem er eine seiner Drohungen gegenüber Nordkorea ausgesprochen hatte, über das US-Atomarsenal, dass es mächtiger als je zuvor sei, aber: „Hoffentlich werden wir diese Macht niemals benutzen müssen ...“ Kritiker von Trump postulierten hingegen, dass Trumps Politik der Stärke einen Atomkrieg provoziere.



... abgesichert durch militärische Projektionsfähigkeit ...

... an der politisch-diplomatischen Front ...

Exemplarisch für das Selbstverständnis und die Konsequenz des eigenen politischen Handelns ist der zuletzt an der diplomatischen Front realisierte Austritt der USA aus dem UN-Menschenrechtsrat. Dieser ist in den vergangenen Jahren vor allem dadurch aufgefallen, dass in ihm – im Gegensatz zu seinem Anspruch, dass seine Mitglieder höchsten Menschenrechtsstandards zu entsprechen haben – zahlreiche Staaten, denen massive Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden, stimmberechtigte Mitglieder waren. Insbesondere die Mitgliedsstaaten der Organisation islamischer Staaten haben traditionell etwa ein Drittel der Sitze im Rat inne und nutzen die Institution als politische Plattform mit dem Anspruch, im Namen der UNO zu agieren.

Konsequenterweise schien die wesentliche Aufgabenstellung des UN-Menschenrechtsrates der propagandistische Kampf gegen israelische bzw. für palästinensische Interessen zu sein. So wird Israel als einzigem Land auf ausnahmslos jeder Sitzung des Rates ein eigener, fest verankerter Tagesordnungspunkt

gewidmet. Israel wurde seit Gründung des Rates öfter verurteilt als alle anderen Staaten der Welt zusammengezählt. Angesichts der Tatsache, dass Israel der einzige ernsthaft auch als solcher zu bezeichnende demokratische Staat des Nahen Ostens ist, stellt dies gelinde gesagt eine sehr spezielle Fokussierung dar. Kritiker werfen dem UN-Menschenrechtsrat daher seit langem institutionalisierten Antisemitismus vor. Auf diesen Umstand haben schon zahlreiche US-amerikanische Administrationen kritisch reflektiert. Vorherige US-Regierungen setzten dabei auf Grundlage des Liberalismus-Institutionalismus vor allem auf einen kooperativen Stil. So ließen sich die USA beispielsweise unter Präsident Obama 2009 in den Rat wählen, um die politische Ausrichtung des Gremiums von innen heraus positiv zu beeinflussen. An der problematischen Einstellung änderte dies jedoch wenig bis gar nichts.



... und wirtschaftliche Macht.

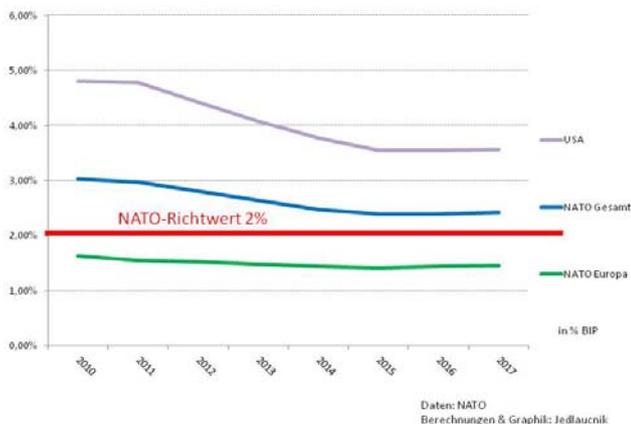
Die Trump-Administration ging hingegen einen neuen Weg. Offen drohte sie vor einem Jahr mit ihrem Austritt, wenn der Rat seine einseitige Ausrichtung auf Israel nicht verändere. Überdies forderte die USA, bei offensichtlichen Menschenrechtsverstößen Mitgliedsstaaten aus dem Gremium ausschließen zu können. Nachdem die USA jedoch nach einem Jahr feststellten, dass alle Reformbemühungen gescheitert waren, verkündeten sie konsequent ihren Austritt. US-Außenminister Mike Pompeo erklärte, dass der Rat ein „schlechter Verteidiger“ der Menschenrechte wäre und die US-amerikanische UN-Botschafterin Nikki Haley bezeichnet in ihrer charmant offenen Art die Institution als „Sumpf der politischen Voreingenommenheit“.

Zahlreiche europäische Regierungen, die bei jeder Gelegenheit die besondere Verbundenheit mit Israel betonen, kritisierten diesen Schritt der USA scharf. So bezeichnete beispielsweise eine Vertreterin der deutschen Bundesregierung den Rat als wichtigen Baustein der internationalen Ordnung; die USA würden zunehmend isoliert werden. Für die Trump-Administration ist hingegen die Mitwirkung und Finanzierung einer Institution, die für ihre nationalen Ziele und Interessen nicht von Vorteil ist,

kontraproduktiv. Die Entscheidung, aus dem UN-Menschenrechtsrat auszutreten, war daher nur logisch und konsequent.

... in seiner Auseinandersetzung mit strategischen Partnern ...

Auch gegenüber strategischen Partnern nimmt Trump eine harte Haltung ein und artikuliert diese offen. So kritisiert er schon seit seiner Wahlkampagne die geringen Verteidigungsausgaben der europäischen NATO-Staaten. Die USA würden faktisch die gesamten Kosten der NATO tragen und damit „viele der Länder, die die USA im Handel abzockern und lachen“, schützen, schrieb er zuletzt im Juni 2018 auf Twitter. Faktum ist, dass 2014 am NATO-Gipfel in Warschau alle NATO-Mitglieder festgelegt hatten, dass Staaten deren Verteidigungsausgaben unter 2 % des BIP lagen, „den Rückgang der Verteidigungsausgaben stoppen“ würden und es das Ziel wäre „die Verteidigungsausgaben bei steigendem BIP real zu erhöhen. Ziel ist es, innerhalb eines Jahrzehnts auf die 2 %-Richtlinie zuzugehen, um ihre NATO-Fähigkeitsziele zu erreichen und die Fähigkeitslücken der NATO zu schließen.“ Welchen Wert die Worte der US-Verbündeten haben, kann jedoch an den realen Budget-Entwicklungen klar abgelesen werden. Die Ausgaben der europäischen NATO-Partner blieben insgesamt faktisch unverändert, bzw. verschoben sich maximal innerhalb dieser Gruppe.



Entwicklung der NATO-Militärausgaben als prozentueller BIP-Anteil 2010-2017

Wie schon 2015 angesichts der Ukraine-Krise festgestellt werden konnte, wurde mittelfristig nur der generelle Trend einer budgetären Trennung zwischen europäischen Front- und Etappenstaaten verstärkt. Diesbezüglich stellen lediglich die an Russland, Weißrussland oder die Türkei angrenzenden Staaten ebenso wie Großbritannien und Frankreich, die zur Absicherung ihrer außereuropäischen Gebiete und Interessen entsprechende militärische Mittel benötigen, um die 2 % des BIP für Militärausgaben bereit. Die NATO-Etappenstaaten wenden hingegen weiterhin nur 1-1,5 % ihres BIP für Verteidigungsaufgaben auf. Im Gegensatz dazu geben die USA über 3,5 % für

militärische Aufgabenstellungen aus. (siehe detaillierter ISS Aktuell 1/2015)

Die USA kritisieren dieses Ungleichgewicht seit vielen Jahren. Kooperativ-multilaterale Ansätze zur Veränderung dieser Ungleichgewichte waren dabei nicht unbedingt von Erfolg gekrönt. Präsident Trump vertraut daher auch hier auf die direkte Artikulation nationaler Interessen und den Einsatz von politischem Druck, um sie durchzusetzen. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg warnte daher erst vor wenigen Tagen, dass es nicht sicher sei, ob das Militärbündnis diese transatlantischen Verstimmungen überhaupt überlebe. Am kommenden NATO-Gipfel – am 11. und 12. Juli in Brüssel – werden die Meinungsunterschiede zwischen den Staatshäuptern der Allianz vermutlich wieder deutlich werden. Es wird aber vor allem mittelfristig interessant zu beobachten sein, ob US-Präsident Trump auch in der NATO die US-amerikanischen Interessen und seinen Willen durchsetzen wird.

... und in der Handelspolitik.

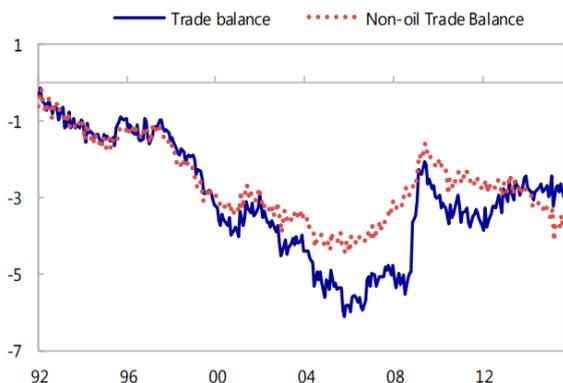
Die klare Artikulation und Durchsetzung nationaler Interessen findet nicht nur in politisch-diplomatischen und verteidigungspolitischen, sondern auch in handelspolitischen Fragen statt. Nach dem Eklat beim G 7-Gipfel Anfang Juni in Kanada erklärte Trump: „Wir können leider nicht mehr zulassen, dass unsere Freunde oder unsere Feinde uns beim Handel ausnutzen.“

Ein Grundproblem aus dem diese Kritik erwächst ist das hohe Handelsbilanzdefizit der USA (2017 etwa -807 Mrd. US-\$). Dieses prägt dabei trotz einer positiven Dienstleistungsbilanz (2017 etwa +255 Mrd. US-\$) auch die gesamte Leistungsbilanz (2017 etwa minus 552 Mrd. US-\$). Grundsätzlich haben die USA seit den 1970er Jahren ein Handelsbilanzdefizit, das sich seit den 1990er Jahren massiv gesteigert hat und inzwischen jährlich einige hundert Mrd. US-\$ beträgt. Der Fehlbetrag wird durch Kapitalzuflüsse aus dem Ausland finanziert und ist daher ein wesentlicher Grund für die massive Auslandsverschuldung der USA.

Gründe für das Handelsbilanzdefizit sind die höhere inländische Nachfrage (Konsum und Investitionen) in den USA, die die ausländische Nachfrage nach amerikanischen Produkten übersteigt. Das von Trump und seinen Beratern besonders kritisch beurteilte Handelsdefizit mit China erreichte dabei 2017 den Rekordwert von rund 375 Mrd. US-\$. Aber auch das Defizit im Handel mit der EU beträgt stolze 151 Mrd. US-\$, wofür vor allem deutsche Exporte verantwortlich sind. Die aktuelle US-Regierung kritisierte angebliche Dumpingpreise etwa bei Stahl oder Aluminium und reagierte mit ersten Strafzöllen.

US-Präsident Donald Trump verschärfte zuletzt die Konfrontation sowohl mit China als auch mit Kanada und der EU: „Handelskriege sind gut und leicht zu gewinnen.“

Trump ist der Meinung, dass die Einfuhrüberschüsse Arbeitsplätze in den USA vernichten, während China oder Deutschland davon profitieren. Trump kritisierte seit Jahren, dass es bisher ignoriert oder beschönigt wurde, dass die verschärfte Konkurrenz aus Billiglohnländern Millionen Jobs in den Industriestaaten, konkret in der US-amerikanischen Industrie, vernichtet hätten. Gleichzeitig würden Reallöhne seit Jahrzehnten stagnieren oder sogar sinken. Die Schere der Einkommen wäre real auseinandergegangen und die US-amerikanische Mittelschicht schrumpfe und verarme.



US-Handelsbilanz 1992-2016 als Prozent des BIP

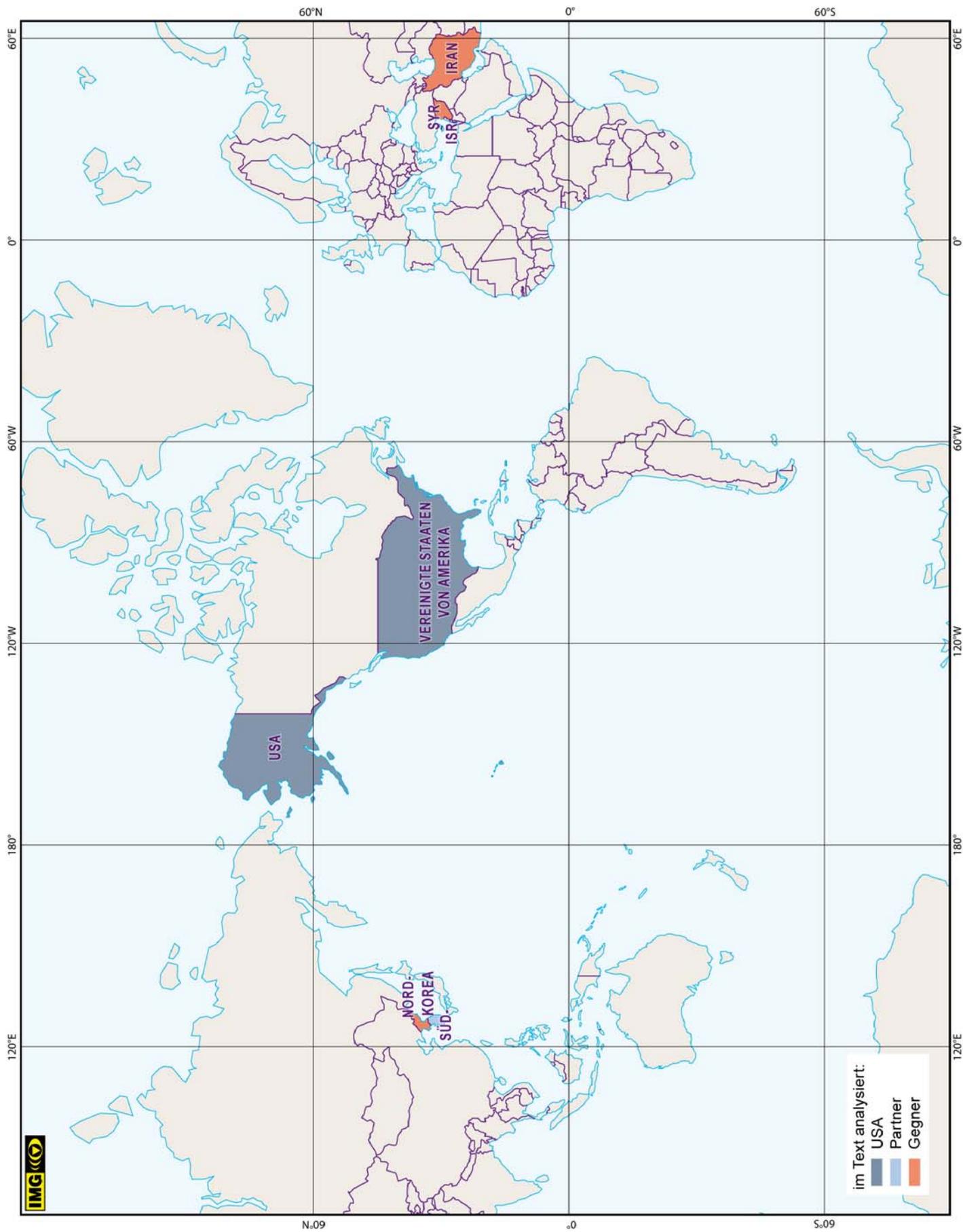
Daher stellt Trumps den Freihandel und die Freihandelsabkommen in Frage, da sie die Verlagerung der Produktionen dorthin beschleunigten, wo die niedrigsten Löhne und die geringsten Regulationen eine kostengünstige Herstellung erlauben. Überdies behaupten die USA, im Gegensatz zu vielen anderen Ländern grundsätzlich geringe Hürden für Importe zu haben. Die US-Regierung will daher massiv gegen Dumping vorgehen. Sie glaubt, Dumping oder unfaire Subventionen bei zahlreichen chinesischen, aber auch bei europäischen Produkten festgestellt zu haben. Die USA gehen dabei von Dumping aus, wenn Produkte unter ihrem „fairen Wert“ verkauft werden. Ein Preis ist demnach „unfair“, wenn Produkte unter den Herstellungskosten bzw. dem Einkaufspreis verkauft werden.

Inhaltlich wird die aktuelle US-Wirtschaftspolitik vor allem von Peter Navarro beeinflusst. Der Wirtschaftsprofessor konnte sich zuletzt im internen Machtkampf im Weißen Haus durchsetzen und ist inzwischen als Trumps wichtigster Wirtschaftsberater hauptverantwortlich für dessen rigide Vorgangsweise, US-Strafzölle auf Aluminium und Stahl einzuführen. Mit seinen Positionen gilt er zwar als *Enfant terrible* unter den Ökonomen, ist jedoch nunmehr an den Schalthebeln der Wirtschaftsmacht USA angelangt. Trump schätzt Navarro, weil er die „von der Globalisierung verursachten Schäden“ für den US-Arbeitsmarkt früh vorhergesehen habe. Navarro geht unter anderem davon aus, dass vor allem Deutschland seine Partner

mittels eines angeblich drastisch unterbewerteten Euro „ausbeuten“ würde.

Das wichtigste Feindbild für Navarro ist jedoch China. Er argumentiert daher, den Aufstieg Chinas um jeden Preis zu stoppen, da China für den „Abstieg“ Amerikas verantwortlich sei. Auf dieser Grundlage tritt er für einen Wirtschaftsprotektionismus ein. Er ist der Meinung, dass das US-Handelsbilanzdefizit beendet werden müsse und dass US-Interessen nicht zum Vorteil des Welthandels aufgegeben werden dürften.

Verfechter einer liberalen Wirtschaftspolitik argumentieren dagegen, dass es im Sinn von Wachstum und Arbeitsplätzen notwendig sei, Investoren möglichst optimale Bedingungen zu bieten. Das Gegenmodell des nationalen Protektionismus, als Abschottung eines Markts von ausländischer Konkurrenz, schütze zwar einzelne Betriebe und Branchen vor starker Konkurrenz, berge aber gleichzeitig die Gefahr höherer Preise und teilweise auch monopolartiger Strukturen. Zahlreiche internationale Analysten befürchten überdies, dass ein von den USA initiiertes Protektionismus negative Auswirkungen auf das Wachstum der globalen Wirtschaft haben könnte.



Vereinigte Staaten von Amerika

Die westliche Welt ...

Weltmacht USA oder: Donald Trump und wie er die Welt sieht

Einen Abriss über die vergangenen sechs Monate US-Geschichte und die damit in Interaktion stehenden internationalen Beziehungen zu skizzieren, fällt zunehmend schwerer. Immer wieder scheinen die Ereignisse selbst vor der Kulisse der teils skurril anmutenden „Performance“ des 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten in den Hintergrund zu treten. Es gibt kaum noch politische Angelegenheiten mit US-Bezug, bei denen man die persönlichen „tweets“ des US-Präsidenten unberücksichtigt lassen darf. Wenn Donald Trump einmal eine Innovation für sich allein beanspruchen wird dürfen, dann sicherlich diese:

Nie zuvor war Weltpolitik im Rahmen von 280 Unicode-Zeichen (max) gemacht worden!

State of the Union Address

Am 20. Januar hielt Donald Trump seine erste State of the Union Address vor beiden Häusern des US-amerikanischen Kongresses. Mehrere Demokratische Abgeordnete blieben der Rede fern. In dieser Rede zur Lage der Nation skizzierte der US-Präsident wenig überraschend ein überaus positives Bild des ersten Jahres seiner Amtszeit und meinte, es habe nie eine bessere Zeit gegeben, den amerikanischen Traum zu verwirklichen. Daneben arbeitete er seinen schon aus dem Wahlkampf bekannten Prioritätenkatalog ab: Illegale Einwanderer, die er pauschal mit gefährlichen Kriminellen gleichsetzte, „Vernichtung“ von Terroristen, Mauerbau an der Grenze zu Mexiko. Die Freigabe von insgesamt 33 Mrd. US-\$ zum Bau der Mauer (inkl. sonstiger Grenzmaßnahmen) durch den US-Kongress verknüpfte er in seiner Rede kausal mit seiner Zustimmung zum Verbleib der sog. „Dreamer“, also der knapp 800.000 Kindern illegaler Immigranten. Zum Thema Guantanamo verlautbarte Trump, das Lager werde nicht geschlossen werden.

Das „Parkland-Massaker“ und die Folgen

Am 14. Februar 2018 erschoss der erst 19-jährige Nikolas Cruz in Parkland (Florida) bei einem Amoklauf in der „Marjory Stoneman Douglas Highschool“, seiner ehemaligen Schule, insgesamt 17 Menschen. 15 weitere Opfer mussten mit Schussverletzungen in naheliegende Spitäler eingeliefert werden.

Es war dies nur eine weitere Schule, die sich in die lange Liste der US-amerikanischen Bildungseinrichtungen einreihen musste, die Opfer von Gewalt durch Schusswaffen zu beklagen haben. Seit dem Massaker an der Sandy Hook Elementary School am 14. Dezember 2012 sind bereits mehr als 7.000 Menschen durch

Waffengebrauch getötet worden – dies ist mehr, als die gesamten US-Streitkräfte im Vergleichszeitraum auf den diversen Kriegsschauplätzen im Ausland als Opfer zu beklagen hatten.

Das Parkland-Massaker unterschied sich insofern von der bereits bekannten „Routine“ in der politischen „Abarbeitung“ solcher Vorfälle in den USA, als dass sich die Überlebenden des Anschlags diesmal nicht mit lauen politischen Absichtserklärungen und gezieltem Wegsehen in punkto der mächtigen National Rifle Assoziation (NRA) zufrieden zu geben scheinen: In landesweiten Aktionen wurden tausende von Protestkundgebungen organisiert, die in einer großen „March for our Lives“-Aktion gipfelten, in der man endlich strengere Waffengesetze einforderte.

Am 13. März stellten Protestierende 7.000 Paar Schuhe auf dem Rasen vor dem Kapitol ab – ein Symbol für die vielen tausend Opfer der Schusswaffengewalt an US-amerikanischen Schulen seit 2012. Am 24. März fanden zeitgleich in allen 50 Bundesstaaten Aktionen statt, die größte in der Hauptstadt Washington selbst: Über 800.000 meist junge Demonstranten riefen Slogans wie „Schützt Kinder, nicht Waffen“ und boten eine eindrucksvolle Kulisse. Insgesamt protestierten an diesem Tag mehrere Millionen Menschen in den USA gleichzeitig für strengere Waffengesetze, unterstützt von Prominenten wie Oprah Winfrey, Steven Spielberg, George Clooney u.a.

Stellt man sich die Frage, ob politisch nun möglicherweise erstmals Veränderungen zu erwarten sind, so bleibt zu konstatieren, dass die Massenkundgebungen, die zu den größten in der Geschichte der USA zählen, immerhin bereits zahlreiche Firmen bewogen hat, der NRA nun den Rücken zu kehren: Delta Air Lines, Hertz, die Versicherungen MetLife und Chubb sowie zahlreiche anderer Unternehmen kündigten an, in Zukunft die NRA nicht mehr unterstützen zu wollen. Die weltgrößte Supermarktkette, Walmart, beschränkte ab sofort die Möglichkeit des Waffenerwerbs in ihren Filialen.

Daneben scheinen die Angehörigen der Opfer – und die potentiellen nächsten Opfer – nämlich die Kinder selbst – nicht mehr gewillt zu sein, sich bei neuen Massakern nur auf die bisher üblichen „Thoughts and Prayers“ zu beschränken und so der Opfer zu gedenken.

Präsident Trump wollte sich erst gar nicht zu „Parkland“ äußern, wendete sich dann in einer kurzen Fernsehansprache doch an die Nation. Sein Rezept: Er plädierte dafür, in Zukunft die Lehrer zu bewaffnen und die Ein- bzw. Ausgänge an den Schulen zu reduzieren. Angesichts des Fehlens jeglicher Empathie des höchsten Mannes im Staate in Gegenwart unsagbaren Leides – Leides verursacht durch Schusswaffen - bleibt man als Beobachter lange Zeit sprachlos.

Trump lehnt nach wie vor eine Verschärfung der Waffengesetze vehement ab. Nach offiziellen US-

Statistiken sterben jährlich rund 30.000 Menschen in den USA an Folgen einer Schussverletzung. 20.000 weitere begehen mit Schusswaffen Selbstmord.

Korea

Noch im Rahmen seiner Neujahrsansprache hatte der nordkoreanische Diktator Kim Jong-un die Nuklearpolitik seines Landes verteidigt und ein weiteres Mal unterstrichen, dass Nordkorea zukünftig zu den Atommächten zu zählen sein werde. Auch an den schon gewohnten Drohungen an die Adresse Washingtons mangelte es nicht: Die USA „*liegen in Reichweite unserer Kernwaffen*“ ließ der nordkoreanische Partei- und Staatschef den US-amerikanischen Präsidenten wissen. Und damit nicht genug: Die Massenproduktion eben dieser todbringenden Atombomben sei der nächste Schritt. Also – alles beim alten?

Neben diesen martialischen Drohungen gab es tatsächlich auch versöhnlichere Töne zu hören: Kim Jong-un sprach sich für eine Verbesserung der Beziehungen zu dem südlichen Bruderland aus. In diesem Sinne wurden am 9. Januar erstmals seit fast drei Jahren wieder koreanisch-koreanische Gespräche im Grenzort Panmunjon aufgenommen. Zu diesem Zeitpunkt von der südkoreanischen Seite vorgeschlagene Aufnahme von Gesprächen bezüglich einer Denuklearisierung beider Koreas stießen im Januar zwar auf Ablehnung, man war auf nordkoreanischer Seite aber sichtlich auch um eine Verbesserung der Beziehungen zu Südkorea bemüht. Beispielsweise wurde anlässlich der im südkoreanischen Pyeongchang stattfindenden olympischen Winterspiele ein südkoreanischer Vorschlag zur Diskussion gestellt, bei der Eröffnungs- wie auch der Schlusszeremonie gemeinsam in das Olympiastadion einzumarschieren (was dann auch tatsächlich umgesetzt wurde).

Anfang März besuchte dann der Südkoreaner Chung Euiyong, seines Zeichens Director of the National Security Office und damit einer der wichtigsten Sicherheitsexperten seines Landes, die nordkoreanische Hauptstadt. Im Zuge seiner Verhandlungen, u.a. mit dem nordkoreanischen Parteichef selbst, wurde ein Treffen zwischen dem südkoreanischen Präsidenten Moon Jae-in und Kim Jong-un für April avisiert.

Wirklich sensationell war aber die nordkoreanische Ankündigung, mit den Vereinigten Staaten über die Aufgabe des noch vor kurzem als essenziell und unverzichtbar eingestuften nordkoreanischen Atomprogramms reden zu wollen. Um diese neue Linie zu unterstreichen, kündigte Pjöngjang darüber hinaus an, ab sofort auf jegliche weitere Raketenstarts zu Übungszwecken verzichten zu wollen.

Nach seiner Rückkehr flog Chung Euiyong nach Washington, um Präsident Trump direkt von seinen Eindrücken zu berichten. Am 8. März platzte schließlich eine politische Bombe: Das Weiße Haus bestätigte, dass

auf Einladung des nordkoreanischen Staatschefs ein offizielles Treffen zwischen Donald Trump und Kim Jong-un geplant sei.

Warum der nordkoreanische Sinneswechsel derart radikal erfolgte, ist umstritten. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel meinte auf eine diesbezügliche Journalistenfrage Mitte Juni in einem Interview, ihrer Ansicht nach habe die Bereitschaft Pekings, die westlichen Sanktionen gegen Nordkorea in Zukunft kompromisslos mittragen zu wollen, zu einem Umdenken bei der nordkoreanischen Führung geführt. Tatsächlich unternahm Kim Jong-un Ende März eine Reise nach Peking. Erst nach seiner Rückkehr war über diese Reise im nordkoreanischen Staatsfernsehen offiziell berichtet worden.

Die Annäherung zwischen den beiden Koreas ging unterdessen weiter. Zwischen Kim Jong-un und Moon Jae-in wurde eine direkte Telefonleitung eingerichtet, und der nordkoreanische Diktator kündigte über den Nuklearteststopp hinaus sogar an, das nordkoreanische Atomtestgelände schließen zu lassen. Letzteres wurde dann in Beisein internationaler Journalisten auch tatsächlich propagandagerecht gesprengt. Inwieweit das Gelände zum fraglichen Zeitpunkt sowieso schon aufgrund früherer unterirdischer Test unbrauchbar war, ließ sich nicht mehr definitiv feststellen. Es ist nicht auszuschließen, dass hier aus der nordkoreanischen Not, in naher Zukunft ohnehin keine Tests mehr durchführen zu können, eine propagandawirksame Tugend gemacht wurde...

Am 27. April kam es in Panmunjom dann tatsächlich zu dem ersten persönlichen Treffen der beiden koreanischen Staatschefs. Zusammen überschritt man die Demarkationslinie und sprach bereits davon, den seit 1953 noch immer andauernden Kriegszustand zwischen den beiden Staaten in einen Friedensvertrag umzuwandeln.

Parallel dazu liefen die Vorbereitungen für das Treffen des US-Präsidenten mit dem nordkoreanischen Machthaber weiter. Das jährliche US-amerikanisch-südkoreanische Militärmanöver „Max Thunder“, das heuer in Gwangju, einer Stadt ca. 270km südlich der Hauptstadt Seoul, stattfand und seit langem angekündigt worden war, veranlasste jedoch die nordkoreanische Führung, abermals scharfe Kritik an den USA zu üben. Mit der Drohung, auch das Treffen mit Trump abzusagen, blieben nordkoreanische Unterhändler den für 15. Mai geplanten ranghohen Gesprächen mit Südkorea fern.

Am 24. Mai sagte Donald Trump das Treffen mit Kim Jong-un ab. In einem Brief an den nordkoreanischen Machthaber ließ Trump Kim Jong-un wissen "*based on the tremendous anger and open hostility displayed in your most recent statement, I feel it is inappropriate, at this time, to have this long-planned meeting... You talk about your nuclear capabilities,*

but ours are so massive and powerful that I pray to God they will never have to be used."

Trumps „Nordkorea-Falke“, US National Security Adviser John Bolton, goss zusätzlich Öl ins Feuer, indem er wiederholt für Nordkorea das Modell Libyen bzw. den Irak ansprach, wenn der Abbau nordkoreanischer ABC-Systeme zur Sprache kam. Gerade Libyen oder der Irak gelten jedoch als sehr heikle Beispiele, ging doch in beiden Fällen mit der Vernichtung der Massenvernichtungswaffen auch Destabilisierung und Umsturz der jeweiligen Regime einher.

Interessanterweise bedeutete das nicht das Ende der Annäherung. Beide Seiten signalisierten weiterhin Interesse und Bedauern, ohne in den üblichen martialischen Jargon zurückzufallen. Nach einer Unterredung Trumps mit dem nordkoreanischen Unterhändler Kim Yong-chol am 1. Juni zeigte sich der US-Präsident zuversichtlich, das Treffen doch wie geplant am 12. Juni abhalten zu können.

Noch im Vorfeld des Treffens gab es jedoch immer wieder Irritationen, z.B. von Trumps Anwalt Rudy Giuliani, der behauptete, Kim Jong-un habe „auf Händen und Knien“ um ein Treffen mit Trump „gebettelt“.

Das Gipfeltreffen fand schließlich am 12. Juni auf der zu Singapur gehörenden Insel Sentosa statt. Ort des Treffens war das Hotel Capella – ein Luxus-Freizeit-Ressort des südasiatischen Stadtstaates. Im Rahmen des mit Spannung erwarteten Treffens wurde schließlich ein Dokument unterzeichnet, das deutliche Entspannungsmerkmale aufweist. Zwar kann von einer raschen und totalen nuklearen einseitigen Abrüstung Pjöngjangs, wie es die Wunschvorstellung des Weißen Hauses gewesen war, keine Rede sein, doch einigten sich beide Seiten, auf eine „vollständige Denuklearisierung“ der koreanischen Halbinsel hinzuarbeiten. Dafür sagte der US-Präsident Kim Yong-un Sicherheitsgarantien zu. Ziel der Bemühungen sei eine „anhaltende und stabile“ Friedenslösung. Es war das erste Mal, dass sich ein US-Präsident mit einem nordkoreanischen Staatschef traf.

Naher Osten

Die Situation im Nahen Osten war seit Anfang des Jahres von der Ankündigung Trumps überschattet, die US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen und damit faktisch die Stadt als Hauptstadt Israels anzuerkennen, was einen Sturm internationaler Entrüstung - nicht nur im arabischen Lager - verursachte. Noch im Dezember 2017 hatte der damaligen US-Außenminister Rex Tillerson gemeint, die Botschaft werde allerfrühestens in drei Jahren nach Jerusalem verlegt werden.

Der Präsident der palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas, bezeichnete die Politik Trumps als

„Schlag ins Gesicht der Palästinenser“ und kündigte an, „zurückzuschlagen“.

Nachdem auch der US-Präsident im Jänner noch verlaublich hatte, sich mit dem Unternehmen Zeit lassen zu wollen und die Frage eines Journalisten, ob damit 2018 noch zu rechnen sei, entschieden verneinte (*"Bis zum Ende des Jahres? Wir sprechen über verschiedene Szenarien." [...] "Die Antwort ist nein."*), kam dann alles (wieder einmal) ganz schnell ganz anders.

Ende Jänner reiste US-Vizepräsident Mike Pence nach Israel und kündigte in einer Rede vor der Knesset an, die Botschaft noch vor Ende 2019 nach Jerusalem zu verlegen. Seine Botschaft: Frieden könne „nur im Dialog“ entstehen. Dann überstürzten sich die Dinge:

Anlässlich der 70-Jahr-Feiern Israels zum Gründungstag des Staates im Jahre 1948 wurde die US-Botschaft in Jerusalem tatsächlich bereits am 14. Mai 2018 feierlich eröffnet. Mit von der Partie Trumps Schwiegersohn Jared Kushner nebst Gattin Ivanka, die bei den Feierlichkeiten Donald Trump vertraten. *"Indem wir die Botschaft verlegt haben, haben wir der Welt wieder einmal gezeigt, dass den USA vertraut werden kann"* ließ Kushner verlauten.

Die Verlegung der US-Botschaft zog sofort zahlreiche gewaltsame Proteste in Israel nach sich. Seit Ende März reißen die Freitagsproteste der Palästinenser, die an der Grenze Gazas zu Israel demonstrieren, nicht mehr ab: Durch das brutale Eingreifen der israelischen Polizei starben in den vergangenen drei Monaten am Grenzzaun mehr als 120 Menschen, tausende wurden verletzt, was zahlreiche internationale Proteste nach sich zog. Auch im Irak und Iran erklärten sich tausende Demonstranten mit den Anliegen der Palästinenser solidarisch und demonstrierten gegen die USA und Israel.

Syrien

Ein mutmaßlicher Giftgasangriff am 7. April auf die Rebellenhochburg Duma in der Region Ostghuta durch die syrische Armee, bei dem laut internationalen Organisationen mehr als 70 Menschen getötet und hunderte weitere verletzt wurden, zog am 14. April einen internationalen Luftangriff nach sich: Kampfflugzeuge der USA, Großbritanniens und Frankreichs beteiligten sich an den Luftschlägen, bei denen Zentren der syrischen Chemiewaffenproduktion angegriffen wurden.

Das „Herz des syrischen Chemiewaffenprogramms“ sei getroffen worden, hieß es aus Washington. Trump verlautbarte in einer kurzen Fernsehansprache, er habe „Präzisionsschläge“ gegen Standorte syrischer Chemiewaffenproduktion angeordnet. Das Pentagon verlautete, drei Ziele seien getroffen worden: Es handle sich um das Forschungszentrum für Chemiewaffen in Damaskus, weiters einen Kommandoposten und ein Waffenlager, die beide in Zusammenhang mit dem

Einsatz von Chemiewaffen stünden. Die Einsätze seien bereits beendet worden. Verteidigungsminister Jim Mattis erklärte, es seien keine weiteren Einsätze geplant. Dagegen drohte US-Präsident Trump der syrischen Führung, die USA würden „diese Antwort aufrechterhalten“, wenn die syrische Führung weiterhin Chemiewaffen einsetze. Ähnlich äußerte sich die britische Premierministerin Theresa May. Der französische Präsident Macron stellte dabei unmissverständlich fest, was für die handelnden Nationen die Überschreitung dieser Grenze bedeute: „Wir können die Normalisierung des Einsatzes chemischer Waffen nicht hinnehmen!“

Die russische Führung verurteilte den Einsatz auf das Schärfste und drohte mit „Konsequenzen“, ohne diese weiter zu spezifizieren. In der von Russland einberufenen Sondersitzung des UN-Weltsicherheitsrates unterstützten letztlich nur China und Bolivien die russische Haltung. Die französische Verteidigungsministerin Florence Parly teilte diesbezüglich mit, die Russen seien vor der Intervention unterrichtet worden.

Iran

Wir erinnern uns: Im Juli 2015 waren die vier Vetomächte der UN, Deutschland und der Iran nach jahrelangen Verhandlungen in Wien zu einem Ergebnis bezüglich der Begrenzung des persischen Atomprogramms gekommen. Das Ziel der Westmächte, den Iran vom Bau einer Atombombe abzuhalten, schien mit dem Atomabkommen, das u.a. regelmäßige Kontrollen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) inkludiert, ein ganzes Stück näher gerückt zu sein. Die USA hatten im Gegenzug die Lockerung der Sanktionen angekündigt. Das Verhältnis zwischen den Partnern des Abkommens fing an, sich wieder zu entspannen. Neue Handelsbeziehungen wurden geknüpft. Dann kam Trump.

Donald Trump machte nie einen Hehl daraus, was er vom Atomdeal mit dem Iran hielt, der unter seinem Vorgänger Obama ausverhandelt worden war. Es sei ein „schrecklicher, einseitiger deal“, den man damals geschlossen habe, so Trump wörtlich.

Ähnlich äußerte sich Israels Ministerpräsident Netanjahu: Dieser behauptete seit Abschluss des „Deals“ gebetsmühlenartig immer wieder, der Iran würde trotzdem Nuklearwaffen entwickeln und präsentierte Ende April dieses Jahres Dokumente, die das zweifelsfrei belegen sollten. Insgesamt 55.000 Seiten geheimes Material sei vom israelischen Geheimdienst aus dem Iran nach Israel gelangt. Bei den Dokumenten handelte es sich jedoch – bei Lichte besehen – um alte Dokumente. Selbst der frühere Chef des Mossad, Dani Jatom, musste bestätigen, dass Netanjahu bei seinem inszenierten Vortrag vor den Medien kein neues Material präsentiert habe: „Das war eine fantastische Operation des israelischen Geheimdienstes, bei der eine Menge

Material gesammelt wurde. Aber es ist altes Material, das sich auf die Zeit vor 2015 bezieht.“

Trump schloss sich trotzdem den Vorwürfen Israels an. „Diese Fakten sind übereinstimmend mit dem, was die Vereinigten Staaten seit langem wissen: Iran hat ein stabiles, geheimes Nuklearwaffenprogramm, das es vergeblich versucht hat, vor der Welt und seinem eigenen Volk zu verstecken“, ließ das Weiße Haus verlautbaren.

Die übrigen Partner des Abkommens vertrauen ihrerseits auf die Aussagen der internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), die laut eigener Aussage seit 2009 keine Anzeichen von militärischer Nuklearforschung im Iran feststellen konnte.

Am 8. Mai verkündete Donald Trump den Ausstieg der USA aus dem sog. „Atomdeal“ mit dem Iran. Im gleichen Zug kündigte der US-Präsident schärfste Sanktionen gegen den Iran an.

Innerhalb der kommenden 90 bis 180 Tage - vom Tag des „Ausstiegs“ an gerechnet - werden nun die alten Sanktionen der USA wieder in Kraft gesetzt. Das setzt auch die Vertragspartner und eigenen Alliierten mächtig unter Druck, betreffen die Sanktionen doch im Prinzip den größten Teil aller Geschäfte, die der Westen überhaupt mit dem Iran tätigt, gleichsam Einzelpersonen wie Unternehmungen. Die EU hat bereits angekündigt, das so nicht zu akzeptieren und ihre Geschäfte auf der Grundlage bestehender Vereinbarungen weiterführen zu wollen. Allein der politische Druck ist angesichts des wirtschaftlichen US-Einflusses groß.

Die Todfeinde Israel und Saudi-Arabien begrüßten einhellig die Entscheidung Trumps. Weird world.

Trumps „Jingoism“

Geht es nach den meisten Autoren der im letzten halben Jahr erschienenen Publikationen über US-Präsident Donald Trump, so gibt es derzeit in den USA kaum einen undankbareren Job, als Berater des Präsidenten zu sein.

Berater Donald Trumps haben es tatsächlich schwer. Die geradezu skurrile Fluktuation der engsten Vertrauten und Minister des derzeitigen US-Präsidenten ist bereits jetzt sprichwörtlich. Von der ursprünglichen Riege, die Anfang 2017 ihre Arbeit an der Seite Trumps aufnahm, sind nur noch wenige übrig, viele wurden gefeuert, andere nahmen freiwillig den Hut.

Letztlich hatten und haben sie alle nur ein Ziel: Einen günstigen Moment der Aufmerksamkeit des US-Präsidenten abzapfen, um ihm in möglichst kurzer Zeit und in einfachen Worten ihr Anliegen schmackhaft zu machen. Doch seine Aufmerksamkeitsspanne ist - laut Michael Wolff's „Fire and Fury“ und zahlreichen anderen Beobachtern - sehr kurz. Dazu kommt, dass der US-Präsident nichts so hasst, als von anderen belehrt zu werden - eine Quadratur des Kreises für jeden Experten. Vorbei die Zeiten, als US-Präsidenten

sich Tag und Nacht mit klugen und diplomatisch-denkenden Beratern und Experten umgaben, um den Anforderungen des Amtes gerecht zu werden. Vorbei die Zeiten eines Robert Kennedy, eines Zbigniew Brzezinski, eines Henry Kissinger.

Die einseitige Aufkündigung internationaler Abmachungen und Verträge, vom Klimaabkommen von Paris, der Transpazifischen Partnerschaft bis hin zum Atomabkommen mit dem Iran, ist wohl der größte internationale Schaden, den Donald Trump bisher seiner Nation zugefügt hat. Sein bislang letzter „Streich“ war die Desavouierung der einvernehmlich verabschiedeten Erklärung der G7 durch einen einzelnen Tweet. Was für Trump noch im Rahmen der Konferenz ein „*enorm erfolgreicher Gipfel*“ gewesen war, mutierte nur wenige Stunden später, in seiner „Air-Force-One“ auf dem Weg nach Singapur sitzend, plötzlich zu einem totalen Misserfolg. Was war geschehen?

Donald Trump hatte sich geärgert. Ziel seines gerechten Zorns war diesmal der junge kanadische Premier Trudeau, der es gewagt hatte, Donalds Strafzölle bezüglich Kanada als „*etwas beleidigend*“ zu bezeichnen und hinzuzufügen: „*Kanadier sind höflich und vernünftig, aber wir lassen uns auch nicht herumschubsen*“. Sagte es und kündigte seinerseits Zölle in eben demselben Volumen für die USA an. Ähnliches hatte man ja auch schon seitens der EU gehört.

Diese Ankündigung genügte, die Zustimmung zu der noch eben zusammen mit den Staats- und Regierungschefs der wichtigsten Handelsnationen der Welt verabschiedeten Erklärung kurzer Hand wieder zurückzuziehen – und damit den gesamten Gipfel (inkl. des G7-Formats) ad absurdum zu führen: „*Aufgrund von Justins falschen Aussagen in seiner Pressekonferenz und der Tatsache, dass Kanada unsere Farmer, Arbeiter und Unternehmen mit massiven Zöllen belastet, habe ich unsere US-Vertreter angewiesen, das Kommuniqué nicht zu unterstützen*“, so der US-Präsident.



John McCain
@SenJohnMcCain



To our allies: bipartisan majorities of Americans remain pro-free trade, pro-globalization & supportive of alliances based on 70 years of shared values. Americans stand with you, even if our president doesn't.

8:55 PM - 9 Jun 2018

Senator John McCain, Republikanischer Gegner von US-Präsident Donald Trump

Um Schadensbegrenzung zu betreiben, meldete sich sofort der einflussreiche Republikanische Abgeordnete John McCain – einst selbst Präsidentschaftskandidat – zu Wort und versuchte die Wogen zumindest etwas zu glätten: „*To our allies: bipartisan majorities of Americans remain pro-free trade, pro-globalization & supportive of alliances*

based on 70 years of shared values. Americans stand with you, even if our president doesn't.“ Selbst hochrangige Republikaner sind ständig damit beschäftigt, die Scherben zu kitten, die der Präsident fast täglich auf dem internationalen Parkett hinterlässt.

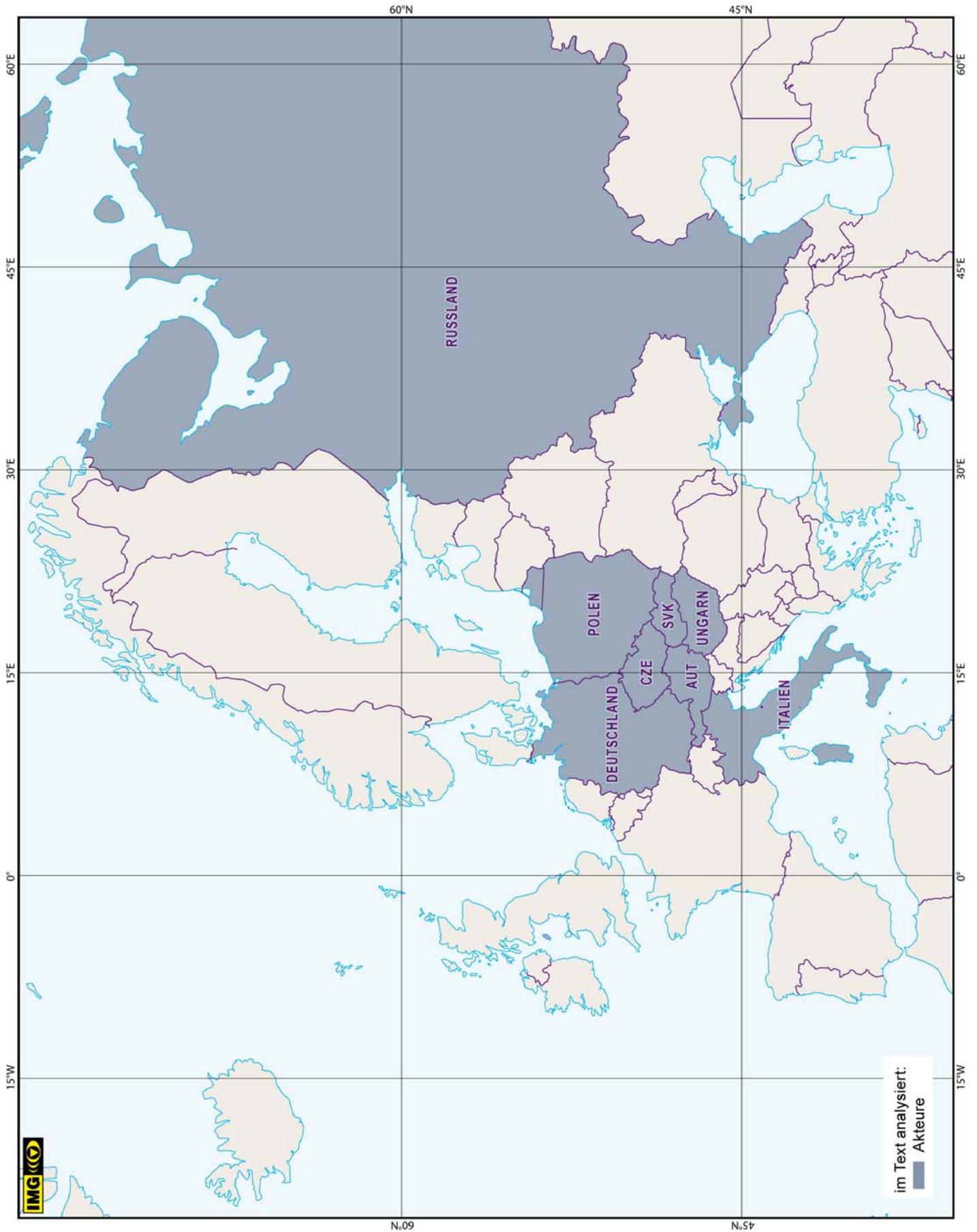
Das Vertrauen in den atlantischen Partner ist vor allem bei den Europäern schwer angeschlagen. Wer jetzt jedoch glaubt, das alles wäre ein europäisches Problem allein, der sollte genauer hinschauen und das größere Ganze betrachten. Es wird einmal eine Zeit nach Trump kommen. Was für eine USA wird Trumps NachfolgerIn dann vorfinden?

Die US-amerikanische Zivilgesellschaft ist gespalten wie nie zuvor. Selbst die Studentenunruhen und Rassenkonflikte der späten 60er-Jahre, die 68-Generation, die Ermordung Martin Luther Kings Jr.'s oder das Vietnam-Engagement hatten nicht eine derartige Lagerbildung bewirkt, wie sie Donald Trump durch seine Politik und „tweets“ täglich neu befeuert. In den Vereinigten Staaten spricht man bereits von einem Graben durch die US-amerikanische Gesellschaft, der so tief sei, wie zu Zeiten des Sezessionskrieges. In diesem Zusammenhang wirkt Trumps allgegenwärtige Beschwörungsformel „*Make America great again!*“ geradezu wie blanker Hohn.

Sonderermittler Robert Mueller III., der die vermeintlichen Verwicklungen und Absprachen des Trump-Wahlkampfteams mit russischen Behörden untersucht, forderte, den US-Präsidenten selbst zu den Vorwürfen vernehmen zu dürfen. Seine Anwälte haben in einem 20-seitigen Schreiben an den Sonderermittler zwar behauptet, dass dies schon allein die Verfassung verbiete, doch Donald Trump wollte wohl per tweet selbst auf Nummer sicher gehen, indem er twitterte: „*Wie zahlreiche Rechtsexperten festgestellt haben, habe ich das absolute Recht, mir selbst zu vergeben.*“ Soviel zur (umstrittenen) Rechtslage. Um aber ja keine Verdachtsmomente aufkommen zu lassen, er, Donald Trump, würde diesen ultimativen Schutzmechanismus überhaupt benötigen, schloss der US-Präsident den Tweet mit der Frage: „*Aber warum sollte ich das machen, wenn ich nichts Unrechtes getan habe?*“

Wer nach der Ära Trump auf der Strecke bleibt, wird sicherlich nicht Donald Trump sein. Es wird die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen in das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika sein.

Stay tuned.



Europa

Europa und die EU

Deutschland: GroKo bei Grenzschutz nicht einig

Im Konrad-Adenauer-Haus hatten am 7. Februar 2018 die drei Parteivorsitzenden Angela Merkel (CDU), Horst Seehofer (CSU) und damals noch Martin Schulz (SPD) die Einigung über den Vertrag zur Bildung einer Großen Koalition (GroKo) verkündet – nach 136 Tagen. Die SPD führt nun sechs Ressorts an, darunter auch die prestigeträchtigen Ministerien für Finanzen, Äußeres sowie Arbeit und Soziales. Für die CDU bleiben Verteidigung, Bildung, Wirtschaft, Gesundheit und Landwirtschaft. Die CSU erhielt ein neu aufgestelltes Ministerium des Innern, für Bau und Heimat sowie das Verkehrs/Digital- und das Entwicklungsministerium. Merkel ist nun die vierte Periode Bundeskanzlerin. Schulz musste abtreten, er hatte zunächst das Amt des Außenministers bekleiden wollen. Wochen zuvor hatte er noch verkündet: „In eine Regierung unter Merkel werde ich nicht eintreten.“ Die 180-Grad-Wende kostete Schulz Glaubwürdigkeit und nach einem Jahr an der SPD-Spitze auch das Amt des Parteivorsitzenden. Andrea Nahles löste Schulz ab, sie musste ihre Basis von der Bildung einer GroKo überzeugen. Die Jusos hatten mit dem griffigen Slogan „Tritt ein, sag Nein“ Gegner der GroKo aufgerufen, Mitglieder der SPD zu werden. Am 4. März 2018 plädierten über 66 % der SPD-Mitglieder (von insgesamt 363.000 Mitgliedern) für die GroKo. Die Abgeordneten populistischer Parteien im Bundestag haben nun einen Anteil von 25 %.

Anlässlich des Besuches von Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz bei Angela Merkel am 12. Juni 2018 wiederholte Merkel vor allem einen Punkt: der Schutz der EU-Außengrenzen müsse verbessert werden. Dabei ergänzte sie: „Aber diese Veränderung muss gemeinsam stattfinden.“ Eine Woche zuvor hatte die CSU gefordert, Flüchtlinge direkt an der deutschen Grenze abzuweisen, wenn diese zuvor das Territorium eines anderen EU-Mitgliedstaates betreten hätten. In migrationspolitischen Fragen liegt die CSU ganz nahe bei der ÖVP und nicht bei der CDU. Kurz betonte: „Es war immer unser Ziel, den Zustrom illegaler Migration nach Europa zu stoppen“. Demnach dürften Menschen nicht mehr quer durch die EU ziehen, um ein bestimmtes Land ihrer Wahl zu erreichen. Die Lösung dafür sei, so Kurz, „ein starker EU-Außengrenzschutz.“ Anlässlich des Besuches von Kurz wollte Deutschlands Innenminister Horst Seehofer (CSU) seinen „Masterplan Migration“ vorstellen, dessen Präsentation musste jedoch auf Druck Merkels abgesagt werden. Merkel fordert eine Lösung innerhalb der EU, die CSU ist dagegen „wild entschlossen, das Thema durchzukämpfen“. In Deutschland wird lediglich jenen Menschen die Einreise verweigert, die keine gültigen

Papiere haben und nicht um Asyl ansuchen. Nach Meinung der CSU soll dies ebenso für Flüchtlinge gelten, die nachweislich bereits in einem anderen EU-Land registriert wurden. Bis dato gab es in derartigen Fällen ein langwieriges Dublin-Verfahren, um Zuständigkeiten zu klären. 64.000 derartige Fälle gab es 2017. Jedoch verließen gerade einmal 7.100 Menschen Deutschland. Um dies jedoch zu ändern, ist die CSU bestrebt, direkt an der Grenze Fingerabdrücke von Flüchtlingen abzunehmen und zu überprüfen, ob sie bereits zuvor in einer Datenbank eingetragen wurden. Technisch wäre ein derartiger Schritt möglich, es bleiben jedoch folgende praktische Fragen offen:

- Wäre Österreich künftig für diese Menschen zuständig – oder jene Staaten, die die Betroffenen zuvor betreten haben?
- Wer ist für die Rückführung zuständig?
- Wenn rückgeführt werden sollte, welche Maßnahmen werden im Fall einer Weigerung von Staaten, zu kooperieren, eingeleitet?

Würde sich in Berlin die CSU durchsetzen, könnte auch Österreich ähnliche Maßnahmen einleiten: Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ) hatte die CSU die „vollkommene“ Richtigkeit ihrer Pläne bestätigt, demnach müsse Österreich „konsequenterweise so handeln“. Zudem stellte Strache die Tätigkeiten der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX in Frage: „Bei FRONTEX muss man hinterfragen, welchen Auftrag sie hat. Sie hat ja in manchen Bereichen teilweise fast schon die Aufgabe, die Menschen vor der Küste Nordafrikas abzufangen und dann fast als Schlepperorganisation nach Europa zu bringen.“ Somit sei die „Auftragsstellung“ der FRONTEX zu hinterfragen: „Man unterstützt, wenn man derzeit Personal hinschickt, keinen Grenzschutz. Weil die Aufgabenstellung in Wahrheit alles andere als Grenzschutz ist.“ Das Tun der FRONTEX könne laut Strache als „Schlepperaktivität im legalen Sinn“ definiert werden.

Polen, Ungarn und Tschechien: Vereint gegen die Europäische Kommission

Am 8. April 2018 hatte Ungarns Premierminister Viktor Orbán mit seiner „Ungarn zuerst“-Politik erneut die Wahlen gewonnen. Er konnte fast die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen (48,9 %) und erneut zum dritten Mal die Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament (133 Mandate) erreichen. So leitete er seine vierte Legislaturperiode ein. Die Wahlbeteiligung lag bei für ungarische Verhältnisse äußerst hohen 70 %. Zuvor bekam Orbán Wahlkampfhilfe von Jaroslaw Kaczyński, Obmann der in Polen regierenden national-konservativen Partei PiS (Recht und Gerechtigkeit).

Orbán meinte, Polen und Ungarn seien auf einem gemeinsamen Weg, in einem gemeinsamen Kampf mit einem gemeinsamen Ziel: „Unser Heimatland so aufzubauen und zu verteidigen, wie wir es haben wollen ... christlich und mit nationalen Werten.“

Orbán ist gewillt, Ungarn für weitere zwölf Jahre zu regieren, er möchte den Aufbau einer „neuen Christdemokratie“ in Ungarn und somit das „Ende der liberalen Demokratie“ erreichen. Diese „neue Christdemokratie“ gilt für Orbán somit als Antithese zur liberalen Demokratie westlicher Prägung. Orbán schuf ein neues, ihm unterstelltes „Regierungsbüro“ zur Koordination der Arbeit der Staatssekretäre. Entsprechend enthebt das am 11. Mai 2018 bewilligte Gesetz zur Regierungsstruktur die Minister ihrer Aufgabe, ihre Aktivitäten mit dem Rest der Regierung bzw. mit dem Ministerpräsidenten zu koordinieren. So berichten nicht die Minister, sondern die Staatssekretäre dem Premierminister. Orbán regiert somit direkt. Beim Amtseid kündigte Orbán an, 2022 kandidieren zu wollen, und Pläne auszuarbeiten, die bis 2030 reichen. Ein derartiger Plan wäre die Erhöhung der Geburtenrate von derzeit 1,5 auf 2,1 Kinder pro Frau. Andere Vorhaben betreffen die Infrastruktur (Schnellstraßen, Autobahnen, Bahnverkehr). Mit Polen strebt Orbán eine „gemeinsame Wirtschaftszone“ an – obwohl beide Länder bereits Teil des EU-Binnenmarktes sind.

Betreffend die umstrittene Justizreform in Polen unterstützt Orbán Polen. In diesem Kontext beanstandet die Europäische Kommission ca. ein Dutzend Gesetze, mit denen die PiS an der polnischen Verfassung vorbei die Gerichtsbarkeit unter die politische Kontrolle der Regierung gestellt hat. So wurde per Gesetzesnovelle die Ernennung von Verfassungsrichtern rückgängig gemacht. Ein weiteres Gesetz ermöglicht dem polnischen Justizminister, alle leitenden Richter einschließlich jener in Berufungsgerichten zu entlassen und ihre Posten neu zu besetzen. Um unliebsame Richter loszuwerden, hat die Regierung das Pensionsantrittsalter gesenkt. Polens Justizminister Zbigniew Ziobro hatte in den sechs Monaten bis 12. Februar 2018 im Alleingang 149 Gerichtspräsidenten bzw. deren Stellvertreter entlassen. Allesamt erfuhren sie von ihrem Amtsverlust per Fax, in einem einzigen Satz, ohne Darstellung der Entlassungsgründe. Die Europäische Kommission prüft in diesem Zusammenhang auf der Grundlage von Artikel 7 des EU-Vertrages (Lissabon) Sanktionen gegen Polen, die zwar bis zum Entzug der Stimmrechte der polnischen Regierung in den EU-Institutionen führen können, jedoch ausschließlich mit Einstimmigkeit der Mitgliedstaaten umgesetzt werden können. Ungarn hat folglich angekündigt, ein Veto gegen eine Verhängung derartiger Strafmaßnahmen einzulegen. Aus Sicht des ungarischen Justizministers László Trócsányi hebt

nicht die PiS, sondern die Europäische Kommission die EU-Rechtsstaatlichkeit aus: „Wenn in einem bedeutsamen juristischen Verfahren versucht wird, die inhaltlichen Anforderungen an den Rechtsstaat statt mit juristischen Beweisführungen mit politischen Argumentationen festzulegen, dann wird das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit dadurch paradoxerweise nicht gestärkt, sondern ausgehöhlt“, so Trócsányi. Ungarn und Polen setzen weiterhin auf Nationalismus: Denn, so Trócsányi, die EU-Bürger seien mehrheitlich der Ansicht, dass „nationalen Parlamenten und Regierungen bereits dermaßen die Hände gebunden“ seien „durch äußere Umstände“, dass sie „nicht mehr frei handeln können.“ Demnach sei es für den Zusammenhalt Europas „nicht besonders hilfreich, Mitgliedstaaten auf die Anklagebank zu setzen.“

Apropos Anklagebank: Der High Court in Dublin entschied im März 2018, einen verdächtigen polnischen Staatsbürger nicht auszuliefern, da die Unabhängigkeit der Justiz in Polen nicht mehr gewährleistet sei. Ziel ist es, die verlässliche Rechtsstaatlichkeit im sechstgrößten Mitgliedstaat der EU wiederherzustellen. Die irische Richterin Aileen Donnelly hatte die polnische Justizreform als „schädlich“ für den Rechtsstaat und die Demokratie bezeichnet.

Als eine Verletzung des Prinzips der Rechtsstaatlichkeit betrachtet der ungarische Justizminister auch die Klage der Europäischen Kommission gegen Ungarn, die Tschechische Republik und Polen, weil sie bisher den Flüchtlingsquotenbeschluss des Rates der EU-Innenminister vom Herbst 2015 nicht umgesetzt haben. Wieso die Europäische Kommission diese drei Länder auf der Grundlage eines seiner Meinung nach „von der Kommission willkürlich festgelegten Punktesystems“ verklage, könne er nicht verstehen. Per Mehrheitsentschluss eine Entscheidung erzwingen zu wollen, die „gegen den Willen der Bürger und zahlreicher Mitgliedstaaten geht, ist nicht sehr weise.“ Diese Sichtweise vereint die Visegrád-4-Staaten Polen, Slowakei, Tschechische Republik und Ungarn gegen die Rechtsmeinung der Europäischen Kommission. In diesem Zusammenhang meinte der ungarische Botschafter in Wien, János Perényi: Orbán „wird auch deswegen gehasst, weil er 2015 als Einziger der europäischen Regierungschefs den Mut hatte, die Dublin III-Regeln in seinem Land tatsächlich durchzusetzen. Dadurch verteidigte er nicht nur Ungarn, sondern auch Europa.“

Am 26. Januar 2018 beschloss die Visegrád 4-Länder erneut, den „Migrationsdruck auf Europa“ nicht zu verteilen, sondern diesen zu verhindern. Zudem müsse, so Ministerpräsident Peter Pellegrini (Partei „Smer“, Sozialdemokraten) aus der Slowakei, jene Politik gestoppt werden, „die offenbar in der Rettung von jedem besteht, der sich ins Wasser wirft.“

Als Zeichen derartigen Protests wurde in der Tschechischen Republik Präsident Miloš Zeman Ende Januar 2018 in seinem Amt bestätigt. Zeman kam auf 51,36 % der Stimmen, sein Herausforderer Jiří Drahoš auf 48,63 %. Der Wahlsieg von Zeman verkörpert den Frust vieler Bürgerinnen und Bürger über die Entwicklung des Landes seit 1989, über die „Eliten“, die ihre Versprechen vom raschen Wohlstand nicht eingehalten hätten. Zudem äußerte sich Zeman gegen „die Bevormundung aus Brüssel“ und somit gegen die Migrationspolitik von Deutschlands Bundeskanzlerin Merkel, ebenso gegen westlich-liberale Demokratien. Zeman hatte im zweiten Wahlgang viele Stimmen aus dem populistischen Lager des japanisch-stämmigen Tschechen Tomio Okamura erhalten. Die Protestparteien haben im Abgeordnetenhaus die klare Mehrheit, darunter sind auch Wähler der gegen das „Establishment“ gerichteten Bewegung ANO des Premierministers Andrej Babiš. Dieser wiederum hatte es im ersten Anlauf nicht geschafft, das Vertrauen des Parlaments für eine Minderheitsregierung zu bekommen. Babiš steht im Verdacht, EU-Subventionen für seinen Großkonzern Agrofert erschlichen zu haben. Insgesamt wollen die Visegrád-4-Länder mit dem Rückenwind national-konservativer Kräfte ein „Europa der Nationen“ schaffen, das Einfluss auf die Regierungspolitik der Mitgliedstaaten ablehnt. In diesem Sinne meinte der Fraktionschef des ungarischen Fidesz, Gergely Gulyás: „Wenn westeuropäische Regierungen glauben, sie könnten ein Rechtsstaatsverfahren gegen osteuropäische Länder führen, wird das die EU zerstören.“

Italien hat gewählt: Sieg der Populisten

Italien wählte am 4. März 2018 ein neues Parlament. Die Wahlbeteiligung war mit 73 % höher als erwartet, jedoch um 2 % geringer als 2013. Die Mitte-Rechts-Parteien kamen auf insgesamt fast 37 % der Stimmen, die Bewegung „5 Sterne“ auf 32,7 %, die Mitte-Links-Parteien auf 22,9 %, die Bewegung LEU (Liberi e Uguali, links) auf 3,4 %. Die Lega hatte innerhalb des Mitte-Rechts-Bündnisses Silvio Berlusconi's Forza Italia überholt – 18,5 % zu 13,7 %, danach folgte die dritte Partei im Bündnis, die postfaschistische Partei „Brüder Italiens“ (4,2 %). Die Lega bildet im Europäischen Parlament u.a. mit der Front National, der AfD und der FPÖ eine Fraktion. Die „5 Sterne“ konnten sich im Süden Italiens, die Lega im Norden durchsetzen. Die Parole der Lega lautete: „Prima gli Italiani“ („Italien zuerst“). Die wirtschaftliche Schere Nord-Süd hatte sich in den vergangenen Jahren weiter geöffnet. Die Gründe für die großen Stimmengewinne liegen auch beim fehlenden Willen der EU-Mitgliedstaaten, für dringende Probleme gemeinsame Lösungen zu finden – hier vor allem bei der Bewältigung der Migration. Am 27. Mai

2018 legte der designierte italienische Ministerpräsident Giuseppe Conte sein Mandat zur Regierungsbildung zwar kurzzeitig nieder. Grund war der 81jährige Paolo Savona, der dem Euro äußerst skeptisch gegenübersteht; er bezeichnete den Euro als „deutschen Käfig“. Die Lega beharrte darauf, Savona zum Wirtschaftsminister zu ernennen – Staatspräsident Sergio Mattarella lehnte dies ab. Lega-Chef Salvini sprach sich daraufhin für sofortige Neuwahlen aus. Es folgte eine äußerst kurze Übergangsregierung unter Carlo Cottarelli, er gab am 31. Mai 2018 den Regierungsauftrag an Präsident Mattarella zurück. Savona wurde Minister für Europäische Angelegenheiten, Giovanni Tria neuer Finanzminister. Tria bekennt sich zum Euro. Die Regierung Conte wurde somit am 1. Juni 2018 vereidigt, Conte bezeichnete seine Regierung als „pro-europäisch“ und zugleich als populistisch: „Wenn Populismus bedeutet, dass die Regierung auf seine Bürger hören muss und wenn es als anti-systemisch gilt, das System alter Privilegien und verkrusteter Macht zu ändern – dann verdienen diese politischen Kräfte wirklich diese Bezeichnung.“ Durch den „5 Sterne“-Anführer Luigi Di Maio wurde Conte Premierminister. Conte beklagte, dass Italien allein die Lasten der Migrationswelle über das Mittelmeer schultern müsse und kritisierte die „egoistische Abschottung vieler EU-Staaten“. Zudem müsse, so Conte, das Dubliner Abkommen reformiert werden. Diese letzte Forderung wurde auch bereits von der Mitte-Links-Vorgängerregierung gestellt.

Italiens neuer Innenminister, Matteo Salvini – er ist zugleich Anführer der Lega – teilte bereits am 4. Juni 2018 über Twitter mit: „Italien darf nicht in ein Flüchtlingslager umgewandelt werden.“ Salvini zielt auf eine Beendigung des Schlepperwesens, eine raschere Prüfung der Asylanträge sowie die Ausweisung von Migranten ohne Aufenthaltsgenehmigung. Zudem meinte Salvini: „Legale Formen der Einwanderung sollen gefördert werden: Wir sind keine Rassisten.“

Das Budgetdefizit will Conte senken – jedoch nicht mit Austerity-Programmen, sondern durch Wachstum. Wie dieses trotz hoher Schulden von 134 % des BIP und lahrender Wirtschaft erreicht werden soll, bleibt offen. Das Flat-Tax-Programm für Familien soll bereits auf das Jahr 2020 verschoben werden.

Außenpolitisch bleibe Italien, so Conte, Mitglied der NATO, die USA blieben ein „privilegiertes Alliiertes“. Jedoch bemüht sich Italien nun verstärkt um eine Öffnung in Richtung Russland und um ein Ende der „entwürdigenden“ EU-Sanktionen gegenüber Russland.

Österreich nähert sich Russland an

Österreichs Vizekanzler Heinz-Christian Strache, dessen FPÖ im Dezember 2016 eine fünfjährige „Vereinbarung über Zusammenwirken und Kooperation“ mit der russischen Regierungspartei „Einiges Russland“

geschlossen hatte, gab mehrmals seiner Forderung nach der Aufhebung der EU-Sanktionen gegen Russland zum Ausdruck. Österreich setze sich, so Strache, „als neutrales Land in der Sanktionsentwicklung gegenüber Russland für eine Entkrampfung ein, damit am Ende wieder eine engere Zusammenarbeit und auch eine Aufhebung der Sanktionen der Fall sein kann.“ Auf der Krim, so Strache, habe im Jahr 2014 „eine Abstimmung stattgefunden, die von der westlichen Gemeinschaft völkerrechtlich nicht akzeptiert wird, wo die Russen mit ihrer Abstimmung das Faktum gesetzt haben, dass die Mehrheit für den Zusammenschluss mit Russland gestimmt hat. Führen die Sanktionen zum Ziel? Das sehen wir kritisch, inwieweit man sich da nicht einbetoniert.“ Betreffend Ukraine meinte Strache Ende Mai 2018, dass er davon ausgehe, dass die Aufständischen im Osten des Landes Artillerie und Panzer in Russland kaufen, „wie der ukrainische Staat seine militärische Lieferung aus den USA bezieht.“ Russlands Außenminister Sergej Lawrow beschuldigt den Westen der Unterstützung der „Putschisten“ in der Ukraine, die internationalen Sanktionen gegen Russland seien „einseitig“. Eine Rückgabe der Krim an die Ukraine sei, so Russlands Präsident Wladimir Putin, „nicht möglich“, dies widerspräche auch der „demokratischen Volksabstimmung“ der Krim-Bevölkerung 2014.

Österreichs Außenministerin Karin Kneissl bot im Syrien-Konflikt Vermittlungsdienste an, die jedoch vom russischen Außenminister Lawrow nicht für nötig gehalten wurden. Wien, so Lawrow, sei ein „ehrlicher Makler“ aufgrund seiner neutralen Position und könne für ein besseres Klima innerhalb der UNO sorgen.

In der Nervengiftaffäre (Attacke mit „Novitschok“ gegen den Agenten Sergej Skripal und seine Tochter Julia in Salisbury) vom März 2018 bewog London viele Staaten zu einer Solidaritätsaktion gegen die russische Regierung. Die USA, Kanada, Australien und die Ukraine sowie ein Großteil der EU-Mitgliedstaaten haben ihre Solidarität mit Großbritannien bekundet, insgesamt wurden mehr als 100 russische Diplomaten – zumeist Mitarbeiter von Nachrichtendiensten – ausgewiesen. Wien hatte betont, den Gesprächskanal mit Russland offenzuhalten, es gehe um die „Aufrechterhaltung der Kommunikationskanäle“, so Kneissl. Selbst im Fall eines eindeutigen Beweises gegen Russland werde sich an der Position Wiens wahrscheinlich nichts ändern, so Kneissl: „Wir stehen hinter der Entscheidung, den EU-Botschafter aus Moskau zurückzurufen, werden aber keine nationalen Maßnahmen setzen.“ Am 3. April 2018 hatte das dafür zuständige Forschungszentrum des britischen Ministeriums für Verteidigung erklärt, es gebe keine präzisen Hinweise, dass das „Novitschok“ aus Russland stamme.

Am 5. Juni 2018 besuchte Russlands Präsident Putin Wien, es war sein sechster offizieller Besuch in Österreich und seine erste Auslandsreise in ein EU-Land seit seiner Wiederwahl im März 2018. Putin kam mit sechs Ministern, darunter auch Außenminister Lawrow. Dabei schlossen die OMV und Gazprom einen neuen Erdgasliefervertrag bis 2040. Über 20 Memoranden und Kooperationsabkommen wurden unterzeichnet. Dabei hob der Präsident der Wirtschaftskammer Harald Mahrer die „ausgezeichneten diplomatischen, touristischen, kulturellen, sportlichen und besonders die wirtschaftlichen Beziehungen“ zwischen Russland und Österreich hervor. Putin würdigte Österreich als „Schlüsselland“ und „Knotenpunkt“ in der europäischen Energiewirtschaft. Österreichs Bundespräsident Alexander van der Bellen meinte gegenüber Putin: „Österreich ist immer um einen Abbau der Spannungen bemüht.“ Die österreichische Politik erfolge im Gleichklang mit der EU, lautete der Tenor sowohl von Bundespräsident van der Bellen wie auch von Bundeskanzler Kurz. Das will heißen: nur bei einer Entspannung in der Ostukraine und in der Umsetzung des Minsker Abkommens wäre eine Lockerung der Strafmaßnahmen gegenüber Russland denkbar. Kurz versicherte, dass Österreich die Sanktionen gegen Russland weiterhin mittragen werde, er sprach sich jedoch gleichzeitig für eine schrittweise Aufhebung nach dem „Zug-um-Zug“-Prinzip aus. Kurz appellierte an die „Verantwortung der Supermacht Russland, am Verhandlungstisch und im Rahmen internationaler Organisationen zur Lösung der Konflikte in Syrien und in der Ukraine beizutragen.“ Van der Bellen betonte: „Frieden in Gesamteuropa ist nur mit Russland möglich.“

Der österreichische Ratsvorsitz 2018

Unter dem Motto „Europa, das schützt“ steht der österreichische Ratsvorsitz in der EU. Mehr als 300 größere Veranstaltungen werden abgehalten, insgesamt 2122 Sitzungen und rund 190 Legislativdossiers müssen zum Abschluss gebracht werden. Thematische Schwerpunkte des zweiten Halbjahres 2018 bilden der Finanzrahmen der EU von 2021 bis 2027 – in diesem Zusammenhang ebenso die Landwirtschaftspolitik (deren Mittel – derzeit 54 Mrd. € pro Jahr – sollen nach Vorstellungen des EU-Agrarkommissars Phil Hogan um 5 % gekürzt werden) –, der digitale Binnenmarkt (hier auch die steuerliche Zuständigkeit – Gewinne sollen nach Ansicht der Europäischen Kommission dort besteuert werden, wo diese anfallen), der „Brexit“, die Bewältigung der Migrationskrise, umfassendes Krisen- und Konfliktmanagement an den östlichen und südlichen Grenzen der EU und in Sub-Sahara-Afrika sowie ebenso wirtschaftlich-gesellschaftliche Themen

wie „Industrialisierung 4.0“ (Digitalisierung der Arbeitswelt) und unmittelbar in diesem Zusammenhang die Zukunft von Arbeit und neuen Arbeitsformen.

In für Österreich relevanten Bereichen könnten sich auch die Ziele der Europäischen Kommission mit jenen des Vorsitzlandes decken: Die Kommission schlug am 2. Mai 2018 vor, die Budgetmittel für den Außengrenzschutz, die Migration und die Asylpolitik der EU in den Jahren 2021 bis 2017 auf 34,9 Mrd. € (zum Vergleich: 13 Mrd. € für die Finanzperiode 2014 bis 2020) zu erhöhen. In diesem Kontext soll auch die FRONTEX von 1500 auf 10.000 Beamte bis zum Jahr 2027 verstärkt werden. Diese sollen unverändert innerhalb von fünf Tagen einsatzbereit bleiben und auch weiterhin von den Mitgliedstaaten bereitgestellt werden, die Kosten dafür werden aus dem FRONTEX-Budget ersetzt. Zudem soll nach Ansicht der Europäischen Kommission die EU ihre Außenpolitik dort verstärken, wo sie Einfluss hat: auf dem Westbalkan (diesen versucht die Europäische Kommission mit Reformen zu motivieren – in Hinblick auf mögliche Aufnahmen in die EU bis 2025; betroffen wären die Länder Serbien, Montenegro, Mazedonien, Kosovo, Bosnien-Herzegowina, Albanien), in den postsowjetischen Republiken (mit Schwerpunkt Ukraine) sowie in Nordafrika. Am westlichen Balkan befindet sich die EU im politischen und wirtschaftlichen Wettbewerb mit China und Russland. So ist eine stärkere EU-Präsenz in diesem Raum notwendig, so der Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, Jörg Wojahn. Die Mittel für die juristische, administrative und politische Vorbereitung der Beitrittskandidaten sollen in der Folge von zwölf auf 14,5 Mrd. € aufgestockt werden. Ebenso soll das Budget für die Nachbarschaftspolitik erhöht werden, also für jene Staaten im Osten und Süden, die zwar (wie die östlichen Länder Europas) auf absehbare Zeit keine Möglichkeit haben werden, in die EU aufgenommen zu werden, jedoch im Weg von Handels- und Assoziierungsabkommen wirtschaftlich und politisch möglichst eng an die EU gebunden werden sollen. Das Budget hierfür soll von 16,5 Mrd. auf 22,5 Mrd. € nach Vorschlägen der Europäischen Kommission steigen, das wäre um ein Drittel mehr als in der Periode 2014 bis 2020. Erweiterungskommissar Johannes Hahn betonte in diesem Zusammenhang: „Der eigentliche Grenzschutz beginnt weit vor der Außengrenze der EU.“ So soll es auch mehr Geld für die Unterstützung Sub-Sahara-Afrikas geben. Der dafür vorgesehene Europäische Entwicklungsfonds wird nun in das EU-Budget integriert und damit der Kontrolle durch das Europäische Parlament unterstellt. Die Mittel für den Fonds sollen nach Vorschlägen der Europäischen Kommission von 29 Mrd. auf 31,5 Mrd. € erhöht werden. Die Erhöhung der Finanzmittel wird mit der umfassenderen Bekämpfung von Fluchtursachen

begründet. Das Budget für Lateinamerika und Asien soll laut Vorschlag der Kommission von rund 20 Mrd. auf 14 Mrd. € gekürzt werden. Viele dieser Länder benötigen demnach keine traditionelle Entwicklungshilfe mehr.

Drei große Gewinner gibt es somit im Budgetvoranschlag der Europäischen Kommission:

- Grenzschutz und Migration
- Außenpolitik
- Forschung und Jugend

Von inflationsbereinigt 94,5 Mrd. € auf 123 Mrd. € sollen die finanziellen Mittel für die gemeinsame Außenpolitik der EU in ihrer nächsten siebenjährigen Haushaltsperiode steigen. Dies wäre ein Anstieg von 26 % – trotz des „Brexit“.

Betreffend „Forschung und Jugend“ zielt die Europäische Kommission auf eine Verdoppelung der Mittel für das Erasmus-Programm zum Bildungsaustausch auf 30 Mrd. €, auf die Schaffung eines Europäischen Solidaritätskorps, im Rahmen dessen junge Europäer Berufspraxis und ehrenamtliches Engagement miteinander verbinden können, sowie auf die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit marginal ausgebildeter Jugendlicher. Absolut neu ist die Initiative „Discover EU“: 100 Mio. € pro Jahr möchte die Europäische Kommission ab dem Jahr 2021 dafür verwenden, um möglichst vielen Europäern zu ihrem 18. Geburtstag eine kostenlose Reise per Bus oder Bahn ins benachbarte EU-Ausland (oder bis zu vier Unionsstaaten) zu ermöglichen. Im Sommer 2018 wird bereits ein Pilotversuch unternommen, 12 Mio. € sollen für mindestens 15.000 junge Erwachsene (0,4 % aller 18jährigen) aus allen EU-Mitgliedstaaten bereitgestellt werden. Nach Maßgabe der Möglichkeiten in einer zweiten Bewerbungswelle im Herbst 2018 sollen weitere 5000 bis 15.000 junge Erwachsene in dieses Programm involviert werden.

Der Finanzrahmen 2021 bis 2017 soll 1,11 % der Wirtschaftsleistung der EU betragen. Je nachdem, ob die Inflation berücksichtigt oder ob in Preisen des Jahres 2018 gerechnet wird, wäre die Summe mit 1,28 Billionen oder mit 1,13 Billionen € zu beziffern.

Anfang Juni 2018 forderte Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz eine personelle Verkleinerung der Europäischen Kommission, diese sollte demnach von derzeit 28 auf 18 Kommissare reduziert werden: „Basierend auf einem fairen Rotationsprinzip, würde das nicht nur zu Einsparungen führen, sondern die EU-Kommission auch deutlich effektiver und fokussierter machen.“ Zudem forderte Kurz, den „Unsinn“ eines doppelten Sitzes für das Europäische Parlament (Brüssel und Straßburg) zu beenden. Frankreich setzt sich für die Beibehaltung des Sitzes in Straßburg ein.

Der Terminplan des österreichischen Vorsitzes im Überblick:

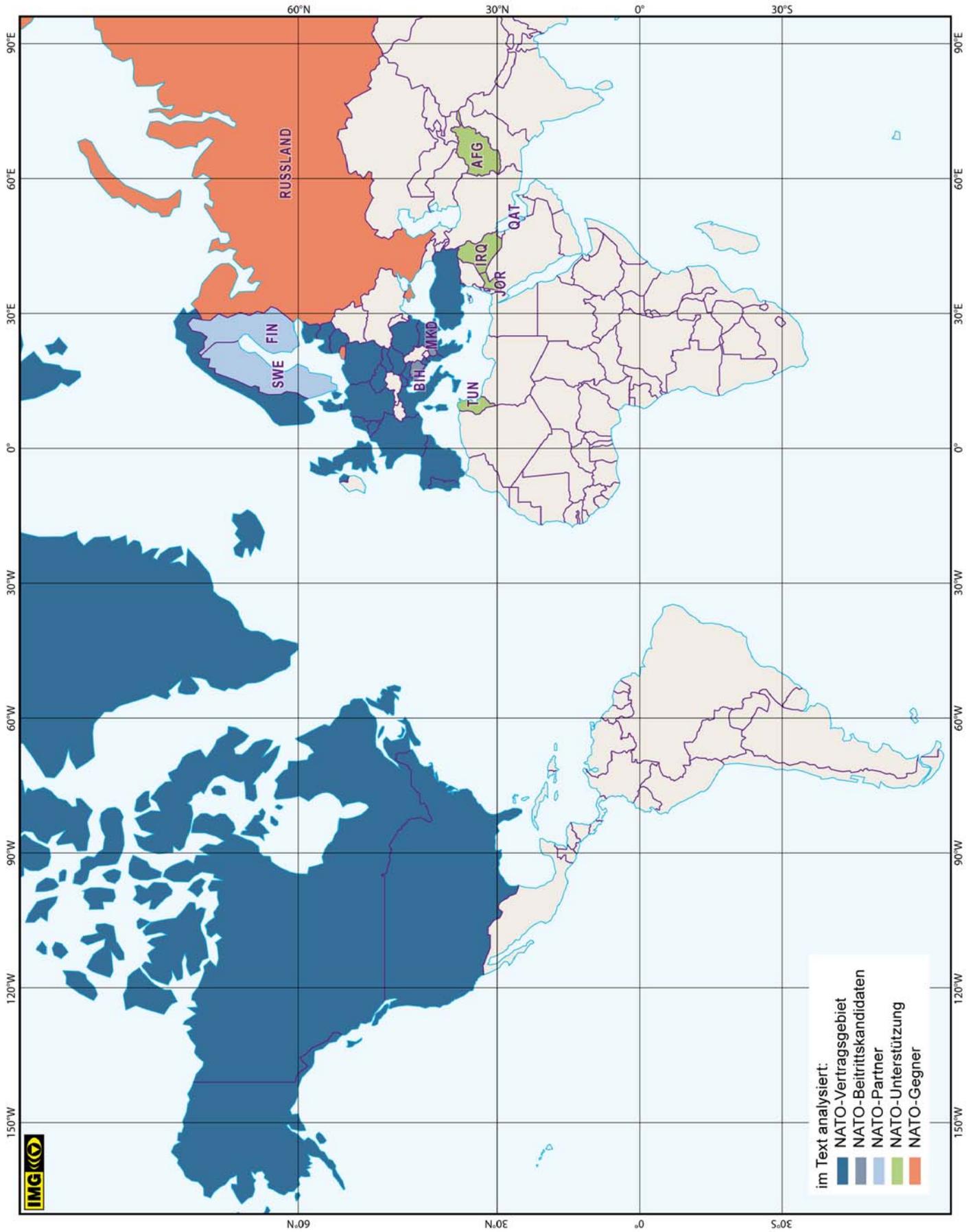
- 3. Juli: Grundsatzrede im Europäischen Parlament von Bundeskanzler Sebastian Kurz
- 11. bis 13. Juli: Informeller EU-Rat Justiz und Inneres in Innsbruck
- 16. bis 17. Juli: Informeller EU-Rat Wettbewerbsfähigkeit in Wien
- 19. bis 20. Juli: Informeller EU-Rat Beschäftigung, Soziales, Gesundheit, Konsumentenschutz in Wien
- 29. bis 30. August: Informeller EU-Außenministerrat mit Verteidigungsministern in Wien
- 3. September: Informeller EU-Rat Jugend in Wien
- 7. bis 8. September: Informeller EU-Rat Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) in Wien
- 10. bis 11. September: Informeller EU-Gesundheitsrat in Wien
- 17. bis 18. September: Informeller EU-Rat Verkehr, Telekommunikation und Energie in Linz
- 20. September: Informeller EU-Gipfel zum Thema Sicherheit in Salzburg
- 23. bis 25. September: Informeller EU-Rat Landwirtschaft und Fischerei in Schloss Hof, Niederösterreich
- 4. bis 5. Oktober: Informeller EU-Außenhandelsrat in Innsbruck
- 29. bis 30. Oktober: Informeller EU-Rat Verkehr, Telekommunikation und Energie in Graz. Gleichzeitig wird auch ein informeller EU-Umweltrat in Graz stattfinden.
- 13. bis 14. Dezember: Abschlussgipfel der österreichischen Ratspräsidentschaft in Brüssel.

Für das Österreichische Bundesheer sind im Hinblick auf die EU-Ratspräsidentschaft folgende Aufträge prioritär:

- Luftraumüberwachung (LRÜ) – Flieger- und Drohnenabwehr
- Bereithalten von Kräften zur Abwehr von ABC-Waffen
- Bereithalten von Reaktionskräften (wie Spezialisten für die Sprengstoffbeseitigung)
- Unterstützung der Logistik bei EU-Konferenzen / Kfz-Dienste
- Enge Zusammenarbeit mit der Polizei – Assistenzeinsätze (lageabhängig)

die europäische Zukunft relevanten Projekte gemeinsam abstimmen und zum Erfolg führen.

Für Österreich gilt für das zweite Halbjahr 2018, sich wieder als zuverlässiger Verhandler einzubringen, in diesem Zusammenhang sollen Mitgliedstaaten die für



North Atlantic Treaty Organization (NATO)

Die NATO und die transatlantischen Beziehungen

Einleitung

Das erste Halbjahr 2018 setzte vordergründig die Entwicklung aus 2017 fort, indem weiterhin ohne großes Medienecho die alten Wege begangen wurden. Dies betraf den Dialog mit Russland, die Ausbildungsmission in Afghanistan, mögliche Unterstützung von Staaten Nordafrikas sowie des Nahen und des Mittleren Ostens und letztlich die Fortsetzung von größeren Rüstungsprogrammen. Darüber hinaus verstärkten die USA ihre „Deterrence“-Initiative und die nordeuropäischen Partner näherten sich einmal mehr Washington an. Diese ruhige Entwicklung wurde aber von bedeutenden NATO-internen Spannungen überschattet.

Die NATO setzte wie schon 2017 in unaufgeregter Art die letzten Gipfelbeschlüsse um. Neben der Verstärkung der Ostflanke wurde einigen Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas Unterstützung beim weiteren Aufbau ihrer Streitkräfte angeboten und mit Russland der Dialog geführt. Diese ruhige Entwicklung wurde aber von bedeutenden NATO-internen Spannungen überschattet, die vor allem die Türkei und US-Präsident Trump verursachten.

Treffen der NATO-Außen- und Verteidigungsminister im Frühling 2018

Die Minister vereinbarten, dass die Beziehungen zur Russischen Föderation vom "Deterrence and Dialogue"-Ansatz geprägt bleiben, also Gesprächsbereitschaft basierend auf glaubwürdiger Abschreckung. Neben den multinationalen Bataillonen im Baltikum und Polen sowie der fortgesetzten Übungstätigkeit werden allein die US-Streitkräfte 2019 für ihre Ausbildungs- und Übungstätigkeit im angesprochenen Raum 6,5 Mrd. \$ ausgeben. Dieser Wert spiegelt damit eine steigende Tendenz wider, wurden 2017 noch 3,4 Mrd. \$ und für heuer 4,8 Mrd. \$ bereitgestellt. 6,5 Mrd. \$ repräsentieren immerhin die 12. Stelle bezogen auf die nationalen Verteidigungsbudgets der NATO-Alliierten. US-Verteidigungsminister Mattis machte aber klar, dass diese Entwicklung sehr wahrscheinlich so nicht fortgesetzt werden wird und diese Aufwendungen für die europäischen Verbündeten auch als Grundlage für ihre eigenen Anstrengungen verstanden werden sollen. Und die US-Streitkräfte stellen sich auch auf die neuen taktischen Gegebenheiten ein: Die lang gültige Voraussetzung, dass US-Landstreitkräfte in ihren Operationen auf eigene Luftherrschaft setzen können, wurde mit einem möglichen Konflikt gegen russische Kräfte in Europa hinfällig. Als Reaktion darauf wird nun die US-Armee wieder „Stinger“ und „Avenger“-

Systeme einführen, die teilweise schon zur Verschrottung bestimmt waren, im Umfang von 7 Bataillonen aber in der „Army National Guard“ noch existieren. Im Zuge der „European Deterrence Initiative“ werden die in Europa stationierten oder über Rotationen aus den USA eintreffenden Verbände wieder mit entsprechenden Kräften der Gefechtsfeldfliegerabwehr ausgerüstet. Das Material von zwei „Avenger“-Bataillonen ist mittlerweile in Europa ausgelagert und soll nächstes Jahr mit Personal befüllt werden. Damit wird eine Lücke geschlossen, auf die der damalige Kommandant von US EUCOM bereits 2016 hinwies.



US-Transport schwerer Waffensysteme nach Europa im Rahmen der Operation Atlantic Resolve (Anlandung in Antwerpen)

Die aufrechte Gesprächsbereitschaft wurde hingegen einmal mehr am 31. Mai mit einer Sitzung des NATO-Russland-Rates und mit einem Besuch russischer Wissenschaftler im Joint Force Command Brunssum unterstrichen.

An der Frühjahrstagung nahm auch der neu ernannte US-Außenminister Pompeo teil, der die Alliierten einmal mehr an die selbst eingegangene Verpflichtung erinnerte, 2 % der Wirtschaftsleistung für Verteidigungszwecke aufzuwenden.

Ausbildungs- und Unterstützungsmissionen

Die schon länger diskutierte Ausbildungsmission für die irakischen Streitkräfte soll auf dem kommenden Gipfeltreffen endgültig beschlossen werden, genau wie zusätzliche Hilfe für Jordanien und Tunesien im Grenzschutz, im Entminungsdienst und allgemein für die Sicherheitssektorreform. Bezüglich Libyen gibt es keine offizielle Erklärung, was auf ein Stocken der entsprechenden Bemühungen schließen lässt. In Afghanistan unterstützt die Allianz das Angebot des Staatspräsidenten an die Taliban zu Friedensgesprächen und unterstreicht die besondere Rolle, die Pakistan dabei wahrzunehmen hätte.

Fortsetzung von Rüstungsprogrammen

Belgien ist mittlerweile der 5. Staat, der der 2016 gegründeten multinationalen Initiative zur Beschaffung von Transportflugzeugen beigetreten ist. Damit sollen bis 2024 acht Airbus A330 Flugzeuge beschafft werden, die sowohl als Luftbetankungs-, als Transport- als auch als San-Evakuierungsflugzeug eingesetzt werden können. Sie werden von einer Basis in Eindhoven gemeinsam betrieben und sollen die übergroße Abhängigkeit Europas von den USA in diesem Bereich verringern. Das Projekt wird auch von der EDA unterstützt und ist ein Beispiel für die kohärente Fähigkeitenentwicklung EU – NATO.



NATO-Luftbetankungskapazitäten

Die Vorgänge in der EU, wie der Start der „*Ständig Strukturierten Zusammenarbeit*“, werden aber von den USA durchaus kritisch gesehen. So wies die US-Botschafterin bei der NATO darauf hin, dass derartige Entwicklungen nicht dazu führen dürften, US-Rüstungsfirmen künftig von europäischen Beschaffungsprogrammen auszuschließen. Erst vor kurzem konnte die US-Rüstungsindustrie mit dem Verkauf von „Patriot“-Systemen an Polen, an Rumänien und an Schweden Erfolge verzeichnen.

Partner

„Open Door“

Aus Sicht der NATO brachte die „*Open Door*“-Politik (Erweiterungspolitik) in den letzten Jahren Stabilität und Frieden über Millionen von Menschen. Konkrete Fortschritte gibt es aber derzeit nicht zu vermelden, da wie in Bosnien-Herzegowina seit vielen Jahren kaum Fortschritte verzeichnet werden und Georgien real kaum eine Beitrittsperspektive hat. Nur der kurz vor der Lösung stehende Namensstreit für Mazedonien könnte neue Perspektiven eröffnen. Und auch dieser Vorgang findet seine Ursache in den euroatlantischen Akteuren NATO und EU, da Skopje beiden Organisationen beitreten möchte.

Trilaterales Abkommen Schweden - Finnland - USA

Am 8. Mai unterzeichneten die Verteidigungsminister dieser drei Staaten im Pentagon ein Abkommen, das vor allem eine Verstärkung der gemeinsamen Übungen zum Ziel hat. Auslöser dieser Kooperation ist einmal mehr die Bedrohung, die die Russische Föderation für diese beiden nordeuropäischen EU-Mitglieder darstellt. Neben der Intensivierung der Übungstätigkeit sollen auch der Informationsaustausch auf allen Ebenen verstärkt und die strategische Kommunikation koordiniert werden. 2021 wird Finnland Gastgeber einer gemeinsamen Übung sein. Das Abkommen kann durchaus als Ausgangspunkt für weitere Kooperationsmöglichkeiten und als Ergänzung zur in den letzten Jahren vorgenommenen Annäherung der beiden Partner an die NATO bewertet werden. Leider ist es kein Vertrauensbeweis in eine funktionsfähige Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU.

Katar

Als letztes Land der „Istanbul Cooperation Initiative“ unterzeichnete Katar am 16. Jänner 2018 ein Sicherheitsabkommen mit der NATO. Diese Vereinbarung erlaubt den Austausch klassifizierter Informationen und ist damit Voraussetzung für jede Kooperation, die über eine gewisse Bedeutung verfügen will. Wenige Wochen später wurde dieses Abkommen noch durch ein weiteres ergänzt, das den NATO-Truppen die Benützung verschiedener Einrichtungen im Emirat für die „Resolute Support Mission“ in Afghanistan erlaubt.

Gefährliche NATO-interne Spannungen

Die Türkei bleibt weiter ein schwieriger NATO-Verbündeter, vor allem seit der Eröffnung des Feldzuges in Nordsyrien. Dieser richtet sich zwar gegen kurdische Verbände im vom Bürgerkrieg zerrissenen Nachbarland, doch einige davon wie die YPG wurden von den US-Streitkräften gezielt zum Kampf gegen den IS aufgestellt. Diese stehen vor allem in Manbij ostwärts des Euphrat, die türkischen Vorstöße blieben bisher auch westlich des Flusses begrenzt. Doch Staatspräsident Erdogan forderte die USA bereits mehrmals auf, eigene Soldaten aus dem Raum Manbij abzuziehen, um Zusammenstöße zu vermeiden. Die Reaktion der US-Armee war aber mit dem Statement „das ist nicht geplant“ ebenso eindeutig.

Das Zerwürfnis zwischen den beiden NATO-Verbündeten besteht schon länger, sehen doch die USA in den kurdischen Verbänden die einzig glaubwürdige Komponente für die Bodenoperationen gegen den IS. Die Türkei beurteilt sie hingegen als verlängerten Arm der PKK, die nicht nur von Ankara als terroristisch

eingestuft wird. Die kürzlich vom US-Verteidigungsminister Mattis vorgestellte Nationale Verteidigungsdoktrin verleiht den Spannungen zusätzliche Brisanz. In diesem Dokument wird die Absicht festgeschrieben, dauerhafte Allianzen in Räumen aufzubauen, in denen die Terroristen vorläufig geschlagen wurden. Neben Afghanistan und dem Irak wird auch Syrien genannt und hier sind offenbar die unterstützenden Kräfte gemeint, was aus einer zeitlich begrenzten taktischen eine strategische Zusammenarbeit ergeben würde. Das würde auch eine dauerhafte Präsenz kurdischer Einheiten an der Südgrenze der Türkei bedeuten, was Ankara eben nicht gewillt ist, zu akzeptieren.

In diesem Sinne drohte der türkische Außenminister Cavusoglu Mitte Februar sogar mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Washington, Gespräche mit seinem damaligen US-Amtskollegen Tillerson haben das aber gerade noch verhindert.

Weitere allianzinterne Spannungen könnten die von US-Präsident Trump losgetretenen Strafzölle hervorrufen, da sie sich auch gegen Europa richten. Nicht zuletzt deswegen bezogen Kongressabgeordnete - darunter auch solche aus der Republikanischen Partei - dagegen Stellung, da es sich bei den Europäern um Verbündete handelt. Deren Bedeutung wurde zuletzt in der Nationalen Sicherheitsstrategie noch betont.

Zusammenfassung

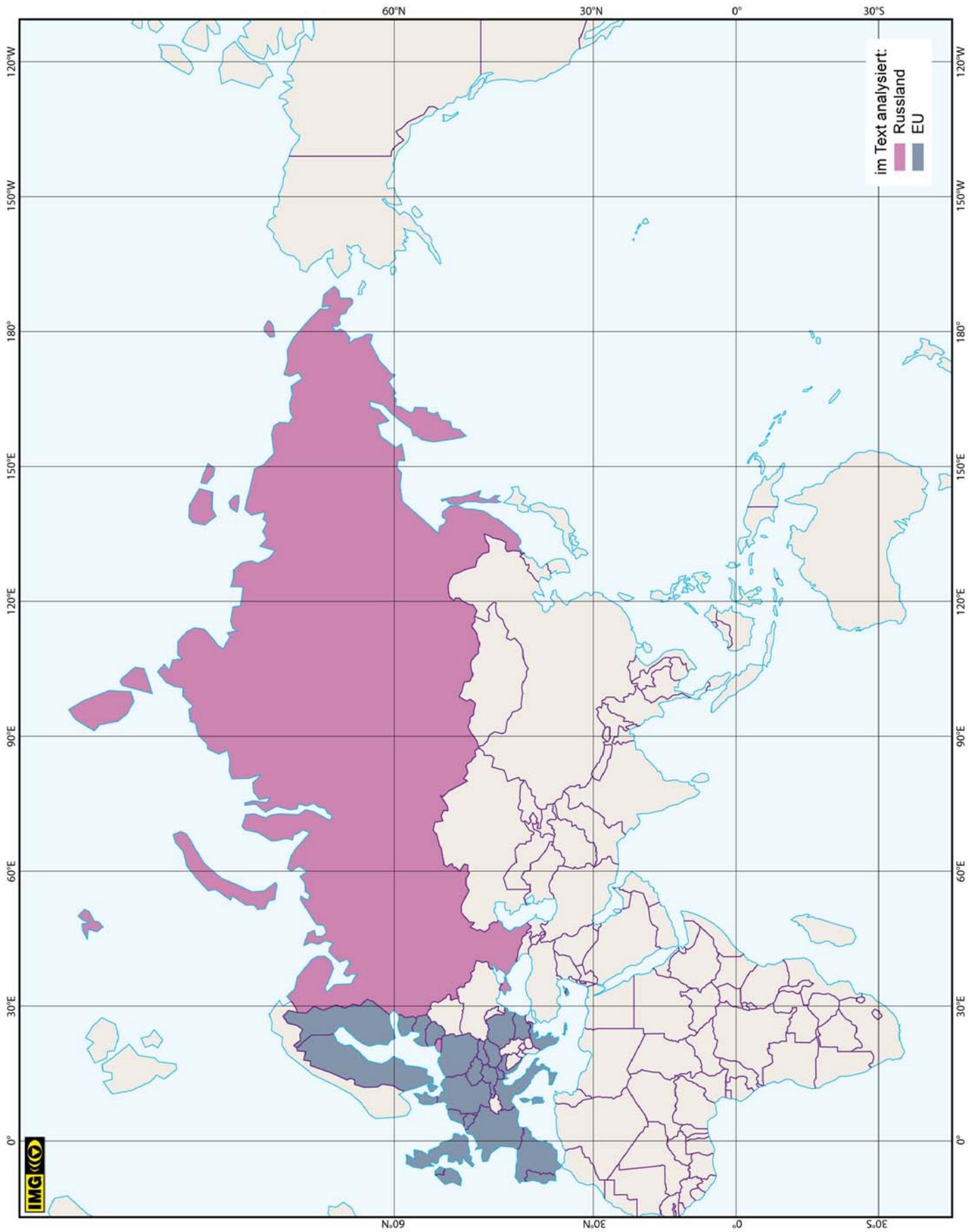
Im Mai und im Juni haben sich die Spannungen mit den Verbündeten der USA fortgesetzt. Zuerst kündigte US-Präsident Trump das Iran-Abkommen auf, obwohl sich Teheran laut IAEO an die Vereinbarung gehalten hatte. Damit geraten auch europäische Unternehmen unter enormen Druck, sollten sie sich entschließen, die begonnene wirtschaftliche Öffnung des Landes mit eigenen Geschäftsbeziehungen zu unterstützen. Ihnen droht die Sperre des US-Marktes, was vor dem Hintergrund der Vertragserfüllung Irans eine massive Provokation europäischer Wirtschaftsinteressen bedeutet. Hier wie auch beim beginnenden Handelsstreit mit Europa ließ sich der US-Präsident nicht von persönlichen Besuchen europäischer Regierungschefs in seinen Absichten beirren, ja mehr noch, er brüskierte sie noch. Auch sein Handelsminister bezeichnete die Verhandlungen mit den Europäern geringschätzig als „sinnlose Kaffeerunden“ und markierte damit einen Tiefpunkt im transatlantischen Verhältnis.

Dieses ist nicht zuletzt durch ein unausgewogenes Verhältnis belastet. Auf der einen Seite die geschlossen auftretenden USA, die in erheblichem Maß auch für die Sicherheit des europäischen Kontinents sorgen. Und auf der anderen Seite eine bei weitem nicht so geschlossen handelnde EU, die zudem noch durch innere Spannungen belastet wird. Brexit als ein Merkmal

erstarkender nationaler antieuropäischer Bewegungen und eine neue italienische Regierung, die die Gemeinschaftswährung infrage stellt, sind deren stärksten Ausprägungen. Dazu kommen noch europäische Staaten, die sich privilegierter bilateraler Beziehungen mit Washington erfreuen und damit gegenüber europäischen Partnern über Vorteile zu verfügen glauben. Dies alles führt zur Erkenntnis, dass Europa das transatlantische Bündnis mehr braucht als die USA und dass US-Präsident Trump die europäischen Positionen ignorieren zu können glaubt. Nur eine stärkere eigene sicherheitspolitische Verantwortung und damit eine Verringerung der Abhängigkeit zu Washington sowie eine Forcierung der europäischen Einigung könnten dieses Ungleichgewicht beseitigen. Davon kann aber derzeit kaum die Rede sein. Unter diesen Vorzeichen wird die NATO als Symbol transatlantischer Partnerschaft Mitte Juli ihr nächstes Gipfeltreffen abhalten. Während Wales 2014 den raschen Eingreifkräften („Speerspitze“) und Warschau 2016 der Sicherung namentlich der Ostflanke („forward presence“) gewidmet war, wird sich Brüssel 2018 der Verstärkung der nur im Bataillonsrahmen aufmarschierten Kräfte widmen: Verstärkung unter hohem Zeitdruck, also rasche politische Entscheidungsfindung trotz Konsenszwang, weitgehend freie Bewegung in allen europäischen Staaten für die aus der Tiefe aufmarschierenden Verbände, hohe Handlungsfreiheit des obersten Befehlshabers der NATO-Kräfte und alles letztendlich abgestützt auf eine vergrößerte NATO-Kommandostruktur, die wiederum die planerischen Grundlagen dafür schaffen muss - und welche die NATO-Alliierten zur Rekrutierung und kostspieligen Entsendung dafür nötiger Offiziere in ausreichender Zahl zwingt.

Allein das letzte Detail zeigt die Herausforderungen, vor denen auch die europäischen Verbündeten stehen, und die sich nicht nur in der Erhöhung des Verteidigungsbudgets niederschlagen. Dazu kommen noch die Beitragsleistungen für die Missionen im Irak und in Afghanistan. Schon allein aus diesen Gründen wäre es mehr als angebracht, „America first“ so abzuändern, dass sich Europa nicht ständig vor den Kopf gestoßen fühlt. Allein, die Erfahrungen des G7-Gipfels müssen Befürchtungen aufkommen lassen, dass die NATO-Gipfelerklärung auch wieder aus 10.000 Meter Flughöhe „entsorgt“ werden könnte.

Einer der wenigen, den diese Entwicklungen freuen werden, ist der wiedergewählte russische Präsident Putin. Das Verhalten US-Präsident Trumps bestätigt zumindest indirekt die gegen Moskau erhobenen Vorwürfe der Wahlkampfmanipulation, da sie unzweifelhaft einen „Return of Invest“ bedeuten.



Russland

... und ihre Partner und Herausforderer

Russland im Fokus der Europäischen Union

Eines der wesentlichen Elemente der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der Europäischen Union (EU) betrifft das Verhältnis zu Russland, welches als ambivalent bezeichnet werden kann. Sowohl wahrgenommene Bedrohungen als auch die eng miteinander verknüpften sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Wechselwirkungen zwischen der EU und Russland stehen im Mittelpunkt von kontrovers geführten Diskussionen der europäischen Entscheidungsträger. Angesichts der unterschiedlichen Interessen der einzelnen EU-Staaten könnte ein einheitliches Auftreten Brüssels gegenüber Moskau zunehmend in Frage gestellt werden. Vor dem Hintergrund der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft ab Juli 2018 scheint es deshalb geboten, die EU-Russland-Beziehungen einer differenzierten sicherheitspolitischen Betrachtung zu unterziehen. In diesem Zusammenhang erhalten drei Ereignisse in der ersten Jahreshälfte 2018 eine besondere Relevanz:

- die Wiederwahl von Vladimir Putin zum russischen Präsidenten,
- die neuerliche Eskalation der bilateralen EU-Russland-Beziehungen aufgrund des mutmaßlichen Giftanschlages an den ehemaligen Doppelagenten Sergej Skripal, sowie
- der Besuch des russischen Präsidenten Putin in Wien.

Vor dem Hintergrund des österreichischen EU-Ratsvorsitzes erhält die „Brückenbau-Funktion“ Österreichs zwischen der EU und Russland eine zusätzliche europäische Dimension und könnte ein pragmatisches Verhalten der EU gegenüber Moskau fördern.

Ambivalenz strategischer Beziehungen

Generell können die gegenwärtigen Beziehungen der EU zu Russland unter zwei wesentlichen Aspekten betrachtet werden. Erstens stellt Russland einen wesentlichen Faktor für die europäische Sicherheit dar, und das gleichermaßen als Herausforderung wie als Partner. Zweitens sind – trotz gegenseitiger Sanktionen – wirtschaftliche Wechselwirkungen, insbesondere im Energiebereich, für beide Seiten von zentraler Bedeutung. Somit müssen die Bereiche Sicherheit und Wirtschaft in einem weitergefassten Rahmen der EU-Russland-Beziehungen im Hinblick auf strategische Interessen bewertet werden.

Insbesondere seit der Annexion der Halbinsel Krim durch Russland im Jahr 2014 hat sich das Verhältnis

zwischen dem Westen und Russland fundamental verschlechtert. Von der EU wurden unterschiedliche Maßnahmen im außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich eingeleitet, die als Vorkehrung gegen eine als aggressiv wahrgenommene Außen- und Sicherheitspolitik Russlands zu verstehen sind. Im Zuge der zunehmenden Ausweitung der GSVP nimmt die Abgrenzung gegenüber Russland gegenwärtig einen zentralen Stellenwert ein, wodurch eine gewisse Ambivalenz zu verzeichnen ist: Einerseits wird in offiziellen Dokumenten darauf hingewiesen, dass die Sicherheit in Europa nur auf der Basis einer Kooperation mit Moskau zu bewerkstelligen ist, andererseits wird Russland als sicherheitspolitische Herausforderung, ja als Bedrohung wahrgenommen. Die Notwendigkeit einer Annäherung an Russland über die Initiierung eines strukturierten Dialoges wird daher grundsätzlich erkannt, ist aber gegenwärtig keine konsensfähige Position innerhalb der EU. Als Beispiel für diese kontroverse Positionierung eigenen sich gerade die Ereignisse in der ersten Jahreshälfte 2018.

Putins Wiederwahl und die Skripal-Affäre

Am 18. März wurde Vladimir Putin mit insgesamt 76,7% der abgegebenen Stimmen, bei einer Wahlbeteiligung von 67%, für weitere sechs Jahre zum russischen Präsidenten gewählt und erreichte somit das beste Ergebnis seiner bisherigen politischen Karriere.



Vereidigung von Präsident Putin nach seiner Wiederwahl

Der zweitgereichte Gegenkandidat – von insgesamt sieben – war Pawel Grudinin von der Kommunistischen Partei mit lediglich 11,6%. Wladimir Schirinowski bekam 5,7%, die liberale TV-Journalistin Xenia Sobtschak kam auf 1,7% und weitere vier Kandidaten erhielten jeweils weniger als 1% der Stimmen. Obwohl die Opposition und der Westen den Wahlprozess massiv kritisierten – so meldeten die ca. 600 OSZE-Beobachter vor allem in ländlichen Gebieten Fälle von Wahlmanipulation – bleibt der Sieg Putins unbestritten. Überschattet wurde diese Wahl jedoch bereits vom neuen Konflikt zwischen der EU und Russland, der vom mutmaßlichen Giftanschlag auf den ehemaligen

russisch-britischen Doppelagenten Sergej Skripal und seine Tochter Julia ausgelöst wurde.

Die Skripal-Affäre

Laut britischen Angaben wurden der ehemalige russisch-britische Doppelagent Sergej Skripal und seine Tochter Julia am 4. März 2018 bewusstlos auf einer Bank in der Ortschaft Salisbury gefunden. Am 7. März gaben britische Behörden bekannt, dass die beiden mit einem seltenen, aber bis dahin noch nicht spezifizierten Kampfstoff, vergiftet wurden. Bei weiteren 131 Personen, die ebenfalls untersucht wurden, konnte man keine weiteren Verdachtsmomente einer Vergiftung feststellen. Die britische Premierministerin Theresa May verkündete schließlich am 12. März, dass Sergej und Julia Skripal von einem in der ehemaligen Sowjetunion erzeugtem Kampfstoff der Nowitschok-Reihe (A-234) vergiftet wurden und „höchstwahrscheinlich“ Russland dafür verantwortlich sei. Laut May wäre es zunächst unklar, ob es sich um einen gezielten Angriff Russlands auf Großbritannien handle, oder ob die russische Regierung die Kontrolle über ihre Kampfstoffe verloren hätte. Aus Russland kamen umgehend vehemente Dementis. Moskauer Regierungsstellen wiesen von Beginn an darauf hin, dass auch westliche Staaten an diesem Kampfstoff geforscht hätten und somit keinerlei Rückschlüsse auf die Urheberschaft zulässig wären. Deshalb forderten russische Regierungsvertreter eine Untersuchung der „Organisation for the Prohibition of Chemical Weapons“ (OPCW), um valide Untersuchungsergebnisse generieren zu können.

Als Konsequenz auf den Vorfall wurden bereits am 14. März 23 russische Diplomaten aus dem Vereinigten Königreich verwiesen. Moskau reagiert am 17. März mit der Ausweisung der gleichen Anzahl von britischen Beamten. Bereits davor gaben die Regierungen Großbritanniens, Deutschlands, Frankreichs und der USA eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie „den ersten Chemiewaffenangriff in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges“ verurteilten und Russland dafür verantwortlich machten. Am 19. März verurteilten die EU-Außenminister den Vorfall scharf; auch beim Europäischen Rat am 22./23. März teilten die Staats- und Regierungschefs die Sichtweise der britischen Regierung, „wonach sehr wahrscheinlich die Russische Föderation für den Anschlag verantwortlich ist und es keine andere plausible Erklärung gibt“. Die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates beinhalten unter anderem eine Reihe von sicherheits- und verteidigungspolitischen Maßnahmen, die als Reaktion auf dem Vorfall in Salisbury gelten:

- die Stärkung der Abwehrfähigkeit gegen chemische, biologische, radiologische und nukleare Risiken,
- eine engere Zusammenarbeit zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten sowie der NATO, und

- den Ausbau der Fähigkeiten zur Abwehr hybrider Bedrohungen, insbesondere in den Bereichen Cyberfragen, strategische Kommunikation und Spionageabwehr;

Des Weiteren ersuchte der Europäische Rat die Kommission sowie die Hohe Vertreterin, Federica Mogherini, entsprechende Maßnahmen weiterzuentwickeln und bis zum EU-Gipfel im Juni einen Bericht über die Fortschritte vorzulegen.

Bereits einen Tag nach dem EU-Gipfel wurde der Leiter der EU-Delegation in Moskau zu Konsultationen zurückbeordert. In der Folge wiesen aus Solidarität rund 25 Staaten, darunter 18 EU-Mitgliedsländer sowie mehrere NATO-Staaten, insgesamt 150 russische Diplomaten aus ihren Ländern aus. Die meisten russischen Vertreter – insgesamt 60 – mussten die USA verlassen. Die russische Führung reagierte reziprok und wies die gleiche Personenanzahl aus den jeweiligen Staaten aus Russland aus. Zehn EU-Staaten, darunter Österreich, setzten hingegen keine Maßnahmen gegen russischen Diplomaten. Der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz argumentierte, dass man die Entscheidung der anderen EU-Partner respektiere, dass Österreich aber eine andere diplomatische Tradition habe und man deshalb weiter den Dialog mit Moskau suche.

Am 4. April bestätigte unterdessen die OPCW, dass bei Untersuchung von Blutproben der Opfer in zwei geheim gehaltenen und unabhängig voneinander tätigen Labors tatsächlich der Nowitschok-Kampfstoff festgestellt wurde. Entgegen der üblichen Praxis drängte Moskau auf die Bekanntgabe der Labors, was die Organisation verweigerte. London sah jedenfalls die eigene Behauptung durch die Laborergebnisse bestätigt und forderte eine schärfere Gangart gegen Russland.

Erfreulicherweise schritt die Genesung der beiden Opfer schneller als erwartet voran. Julia Skripal konnte das Krankenhaus bereits im April verlassen, ihr Vater im Mai. Gerade diese schnelle Genesung vom gefährlichen Nervengift sowie gewisse Ungereimtheiten der britischen Darstellung des Vorfalls lösten zuerst in sozialen Medien und dann auch im öffentlich geführten Diskurs kontroverse Diskussionen aus. Anlass für Kritik war zuerst, dass die britische Regierung keine eindeutigen Beweise vorlegen konnte, die die Verantwortung Russlands belegten. Dazu kam die Behauptung, dass nur Russland diesen Kampfstoff besitzen würde. Laut Moskau hätten auch andere Staaten an Nowitschok geforscht, was im Westen und insbesondere in London zunächst bestritten wurde. Nachdem aber Anfang Mai der als „pro-russisch“ kritisierte tschechische Präsident Miloš Zeman öffentlich sagte, dass Militärexperten in der Tschechischen Republik erst 2017 am Nowitschok-Kampfstoff experimentiert hatten, stieg das Interesse der westlichen Medien am Thema. So veröffentlichte

Der Spiegel am 16. Juni einen kritischen Artikel, in dem behauptet wurde, dass westliche Verbündete dank der nachrichtendienstlichen Tätigkeit Deutschlands bereits seit den späteren 1990er Jahren Nowitschok besäßen: Daher „verfügten also nicht nur Deutschland, sondern auch die USA, Großbritannien, Frankreich, die Niederlande und Kanada über die Zusammensetzung und eine Probe des neuen Kampfstoffs. Möglicherweise stellten sie ihn sogar selber in kleinen Mengen her und tüftelten an Schutzmaßnahmen für die eigenen Truppen im Fall einer Konfrontation mit Russland.“ Dieses Faktum, so die Argumentation im Artikel weiter, könnte der Verbreitung von Verschwörungstheorien helfen: „Dass nun ausgerechnet der deutsche BND schon mehr als 20 Jahre vor dem Anschlag in Salisbury über eine Probe des Nervengifts verfügte und sein Wissen darüber mit den Verbündeten teilte, könnte die russische Verschwörungstheorie befördern.“

Wie schwer es den EU-Mitgliedsstaaten und auch der Kommission fällt, einen pragmatischen Standpunkt gegenüber Russland einzunehmen, verdeutlicht eine Aussage vom Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker am 31. Mai bei einer Veranstaltung des Think Tanks „European Policy Center“ (EPC) in Brüssel. Er fordert mitten in der Debatte um den Nowitschok-Kampfstoff nichts weniger, als das Ende des „Russland-Bashings“: „So we have to come back to, I wouldn't say normal relations with Russia, but there are so many areas, so many domains, where we can cooperate in a better way with research and innovation and others. Not forgetting what our differences and divergences are. But this Russia-bashing has to be brought to an end.“ Insbesondere britische Medien kritisierten diese Aussage scharf. So sah der Guardian durch Junckers Statement die Bemühungen Londons und Washingtons gefährdet, härtere Maßnahmen des Westens gegen Russland einzuleiten.

Diese Vorgänge verdeutlichen den ambivalenten Zustand der EU-Russland-Beziehungen: Auf der einen Seite arbeitet die Kommission Instrumente gegen Russlands Bedrohungen aus und auf der anderen Seite fordert ihr Präsident die Beendigung des Russlands-Bashings.

EU-Globalstrategie

Eine gewisse „volatile Positionierung“ der EU gegenüber Russland wird bereits in der EU-Globalstrategie vom 2016 antizipiert. Darin wird die „Gestaltung der Beziehungen zu Russland“ als eine „strategische Herausforderung“ bezeichnet. Ausdrücklich werden unter anderem die Bedeutung einer „einheitlichen Vorgehensweise“ sowie die „Achtung des Völkerrechts“ hervorgehoben. In diesem Zusammenhang werden die Entwicklungen in der Ukraine und das russische Vorgehen, aber auch die „Widerstandsfähigkeit der östlichen Nachbarn“ thematisiert. Wörtlich heißt es: „Eine kohärente und einheitliche Vorgehensweise muss der Eckpfeiler der Politik der EU gegenüber Russland bleiben. [...] Wir werden weder die illegale

Annexion der Krim durch Russland anerkennen noch die Destabilisierung der östlichen Ukraine hinnehmen. Wir werden die EU stärken, die Widerstandsfähigkeit unserer östlichen Nachbarn erhöhen und ihr Recht, frei über ihre Haltung gegenüber der EU zu bestimmen, verteidigen.“



Eröffnung der Krim-Brücke über die Straße von Kertsch zur direkten Verbindung der Krim mit der Region Krasnodar im Mai 2018

Diese Haltung drückt eine konfrontative Einstellung der EU gegenüber Moskau als Reaktion auf die Annexion der Krim durch Russland aus. An der gleichen Stelle werden aber auch die gemeinsamen Interessen im sicherheitspolitischen Kontext betont: „Gleichzeitig sind die EU und Russland voneinander abhängig. Daher werden wir Russland in Erörterungen über Meinungsverschiedenheiten einbinden und zusammenarbeiten, wenn sich unsere Interessen überschneiden.“

Neben den „außenpolitischen Fragen“ könnte es gemäß der Globalstrategie ein „selektives Engagement“ in unterschiedlichen Bereichen geben: „Zusätzlich zu den außenpolitischen Fragen, bei denen wir derzeit zusammenarbeiten, könnte es auch bei Fragen von europäischem Interesse, etwa Klima, die Arktis, maritime Sicherheit, Bildung, Forschung und grenzübergreifende Zusammenarbeit, ein selektives Engagement geben. Zu diesem Engagement sollten auch vertiefte gesellschaftliche Beziehungen durch Reiseerleichterungen für Studenten, Zivilgesellschaft und Wirtschaft gehören.“

Gerade die Nennung der Wirtschaft als ein Kooperationsfeld veranschaulicht in diesem Zusammenhang erneut die strategische Ambivalenz der EU gegenüber Russland. Dies erscheint deshalb so bemerkenswert, da die Globalstrategie erst 2016, also zwei Jahre nach der Verhängung der ersten Wirtschaftssanktionen der EU gegenüber Russland, als gültiges Dokument angenommen wurde.

Wirtschaftliche Beziehungen

Wie kontrovers das Verhältnis zu Russland ist, wird besonders in den Wirtschaftsbeziehungen deutlich. Diese sind einerseits durch Wirtschaftssanktionen, andererseits durch gegenseitige Abhängigkeit gekennzeichnet – vor allem im Energiebereich. Die Wirtschaftssanktionen der EU wurden im März 2014

anlässlich der Eskalation der Lage in der östlichen Ukraine zunächst gegen natürliche und juristische Personen erlassen und beim Europäischen Rat im Juni 2014 ausgeweitet. Russland reagierte mit Sanktionen insbesondere gegen die Ernährungswirtschaft der EU-Staaten. Seitdem werden die EU-Wirtschaftssanktionen halbjährlich verlängert, obwohl einige Staaten diese Maßnahmen aufgrund der negativen Folgen nur mehr widerwillig mittragen.

Zentrales Element der Wirtschaftssanktionen ist die Forderung der Einhaltung des Minsker Abkommens zur Befriedung des Konfliktes in der Ukraine. Erst wenn Russland vollständig der Umsetzung des Abkommens nachkommt, können die Wirtschaftssanktionen aufgehoben werden, so die Mehrheitsmeinung der EU-Mitgliedsstaaten. Da aber die Regierung in Kiew selbst nicht überzeugend genug an der Umsetzung der Vereinbarung mitarbeitet – vor allem die notwendige Verfassungsänderung gilt als schwierig umsetzbar – wird die offizielle EU-Position in einigen Mitgliedsländern auch vor diesem Hintergrund zunehmend in Frage gestellt. Hinzukommen noch die Nachteile für die eigene Wirtschaft.

Das genaue Ausmaß der wirtschaftlichen Verluste durch die Sanktionen ist schwierig zu erfassen, doch lässt sich eine Folgeabschätzung eruieren. In einer Darstellung des wissenschaftlichen Dienstes des deutschen Bundestages vom Dezember 2017 wird aufgezeigt, dass 20 bis 43 % der EU-Russland-Handelseinbußen seit 2014 auf die Sanktionen zurückgehen. Demnach würden die bilateralen sanktionsbedingten Einbußen alleine in den Jahren von 2014 bis 2016 zwischen 58 und 116 Mrd. € liegen.

Obwohl die Sanktionen für beide Seiten negative Konsequenzen haben, leidet die russische Wirtschaft unverhältnismäßig mehr darunter. Dennoch haben diese Maßnahmen ihr Ziel klar verfehlt. Die Wirtschaftssanktionen hätten unter anderem über eine erhöhte Arbeitslosigkeit den sozio-ökonomischen Druck auf die russische Führung so weit erhöhen sollen, dass damit ein kooperatives Verhalten Moskaus im Sinne des Westens bewirkt und letztendlich das Ende der Ära Putin eingeleitet werden hätte können. Stattdessen hat sich die russische Wirtschaft als erstaunlich adaptiv erwiesen und konnte sich entgegen den Erwartungen relativ rasch stabilisieren. Dank des steigenden Rohölpreises wurde auch die Rezession im Zuge der Wirtschaftssanktionen schneller überwunden. So prognostizierte der Internationale Währungsfond (IWF) im April 2018 ein Wirtschaftswachstum von 1,7% des BIP bis Ende 2018 und geht für 2019 nur von einer leichten Abschwächung auf 1,5% aus, da der Rohölpreis im kommenden Jahr leicht unter 60 US-\$ pro Barrel liegen dürfte.

Energieabhängigkeit versus Energiesicherheit?

Die Sanktionen hätten auch die Energiewirtschaft Russlands treffen sollen, was in weiterer Folge die Abhängigkeit der EU von russischen Öl- und Gaslieferungen vermindert hätte. Auch in diesem Fall ist das Gegenteil eingetreten. Das staatlich gelenkte Unternehmen Gazprom hat 2017 insgesamt 193,9 Mrd. Kubikmeter Gas in die mittel- und westeuropäischen Länder sowie in die Türkei geliefert. Das war ein Zuwachs von 8,1% gegenüber 2016, das bereits als Rekordjahr bezeichnet worden war. Somit sind die Marktanteile Russlands in Europa gestiegen. Ende Mai 2018 präsentierte Gazprom die Geschäftszahlen des ersten Quartals 2018, die einen 11%-Gewinn von insgesamt 5,1 Mrd. € ausweisen. Laut Experten sind für die Gazprom-Erlöse vor allem die Geschäfte in Westeuropa ausschlaggebend.

Offen bleibt indes, ob das Vorhaben Northstream II (eine 1.200 km lange Gasleitung) wie geplant 2019 in Betrieb gehen wird. Das Vorhaben, an dem sich unter anderem die OMV beteiligt, bezweckt den Transit von russischen Gaslieferungen, die über die Ostsee (und damit an der Ukraine vorbei) direkt nach Deutschland führen sollen. Dies wird von den USA aufgrund von eigenen geoökonomischen Interessen, aber auch von jenen EU-Staaten, die eine streng anti-russische Haltung einnehmen, massiv kritisiert. Auch die EU-Kommission hat eine ablehnende Position gegenüber dem Projekt eingenommen, wofür die Umgehung der Ukraine eine wichtige Rolle spielt. Anfang März 2018 wurde ein zunächst vertrauliches Rechtsgutachten des Juristischen Dienstes des Europäischen Rates veröffentlicht, wonach eine Gas-Richtlinie der Kommission, die sich gegen die Northstream II richtet, nicht mit dem Seerechts-Übereinkommens der Vereinten Nationen (UNCLOS) vereinbar wäre. Damit ist der Kommission ein wichtiges rechtliches Argument abhandengekommen, die politischen Kontroversen auf EU-Ebene sind damit aber keineswegs ausgeräumt. Aus der Sicht der OMV verbessert Northstream II die Energiesicherheit Europas und somit auch Österreichs. Diese Ansicht wird erwartungsgemäß nicht von allen EU-Staaten geteilt.

Besuch von Putin in Wien

Ein international vielbeachtetes Ereignis im Vorfeld der österreichischen Ratspräsidentschaft war der Besuch des russischen Präsidenten Putin in Wien am 5. Juni. Putin traf sich mit Bundespräsident Alexander van der Bellen, Bundeskanzler Sebastian Kurz und Vizekanzler Hans-Christian Strache. Zweck des Besuchs war die Unterzeichnung eines neuen Gasliefer-Vertrages zwischen der OMV und Gazprom anlässlich des 50. Jahrestages des Abkommens zwischen Österreich und der damaligen Sowjetunion von 1968. Obwohl der

aktuelle Vertrag noch bis 2028 gültig ist, fixierte das neue Abkommen die Vertragsdauer bereits bis 2040.

Unabhängig vom offiziellen Anlass war Putins erster Auslandsbesuch nach den Wahlen auch ein wichtiges politisches Signal an die EU und deren Mitgliedsstaaten. Die österreichische Staats- und Regierungsspitze verwies im Sinne der Sicherheit Europas auf die Notwendigkeit von guten Beziehungen mit Russland. So sagte der Bundespräsident: *„Frieden in Gesamteuropa ist nur mit Russland möglich.“* Bundeskanzler Sebastian Kurz deutete an, dass er die Beziehungen zu Russland ausbauen möchte und versteht die Rolle Österreichs in Europa als Brückenbauer. Im Ausland wurde das Treffen in Wien zum Teil sehr misstrauisch betrachtet; insbesondere die Äußerungen von Vizekanzler Strache sorgten in einigen Staaten für Unmut. Wörtlich sagte Strache in einem Interview: *„Es ist höchste Zeit, diese leidigen Sanktionen zu beenden und die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland zu normalisieren.“* Jedoch dürfte diese Position auch viele stillschweigende Unterstützer haben, die bislang öffentlich keine klare Stellung bezogen haben.



Präsidenten Putin zu Gesprächen in der Wiener Hofburg

Welchen Einfluss Österreich auf die EU-Russland-Beziehungen tatsächlich hat, wird sich insbesondere während der EU-Ratspräsidentschaft weisen. Eine Stärkung des Dialogs mit Russland wird im Programm der Präsidentschaft im Kapitel „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ unter dem Punkt „Die EU als verlässlicher Partner“ wie folgt zusammengefasst: *„Für die Sicherheit und Stabilität in Europa und der Welt ist Russland ein bedeutender Faktor, weshalb sich Österreich sowohl für die Fortsetzung der EU-Russland-Beziehungen auf der Basis der fünf Leitlinien als auch für die Stärkung des EU-Russland-Dialoges einsetzen wird.“* Diese von der Hohen Vertreterin, Federica Mogherini, ausgegeben fünf Leitlinien sind:

- die Umsetzung des Minsker Abkommens,
- der Ausbau der Beziehungen mit östlichen Partnern,
- die Stärkung der EU in den Bereichen der Energiesicherheit vor Cyber-Bedrohungen sowie der strategischen Kommunikation,

- die „selektive“ außenpolitische Zusammenarbeit im Zusammenhang mit Iran, Syrien, Friedensprozess im Nahost, der Bekämpfung des Terrorismus, Bewältigung der internationalen Krise, den Klimawandel, sowie
- die Unterstützung der russischen Zivilgesellschaft und persönlicher Kontakte insbesondere unter Jugendlichen.

Was die Umsetzung des Minsker Abkommens und die Aufhebung der Sanktionen betrifft, so weicht Österreich deutlich von der offiziellen Mehrheitsmeinung ab. Bundeskanzler Kurz argumentiert, dass die Sanktionen „Zug um Zug“ aufgehoben werden müssen; es sei schließlich unrealistisch, so Kurz weiter, dass das Abkommen als Ganzes auf einmal umgesetzt würde. Es bleibt somit abzuwarten, ob sich dieser „prinzipielle Pragmatismus“ als ein neuer Rahmen für die gesamten EU-Russland-Beziehungen durchsetzen könnte. Während der österreichischen Ratspräsidentschaft könnten jedenfalls wichtige Impulse gesetzt werden.

Ausblick

Bezüglich der zentralen Bereiche Sicherheit und Wirtschaft gibt es unterschiedliche Positionen in den jeweiligen Mitgliedstaaten. Es wurde deutlich, dass es innerhalb der EU wahrscheinlich nur sehr schwer möglich sein dürfte, die bisherige Politik gegenüber Russland beizubehalten. Während Präsident Vladimir Putin durch seine Wiederwahl im März 2018 für weitere sechs Jahre als russisches Staatsoberhaupt bestätigt wurde, scheint durch unterschiedliche politische Entwicklungen in Europa ein Reflexionsprozess der bilateralen Beziehungen zwischen EU und Russland angebracht zu sein. Österreich hat durch den Besuch des russischen Präsidenten in Wien im Juni 2018 in gewisser Weise nicht nur eine Vorreiterrolle bei einer möglichen gesamteuropäischen Annäherung an Russland eingenommen, sondern auch ernstzunehmende Kritik von anderen Mitgliedstaaten auf sich gezogen. Diesen gilt es nun, mit Verständnis und Sachlichkeit zu begegnen. Der österreichische EU-Ratsvorsitz in der zweiten Jahreshälfte 2018 bietet jedenfalls eine Chance, neue Akzente für die Sicherheit Europas im Rahmen eines strategischen Dialoges mit Russland zu setzen.

Der indopazifische Raum

Der Nordkorea-Konflikt

Im Fokus steht nach wie vor der Nordkorea-Konflikt. Die Krise spitzte sich zum Jahreswechsel zu, weil Kim Jong-un trotz des internationalen Widerstands sein Raketen- und Atomprogramm vorantrieb.

Völlig unerwartet nahmen nordkoreanische Sportteams im Februar 2018 an den Olympischen Winterspielen in Pyeongchang teil. Kim Jong-uns einflussreiche Schwester Kim Yo-jong überbrachte als Sondervermittlerin dem südkoreanischen Präsidenten Moon Jae-in eine Einladung nach Pjöngjang.

Dies führte zu den insgesamt dritten hochrangigen Gesprächen zwischen den beiden Koreas. Während der sogenannten Sonnenscheinpolitik traf der damalige südkoreanische Präsident Kim Dae-jung im Jahr 2000 Kim Jong-il. Es folgten diverse, teils wirtschaftliche Kooperationsprojekte wie die seit zwei Jahren stillgelegte nordkoreanische Sonderwirtschaftszone Kaesong. Sieben Jahre später setzte der südkoreanische Präsident Roh Moo-hyun den bilateralen Dialog mit Kim Jong-il fort, allerdings mit ebenso geringem Erfolg. Der bereits für Roh politisch tätige Moon erklärte sich unter der Prämisse der Wiederaufnahme des direkten Dialogs zwischen Nordkorea und den USA zu einem Gipfeltreffen der beiden Koreas bereit. Skepsis war angebracht, dass diese „Lippenstift-Diplomatie“ durch Kim Yo-jong nur dem Zeitgewinn für einen fortgesetzten Aufbau des nordkoreanischen Waffenarsenals oder der Spaltung der US-südkoreanischen Beziehungen diene.

Optimismus & Skepsis

Moon, vormals Menschenrechtsanwalt, ist stärker als seine Vorgängerin Park Geun-hye auf die Bewahrung seines Handlungsspielraumes bedacht. Seine umsichtige Diplomatie und Trumps Drohungen ergänzen einander. Auch künftig auf die US-Unterstützung angewiesen, akzeptierte Südkorea, dass die USA den bisherigen Erfolg auf die eigene rigide Haltung gegenüber Nordkorea zurückführen. Moons diplomatische Vorsicht resultiert auch aus innenpolitischen Erwägungen. Die Opposition soll keine Gelegenheit für eine politische Profilierung und Untergrabung seiner Glaubwürdigkeit erhalten, indem sie ihn als zu liberal darstellt. Moons Eltern stammen aus Nordkorea und flohen zu Beginn des Koreakriegs in den Süden.

Vorsichtig optimistisch sagte China, ebenso wie Russland, beiden Koreas sowie den USA seine Unterstützung zu. Mit seinem offeneren Zugang und der Prioritätensetzung auf eine friedliche Lösung durch Dialog befand sich China mit dem grundsätzlich gesprächsbereiten Südkorea auf einer Linie, jedoch im Gegensatz zu den USA und dem äußerst skeptischen

Japan. Auch in China, der traditionellen Schutzmacht Nordkoreas, stieg im Laufe der Zeit das Misstrauen, wobei es als Ursache des Nordkorea-Konflikts die grundlegenden Spannungen zwischen Nordkorea und den USA sah. Bislang warfen die USA China mangelndes Engagement vor.

Die deutlich gezeigte Ablehnung des US-Vizepräsidenten Mike Pence gegenüber Kim Yo-jong während der Olympischen Spiele stieß in China und Südkorea auf Unverständnis, ebenso Trumps gleichbleibend scharfe Rhetorik sowie seine kompromisslose Bedingung, dass die komplette Denuklearisierung Nordkoreas, vorzugsweise nach dem Modell Libyen, im Zentrum der Gespräche stehen müsse. Nordkorea möchte auf Augenhöhe wahrgenommen werden und lehnt daher vor allem den nunmehr dritten nationalen US-Sicherheitsberater John Bolton ab, der als Hardliner die Forderungen an Nordkorea in den Vordergrund rückt. US-Außenminister Mike Pompeo hingegen unterstreicht die Vorteile für Nordkorea. Trump stellte klar, dass die langjährige Sicherheitskooperation mit Südkorea keinesfalls von Nordkorea untergraben werden dürfe.

Die Parallel-Strategie Nordkoreas

Der für den Westen überraschende Meinungsumschwung beruht auf dem erfolgreichen Abschluss der seit 2013 verfolgten Doppelstrategie (Byungjin), bei der Kim Jong-un parallel zum militärischen Kapazitätenaufbau auch das für ihn gleichwertige und für sein eigenes politisches Überleben essenzielle Ziel der ökonomischen Entwicklung verfolgte. Im Gegensatz zu Kim legten seine Vorväter die Priorität auf die Stärkung des Militärs. Die Verteidigungsausgaben betragen ein Viertel des Haushalts, wegen der geringen Wirtschaftsleistung jedoch nur 4,2 Mrd. US-\$. Mit dem Erreichen des Atommachtstatus fließen die Ressourcen verstärkt in das Wirtschaftswachstum, vor allem, wenn Nordkorea durch seine gezeigte Verhandlungsbereitschaft die zunehmend problematischen Konsequenzen der aktuellen und potentiell zukünftigen Sanktionen abwenden kann.

Nordkoreas strategische Kommunikation

Seine strategische Kommunikation vertiefte China mit einer Einladung an Kim Jong-un zu einem informellen Staatsbesuch nach Peking am 26. März 2018. Dies wurde traditionsgemäß der Öffentlichkeit erst im Nachhinein, Trump und Moon jedoch kurzfristig zuvor bekannt gegeben. Bereits Stunden später unterrichteten chinesische Politiker persönlich die USA, Südkorea und Japan von der unveränderten Gesprächsbereitschaft Nordkoreas im Hinblick auf eine schrittweise, synchrone Vorgangsweise bei der Denuklearisierung.

China, der US-Sicherheitsrat & seine Sanktionen

Der UN-Sicherheitsrat verfügt in den Augen Chinas über die ausschließliche Legitimation zur Verhängung von Sanktionen. Die unilateralen Maßnahmen der USA lehnt China ab. Es ist daran interessiert, die Position des UN-Sicherheitsrates nicht nachhaltig zu schädigen und blockierte die zunehmend schärferen Sanktionen über Nordkorea daher nicht. Entscheidend für das Einlenken Nordkoreas, das jahrzehntelang mit Sanktionen zurechtkommen musste, war, dass China als wichtigster Handelspartner und Öllieferant Nordkoreas die UN-Sanktionen schließlich mittrug. Wenige Tage nach dem ersten persönlichen Treffen von Xi und Kim verschärfte der UN-Sicherheitsrat abermals die nunmehr umfassendsten Sanktionen.

Das harmonische Treffen der beiden Koreas

Die Verbesserung der interkoreanischen Beziehung war der erste große Erfolg. Die daraus resultierende diplomatische Dynamik führte zur Entspannung in ganz Ostasien.

„A new history begins now. At the starting point of an era of peace.“

Kim Jong-uns Gästebucheintrag beim interkoreanischen Gipfel in Panmunjeom am 27.4.2018

Kim Jong-un und Moon Jae-in trafen einander, entspannt und in bestem Einvernehmen, am 27. April 2018 beim Gipfel im Peace House auf der südkoreanischen Seite in der demilitarisierten Zone (DMZ) in Panmunjeom erstmals persönlich. Durch einige ungeplante, intuitive Handlungen erweiterten sie die sorgfältig einstudierte symbolträchtige Choreographie.

Ungeplant war z.B. der Grenzübertritt Moons nach Nordkorea. Nach Kim Jong-uns Überschreiten der südlichen Grenzlinie fragte Moon humorvoll nach dem Zeitpunkt, an dem er erstmals Nordkorea betreten würde. Daraufhin führte ihn Kim Jong-un mit der Frage „*Warum nicht jetzt?*“ an der Hand einige Schritte zurück. Sowohl der Chef des Generalstabs der nordkoreanischen Armee, als auch der nordkoreanische Verteidigungsminister, beide in militärischer Adjustierung, salutierten Moon. Dies wurde südlich der Demarkationslinie nicht erwidert, Kim wurde per Handschlag bzw. Kopfnicken begrüßt.

Nordkorea bekräftigte seine Bereitschaft zur von den USA geforderten vollständigen, überprüfbaren und unumkehrbaren Denuklearisierung. Ein mit beiden Koreas, den USA und China auszuhandelnder Friedensvertrag soll den Koreakrieg offiziell beenden.

Priorität wird, in Absprache mit der internationalen Gemeinschaft, dem Ausbau der grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastruktur eingeräumt. Die Verbesserungsmaßnahmen der allgemeinen und militärischen Beziehungen mittels Institutionalisierung umfassen die Einrichtung eines Verbindungsbüros und die Umwandlung der DMZ in eine Friedenszone ohne Lautsprecherpropaganda, die erst kurz vor dem interkoreanischen Gipfel eingestellt worden war. Ab August sollen getrennte Familien die Möglichkeit zur Wiedervereinigung erhalten. Die dreißig Minuten nach hinten verschobene nordkoreanische Zeitzone wurde der südkoreanischen bereits angeglichen.



Die Joint Security Area in Panmunjeom (Korea)

Der US-nordkoreanische Gipfel

Der US-nordkoreanische Gipfel könnte als Beginn eines langfristigen Prozesses die regionale und globale Sicherheitsstruktur nachhaltig verändern.

Das mit Spannung sowie Hoffnung auf einen entscheidenden Durchbruch erwartete erste persönliche Gespräch zwischen Trump und Kim Jong-un fand am 12. Juni 2018 in Singapur statt, nachdem es zwischenzeitlich von Trump wegen zu unterschiedlicher Erwartungen sowie mangelnder Perspektive auf einen als eigenen Erfolg darstellbaren Deal abgesagt worden war. Die nach der Unterzeichnung einer Absichtserklärung nun im Detail auszuverhandelnden Vereinbarungen müssen vom US-Kongress genehmigt werden.

Nordkorea strebt die Normalisierung der US-Beziehung, einen Nichtangriffspakt und den umgehenden Abbau der Sanktionen an. Von einer raschen Wirtschaftsentwicklung ist in Folge auszugehen, vor allem durch Synergieeffekte mit ausländischen Investitionen und Technologie. In begrenztem Umfang verfügt Nordkorea über eine Mittelschicht, eine anfänglich geduldete und schließlich geförderte Marktwirtschaft sowie dank China über qualifizierte Arbeitskräfte.

Die USA fordern von Nordkorea die überprüfbare Aufgabe aller nuklearen, chemischen und biologischen Waffenprogramme sowie der ballistischen Raketentests.

Südkorea möchte zusätzlich die Aussöhnung mit dem Norden. Die Aufwendungen für die Zerstörung der nuklearen Waffen und Anlagen werden auf fünf Mrd. US-\$ geschätzt, inklusive der indirekten Kosten wie z.B. Wirtschaftshilfe auf das Vierfache. Den Großteil werden Südkorea, China und Japan beitragen.

Trumps jederzeit revidierbare Ankündigung, die US-südkoreanischen Militärmanöver aufgrund der Kostenintensität und zwecks Vertrauensbildung auszusetzen, nahmen Südkorea mit Erstaunen, Japan mit Bedenken und China positiv zur Kenntnis. Für August wäre mit Ulchi Freedom Guardian unter Teilnahme von 17.500 US-amerikanischen sowie 50.000 südkoreanischen Soldaten eine der weltgrößten Militärübungen geplant. Aus strategischer Perspektive zeigen sie die Stärke der jahrzehntelangen Kooperation und stellen die militärische Bereitschaft sowie die Interoperabilität sicher. Die regelmäßigen bilateralen Routineübungen sollen fortgeführt werden.



Trump und Kim beim Gipfel am 12.6.2018 in Singapur

Für die Wahl Singapurs sprachen die hohen Sicherheitsstandards, garantiert unter anderem durch nepalesische Gurkha-Eliteeinheiten, weiters die Neutralität und die geographische Lage. Für die Reise stellte China Kim die sonst dem chinesischen Premierminister Li Keqiang vorbehaltene Air China Boeing 747 zur Verfügung. Aus Sicherheitsgründen führte die Flugroute so lange als möglich über das chinesische Festland.

Die erstmals aktuelle und gleichzeitig strategische Live-Berichterstattung in Nordkorea mit ungewohnt US-wertschätzender Rhetorik präsentierte Kims diplomatische Aktivitäten als Normalität und ist Ausdruck seines Vertrauens in die Sicherheit seines Regimes.

Chinas geostrategische Sicherheitsmaßnahmen

Aufgrund der zunehmend angespannten Lage sowie auf Druck seiner eigenen Sicherheits- und Militärexperten adaptierte China, ebenso wie Südkorea, seine Sicherheitsvorsorge- und Verteidigungsmaßnahmen für den Fall eines Zusammenbruchs Nordkoreas.

China hält zielgerichtete Militärübungen ab, auch hinsichtlich der Sicherung von Atomanlagen und teils in Kooperation mit Russland. Das nordkoreanische Kernmaterial darf weder unabsichtlich freigesetzt werden noch in die Hände Dritter gelangen. Als Auslöser für einen potentiellen Zusammenbruch Nordkoreas nahm man weniger eine rationale Entscheidung an, als vielmehr ein Missverständnis oder einen Unfall, z.B. durch einen missglückten Raketentest. Ein geopolitischer Konflikt über das Schicksal Nordkoreas würde die regionalen Differenzen noch verstärken. China möchte Nordkorea als Pufferstaat zum US-Verbündeten Südkorea erhalten, während sich Südkorea vor einer Absorbierung Nordkoreas durch den politisch-wirtschaftlichen Einfluss Chinas sorgt. Nicht zuletzt wegen der verschärften internationalen Sanktionen befürchtet China eine Wirtschaftskrise in Nordkorea, die einen revolutionären Aufstand auslösen könnte.

Die strategische Bedeutung seines Nordostens liegt für China in der dichten Besiedelung, ganz besonders im nordkoreanischen Grenzgebiet. Hier befinden sich Chinas größtes Ölfeld, enorme Kohlevorkommen und vier der größten Häfen. Eine neu eingerichtete Grenzverteidigungsbrigade der chinesischen Volksbefreiungsarmee (PLA) verstärkt seit Monaten die Überwachung der 1.400 Kilometer langen chinesisch-nordkoreanischen Grenze zur raschen Wahrnehmung einer potentiellen Krise. Im Grenzgebiet der chinesischen Provinzen Liaoning und vor allem Jilin wurden die Flüchtlingslagerkapazitäten für einen potentiellen, enormen Flüchtlingsstrom aufgestockt und Seuchenvorsorgemaßnahmen getroffen. Über die 1.200 Kilometer lange, durchlässige Grenze mit der Provinz Jilin erfolgt der überwiegende Teil des Personen- und Warenverkehrs mit Nordkorea. In Jilin lebt eine Million ethnische Koreaner, 80 % im „autonomen Bezirk Yanbian der Koreaner“, dessen Fläche sich über ein Viertel der Provinz erstreckt. Die meisten bekannten oder vermuteten Atomanlagen Nordkoreas befinden sich innerhalb einer Distanz von neunzig Kilometern.

Was passiert im Notfall?

Die Existenz eines Notfallplans für einen potentiellen Zusammenbruch Nordkoreas stellt für China ein politisch äußerst sensibles Thema dar und wird nicht öffentlich diskutiert, erst recht nicht mit seinem strategischen Konkurrenten USA. Die Gründe dafür liegen im Misstrauen gegenüber den USA sowie in der grundsätzlichen Überzeugung Chinas, damit gleichzeitig ein Signal der indirekten Akzeptanz eines strategisch geplanten Regimewechsels in Nordkorea zu senden. Gleichzeitig fände damit Chinas Einfluss auf Kim Jong-un sowie seine Vermittlerrolle zwischen Nordkorea und den USA ein Ende. Ob und in welchem Ausmaß sich China und die USA im Rahmen eines

Krisenmanagements gegenseitig berücksichtigen, bleibt unklar. Dieses sollte jedenfalls darauf abzielen, das grundlegende Risiko zu senken sowie einer Eskalation vorzubeugen.

Die USA im Nordkorea-Konflikt: Unilaterale US-Maßnahmen als Option

Die Unberechenbarkeit Trumps stellt für die endlich realisierbar scheinende Lösung für einen der weltweit gefährlichsten Konflikte ein großes Problem dar.

Die USA schließen schon seit zwei Jahren die Möglichkeit von unilateralen Maßnahmen und eines präventiven, begrenzten Militärschlags mit Sondereinheiten und Präzisionswaffen im Rahmen des Operations Plan 5015 nicht aus. Die chinesische und die südkoreanische Regierung verweigern einen Kommentar dazu. Der vorherige OPLAN 5027 konzentrierte sich ganz im Gegensatz dazu auf einen Rückzug und eine Neuaufstellung. Weil Victor Cha einen potentiellen „bloody nose strike“ nicht mittragen wollte, zog Trump dessen Nominierung als US-Botschafter in Südkorea zurück. Der seit einem Jahr vakante Posten könnte demnächst mit einem ehemaligen Kommandanten der US-Streitkräfte in Südkorea besetzt werden. Für die eventuelle Notwendigkeit für US-amerikanische Militäroperationen in Nordkorea zwecks Zerstörung von Massenvernichtungswaffen sprach sich Ex-US-Außenminister Tillerson während der Zuspitzung des Nordkorea-Konflikts zum Jahresende 2017 aus, gleicher Ansicht ist Bolton. Sollte ein Krieg ausbrechen, sagte Tillerson China einen raschen Rückzug der US-Truppen südlich des 38. Breitengrades zu. Südkorea strebt im Kriegsfall nach mehr Eigenverantwortung, derzeit führt ein US-General die lokalen und die US-Streitkräfte in Südkorea.

„We are trying to figure out what President Trump’s intention is and the exact meaning of it.“

Sprecher des südkoreanischen Präsidentenbüros

Südkorea im Nordkorea-Konflikt

Wegen der instabilen geopolitischen Lage verfügt Südkorea heuer mit 40 Mrd. US-\$ über das höchste Militärbudget seit 2009.

Im Rahmen der Verteidigungsreform 2.0 legt Südkorea im Hinblick auf die nukleare Bedrohung durch Nordkorea einen der fünf Schwerpunkte auf den Kapazitätsaufbau für einen asymmetrischen Krieg. Seine Militärstrukturreform präsentierte Südkorea im Mai wie vorgesehen, wegen der interkoreanischen Entspannung jedoch nicht die neue, eigentlich aggressiver geplante Einsatzdoktrin. Als Problem sieht Moon vor allem die

erstmalige Inkludierung des inoffiziell so genannten „Enthauptungsplans“. Dieser sieht bei unmittelbarer Gefahr eines nordkoreanischen Nuklearangriffs einen Vergeltungsschlag mit ballistischen Raketen und Lenkwaffen vor. Die Kill Chain ist eine weitere Schlüsselkomponente der Verteidigungsreform. Es handelt sich um ein Militärkonzept zur Strukturierung eines Angriffs (Zielidentifizierung, Aufmarsch, Entscheidung, Zerstörung). Ergänzend soll ein dreilagiges Raketenabwehrsystem bis 2023 installiert werden.

Das südkoreanische Vereinigungsministerium betreibt einen umsichtigen, regelmäßigen bi- und multilateralen Informationsaustausch mit Japan, China, Russland und den USA. Im Zuge der nun aus der Entspannung im Nordkorea-Konflikt resultierenden diplomatischen Dynamik strebt Südkorea vor allem die Normalisierung seiner unterkühlten Beziehung zu Japan an. Im Vordergrund steht die Trennung der historischen Streitpunkte von den aktuellen Themen.

Südkoreas Verteidigungskooperation mit den USA

Unter dem Protest Nordkoreas finden die mit 300.000 südkoreanischen sowie 24.000 US-Soldaten groß angelegten Militärübungen Foal Eagle, heuer auf einen Monat verkürzt, und die computersimulierte Key Resolve seit zwei Jahrzehnten im Frühling statt. Die heurige Verschiebung in den April begründete der US-Verteidigungsminister Mattis mit logistischen Überlegungen im Sicherheitsbereich.

Bislang betrachtete Kim Jong-un Foal Eagle als Übung für eine Invasion in Nordkorea. Immerhin verfügt Südkorea seit einigen Monaten auch über eine Spezialeinheit, die analog zum primär Terror bekämpfenden Seal Team Six (DEVGRU) der USA aufgebaut wurde. Einigermaßen ungewöhnlich ist die Offenheit Südkoreas über die potentiellen Aufgaben dieser Sondereinheit, welche die Neutralisierung des nordkoreanischen Militärkommandos und dessen Kontrollsystems sowie gegebenenfalls auch die Ermordung von Kim Jong-un umfassen. Nordkorea sollte dadurch abgeschreckt und zurück an den Verhandlungstisch gezwungen werden. Kim Jong-uns geäußertes Verständnis für die Durchführung der Frühlingsmanöver im April entspricht eher seinem Wohlwollen gegenüber Südkoreas Bemühungen um einen zeitlichen Aufschub während der Olympischen Spiele.

Ebenfalls einen psychologischen Effekt erwarten sich die USA und ihre Verbündeten von den Aufklärungsflügen. Diese dienen nicht nur der Erforschung des nordkoreanischen Verteidigungsmechanismus, seines Potenzials und seiner Reaktionsfähigkeit, sondern auch dem Zweck, nach Möglichkeit Differenzen in der nordkoreanischen Führungshierarchie zu säen. Zur Unterstreichung ihres

Commitments durch physische Präsenz sind die USA zur kurzfristigen Verlegung von weiteren Marineeinheiten in die Region bereit.

Bei der von Kim Jong-un als Provokation empfundenen Routineübung Max Thunder vier Wochen vor dem geplanten Gipfeltreffen mit Trump simulierten 100 Kampfflugzeuge, darunter F-15K, F-16 und acht F-22, Angriffe auf Nordkorea. Vor allem die Teilnahme von B-52 Langstreckenbombnern, Teil des nuklearen US-Schutzschirms für Südkorea, verärgerte Kim Jong-un.

Die Zukunft der USFK

Über die Kostenaufteilung für die US-Militärpräsenz von 28.500 US-Soldaten in Südkorea, die der Abschreckung von Nordkorea sowie als Rückversicherung für die US-Verbündeten dient, wird seit März neu verhandelt. Südkorea rechnet mit einem weitaus größeren Kostenanteil als die 830 Mio. US-\$ pro Jahr bisher.

Ein Abzug der USFK (United States Forces Korea) ist für die USA wegen ihrer Unerlässlichkeit für die militärische Vormachtstellung in Ostasien kaum denkbar, könnte allerdings in der nordkoreanischen Definition einer „Abrüstung auf der koreanischen Halbinsel“ mitgemeint sein. Mögliche Veränderungen hinsichtlich Umfang und Auftrag – künftig möglicherweise verstärkt als Machtausgleich gegenüber China statt Nordkorea – stehen bei den US-nordkoreanischen Verhandlungen vorerst nicht auf der Prioritätenliste, dienen den USA jedoch als Druckmittel für eine höhere Kostenübernahme durch Südkorea.

Japan im Nordkorea-Konflikt: Japan verliert sich in Nebensächlichkeiten

Japan bemüht sich, bei der sich nun entwickelnden Dynamik nicht an den Rand gedrängt zu werden. Der japanische Premierminister Shinzo Abe verliert sich dabei – im globalen Kontext gesehen – in Nebensächlichkeiten. Doch gerade für Japan steht mit dem Risiko, ein Frontstaat gegenüber einer unter starkem chinesischen Einfluss stehenden koreanischen Halbinsel zu werden, derzeit viel auf dem Spiel. Japan will seine Position als US-Verbündeter sowohl stärken, als auch gewürdigt wissen, nicht zuletzt zur Verhinderung der US-Strafzölle. Bei seiner Forderung, dass Nordkorea auch zur Abrüstung seiner vor allem Japan und Südkorea bedrohenden Kurz- und Mittelstreckenraketen gebracht werden müsse, sucht Japan die Unterstützung der USA. So auch bei dem von ihm lang erwünschten persönlichen Gespräch mit Trump, das am 17. April 2018 in Trumps Domizil Mar-a-Lago in Florida stattfand.

China

Image-Boost für das chinesische Militär

Die aktuellen Sicherheitsbedürfnisse beschleunigen die Modernisierung und Zentralisierung im Rahmen einer bereits seit Xis Amtsantritt laufenden umfassenden Strukturreform. Er konsolidierte die PLA als deren Oberbefehlshaber zu einer schlagkräftigen Machtbasis und sorgt für einen seit Mao Zedong nicht mehr erlebten Imageschub für das Militär. Bis zum Jahr 2030 soll die PLA als hoch gestecktes Ziel die technologischen und operativen Fähigkeiten der US-Streitkräfte erlangen. Die offiziellen chinesischen Verteidigungsausgaben liegen mit 175 Mrd. US-\$ bei einem Viertel jener der USA. Beachtlich ist die Qualitätsverbesserung des chinesischen Militärs. Gleichzeitig erfolgt eine Verjüngung der Militärführung, wobei die personellen Änderungen weitaus bedeutender als in den vergangenen Jahren sind. Xi Jinping greift im Kampf gegen die Korruption innerhalb der Streitkräfte härter und länger anhaltend als seine Vorgänger durch. Gleichzeitig tritt er den unterschiedlichen politischen Fraktionen innerhalb der PLA effektiver entgegen. Eine neu gegründete Disziplinarkommission innerhalb der Zentralen Militärkommission (CMC) sichert die ausschließliche Führung der PLA durch die Partei.

Chinas Militär der Zukunft

Im Mittelpunkt der wissenschaftlichen und technologischen Forschung in China stehen neue und disruptive, hauptsächlich selbstlernende Technologien. Diese verfügen über das Potential, den Charakter künftiger Konflikte zu verändern. Dazu gehören die künstliche Intelligenz (AI), die erweiterte und virtuelle Realität, weiters Big Data, die Quantenkommunikation, die Nanotechnologie, Hyperschallflugkörper, Energiewaffen sowie Battlefield Robotics. Federführend ist die National Defense University der PLA in Peking. Die Ausgaben für die technologische Forschung stiegen im Durchschnitt um 11 % pro Jahr und betragen rund 250 Mrd. US-\$.

Ebenso wie die USA erforscht China die militärische Anwendung der AI. In beiden Ländern entstammen die Innovationen zunehmend dem Privatsektor, China betrachtet die militärisch-zivile Verbindung als Priorität der nationalen Verteidigungsstrategie.

Eine eigene zentrale Kommission für die integrierte Entwicklung unter der Leitung des Vizepremierministers stellt seit einem Jahr die Berücksichtigung der Parteiinteressen sicher. Eine enge Kommunikation und Koordination fördert die gemeinsame Nutzung der jeweiligen Ressourcen durch die wissenschaftlichen Forschungsinstitute, Universitäten, Ministerien, Unternehmen sowie militärischen Einheiten. China verfügt über elf bedeutende militärisch-industrielle Konzerne, wie z.B. die China Aerospace Science and Technology

Corporation (CASC). Einige Provinzen und Städte wie Tianjin, Shanghai, Guangdong und künftig auch Hainan unterstützen die Bildung von lokalen Industrieclustern. Eine klare Trennung in staatliche und private bzw. zivile und militärische Tätigkeiten ist in China kaum möglich. Nicht nur die USA bewerten die chinesischen Investitionen im Ausland, Firmenübernahmen und Forschungsk Kooperationen im Bereich AI, auch im Hinblick auf dual-use Technologien, sehr kritisch.

Die Strategic Support Force (SSF) sorgt personell und ideologisch dafür, dass vor allem der Weltraum, das Internet und die elektronische Kriegsführung in die Operationen der PLA integriert werden. Chinesische Militärstrategen sehen die Fähigkeiten der PLA im Weltraum als essentiell für die strategische Abschreckung, für informatisierte lokale Auseinandersetzungen sowie für die Absicherung der chinesischen Interessen in größerer Distanz. Bei der Raumfahrt vertieft China seine Zusammenarbeit mit Russland. Mit Hilfe von Satelliten verbessert China seine C4ISR Fähigkeiten (command, control, communications, computers, intelligence, surveillance, reconnaissance). Ein Forschungsschwerpunkt für die Satellitennavigation, Big Data und AI wird auf der Insel Hainan geschaffen.

Serienreife Hyperschallflugzeuge?

China gründete die erste kommerzielle Motorenfabrik für Hyperschallflugzeuge in der Stadt Hefei, einem technologischen Forschungszentrum in der ostchinesischen Provinz Anhui. Die extrem komplexe Hyperschalltechnologie erlaubt dank ihrer nicht einschätzbaren Flugbahn das Umgehen aller existierenden Abwehrsysteme mit mindestens fünffacher Schallgeschwindigkeit. Im Vordergrund steht für China, ebenso wie für Russland und die USA, der stabile Betrieb des Scramjet-Motors (Überschallverbrennungs-Staustrahltriebwerk). Dieser kombiniert zwei oder drei unterschiedliche Antriebe. Zuerst sorgen konventionelle Turbinen für den Start und die Beschleunigung bis zur Überschallgeschwindigkeit, danach der Scramjet für das Erreichen der Hyperschallgeschwindigkeit und gegebenenfalls eine Rakete für das Aufsteigen in den Weltraum. Diese Hochgeschwindigkeits-Antriebstechnologie ermöglicht eine Landung auf der Erde wie ein Flugzeug. Da die Rakete keinen Sauerstofftank benötigt, stellt sie eine kostengünstige alternative Antriebsquelle dar.

Die Machtkonsolidierung von Xi Jinping

Der chinesische Präsident Xi Jinping sicherte im März 2018 seine bereits zuvor schon umfassende Machtfülle auf unbestimmte Zeit ab. Mittels Verfassungsrevision durch den 13. Nationalen Volkskongress wurde die Beschränkung auf zwei je fünfjährige Amtszeiten

aufgehoben. Im Gegensatz zu bisher präsentierte der Ständige Ausschuss beim 19. Parteikongress im vergangenen Oktober keinen Nachfolgekandidaten für das Präsidentenamt, wie es bisher bereits am Ende der ersten Amtsperiode des amtierenden Präsidenten zwecks fließender Machtübergabe üblich war.

Xi's Intentionen liegen in der Sicherstellung von Stabilität, vor allem angesichts des US-Protektionismus, sowie von Kontinuität für die langfristigen Agenden, wie den Inselstreit im Südchinesischen Meer, das Seidenstraßenprojekt, die Risikominimierung und die Korruptionsbekämpfung. Xi befasste sich intensiv mit der Sowjetunion, vor allem mit den Umständen und Folgen ihres Zerfalls als abschreckendem Beispiel. Den Aufstieg von wirtschaftlich und potentiell politisch einflussreichen Oligarchen wird er in China nicht zulassen.

„Die Regierung, das Militär, die Gesellschaft und Schulen, Nord, Süd, Ost und West, die Partei führt sie alle.“

Xi Jinping

China sieht sich selbst vor der Wahl zwischen einem autoritären Regierungssystem, das Erfolg und Wohlstand verspricht, und chaotischer Freiheit. Einmal mehr betonte Xi, dass China keine Absicht hege, anderen Ländern die chinesische Gesellschaftsordnung aufzuzwingen. Gleichzeitig halte China weiterhin am „Sozialismus mit chinesischer Prägung“ fest und damit auch an einer autoritären Herrschaft. China beabsichtigt nicht, die westlichen Werte zu übernehmen und enttäuscht damit die Erwartungen des Westens.

Traditionellerweise ist die Rolle des Präsidenten in der chinesischen Politik formell. Die tatsächliche, zeitlich schon bisher unbefristete Gestaltungsmacht liegt beim Generalsekretär der Kommunistischen Partei und dem Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission. Da Xi alle drei Funktionen auf sich vereint, ist er im Gegensatz zur bisherigen kollektiven Führung der einflussreichste Politiker Chinas, und zwar nicht nur nach innen, sondern ebenso mit der Befugnis zur Repräsentation nach außen.

Die Aufnahme der Einparteienherrschaft als Zusatz in die chinesische Verfassung beendet die von Xi bisher verweigerte Debatte, ob die Partei über dem Staat steht. Das Schwinden einer eindeutigen Grenze zwischen Partei und Staat soll landesintern zur Stärkung der Legitimität der Partei und zur Institutionalisierung ihrer Herrschaft führen. Mit der Schaffung einer mit weitreichenden Befugnissen ausgestatteten staatlichen Aufsichtskommission wird die bisherige disziplinäre Kontrolle der Parteimitglieder auf alle Staatsbediensteten ausgedehnt.

Chinas Neue Seidenstraße

Im ambitionierten Konzept der neuen Seidenstraße zeigt sich die langfristige geopolitische Strategie Chinas deutlich. Sie dient nicht nur den eigenen nationalen Interessen, sondern der überregionalen Stabilität sowie der Entwicklung des asiatischen Raums zu einer eigenständigen, integrierten Wirtschaftsregion. Diese wird die Hälfte der Weltbevölkerung umfassen. Mit den neuen Gelegenheiten und innovativen Plattformen verfügt sie über das Potential zur Neugestaltung des Welthandels.

Die polare Seidenstraße

Xi Jinping denkt das Seidenstraßenkonzept als bedeutende strategische Initiative noch umfassender und macht die Arktis zu einem neuen Schauplatz, in dem China wahlweise entweder mit den USA oder Russland kooperiert oder pragmatisch zwischen beiden vermittelt. Unter der Selbstdefinition als „Staat nahe der Arktis“ und als Beobachterland im Arktischen Rat seit vier Jahren erhebt China beharrlich Anspruch auf eine Teilhabe an der arktischen Wirtschaftsentwicklung. Besondere Unterstützung erfährt es vom arktischen Anrainerstaat Russland, mit dem es seine strategische Beziehung stetig vertieft. Der Ausbau der nördlichen polaren Seeroute durch Russland stößt in China wegen der deutlichen Verkürzung der Transportzeit zwischen Asien und Europa sowie als Alternative zur Malakka Straße und zu den durch Piraten gefährdeten Transportrouten im Indischen Ozean auf großes Interesse. Gleichzeitig bekennt sich China in seinem im Jänner 2018 vorgestellten Arktis-Weißbuch zum Schutz der Polarmeere.

China strebt auch nach einer Profitbeteiligung an den reichen Öl- und Gasvorkommen im geschätzten Wert von 30 Billionen €. Den ersten bedeutenden Schritt setzte es mit der zwanzig Prozent-Beteiligung der China National Petroleum Corporation (CNPC) am russischen Flüssigerdgasprojekt Yamal. Chinas Seidenstraßenfonds hält knapp 10 %. Die chinesischen Investitionen betragen 12 Mrd. US-\$. Die drei Hauptfertigungsanlagen werden im Jahr 2019 mit mindestens 16 Mio. Tonnen Flüssiggas ihre volle Kapazität erreichen, eine vierte Produktionsstätte ist geplant. Mit Alaska, dem US-Bundesstaat mit den zweithöchsten chinesischen Investitionen in der Höhe von 43 Mrd. US-\$ in den kommenden Jahren, plant China Gemeinschaftsprojekte zur Gaserschließung. Drei Viertel des künftig gewonnenen Flüssiggases sind für den Transport nach China bestimmt.

China respektiert den bestehenden internationalen rechtlichen Rahmen und unterstützt zusätzliche Dialogmechanismen. Es sieht hier ein gemeinsames Ziel einer friedlichen Nutzung durch alle Länder und die Möglichkeit für eine neuartige Zusammenarbeit. Die Regierungsdevise von Xi Jinping, die nach dem Parteitag

im März 2018 in den Verfassungsrang erhoben wurde, lautet demgemäß *„Das Ziel ist der Aufbau einer Gemeinschaft mit geteilter Zukunft für die gesamte Menschheit.“*

Die Seidenstraße in Ost-Südosteuropa

Auch bei seiner 16+1 Kooperation mit mittel- und osteuropäischen Ländern betont China die Global Governance. Die internationale Zusammenarbeit mit den Ländern und Institutionen begreift China als steten Lernprozess mit dem Ziel der gemeinsam getragenen Verantwortung für z.B. die Wirtschaftsentwicklung oder den Umweltschutz. Meist unter Einhaltung der EU-Richtlinien, jedoch nicht unbedingt aller EU-Prinzipien, bedient sich China vorzugsweise des Soft Law, das sind unverbindliche Übereinkünfte und Absichtserklärungen. Eine Harmonisierung der aufgrund der unterschiedlichen Entwicklungsstufen, Erwartungen und Prioritäten der einzelnen Länder individuellen Dialogmechanismen mit bereits bestehenden Mechanismen ist geplant. Auf diese Weise fördert China institutionalisierte Kontinuität für seine bi- und multilaterale Zusammenarbeit.

Die EU-Integration unterstützt China und sieht sich als zusätzliche wirtschaftliche Option. Die Länder des Ost-Südosteuropas können, abseits ihres Fokus auf die EU-Mitgliedschaft, von der wirtschaftlichen Teilnahme in einem umfassenderen Kontext profitieren. Ihre Lage innerhalb Europas prädestiniert die Länder zu einer Drehscheibe für Konnektivität. Im langfristigen chinesischen Denken überwiegen dabei die Umwegrentabilität und der Multiplikatoreffekt die Investitionskosten.

China in Zentralasien und Pakistan

In Zentralasien weitet China seinen Einfluss aus. Im Rahmen der Seidenstraßenprojekte ermöglicht China die für die Wirtschaftsentwicklung essentielle Infrastruktur. Der Investitionsbedarf in Zentralasien wird für die nächsten fünf Jahre auf fünf Billionen US-\$ geschätzt. Dabei steht China großen sicherheitspolitischen Herausforderungen gegenüber, vor allem in Kirgistan, Tadschikistan, Afghanistan, Turkmenistan sowie Pakistan. Die Hauptprobleme betreffen militante Islamisten, darunter uigurische Separatisten, weiters die Korruption, den Grenzschutz und Drogenschmuggel. Gleichzeitig ziehen sich die USA aus Afghanistan zurück.

Chinas Wirtschaftskorridor in Pakistan

Der 3.000 Kilometer lange Wirtschaftskorridor zwischen China und Pakistan sieht ein Netz an Schienen, Straßen, Pipelines und Glasfaserkabeln vor. Diese Landverbindung der chinesischen Provinz Xinjiang mit dem pakistanischen Hafen in Gwadar auf drei innenpolitisch umkämpften Hauptwegen soll als Alternative zur Malakka Straße dienen und führt auch

durch Gilgit-Baltistan, ein von Pakistan kontrolliertes und von Indien beanspruchtes Gebiet im strategisch bedeutenden Kaschmir. Zum Schutz seiner durch separatistische Anschläge hoch gefährdeten Landsleute und den Investitionen von 60 Mrd. US-\$ stehen China 15.000 pakistanische Soldaten zur Seite.

Im Vorjahr konzentrierte sich mit 165 Terrorangriffen knapp die Hälfte der pakistanischen Anschläge in Belutschistan. China verhandelte erfolgreich mit Separatisten aus dem pakistanischen Belutschistan. Die Gesamtregion Belutschistan erstreckt sich über Teile von Pakistan, Afghanistan und Iran. Die pakistanische Regierung billigte die Gespräche durch China, vor allem weil die USA ihre Militärhilfe aussetzten.

China als Mediator

In pragmatischer Anpassung an die Realität und zur eigenen (finanziellen) Risikominimierung schwächte China in Belutschistan sein außenpolitisches Prinzip der Nichteinmischung ab. Die Politik anderer Länder sieht China eigentlich nicht als den richtigen Bereich für Einflussnahme an. Das zurückhaltende politische Engagement Chinas ist dabei reaktiv und spontan.

Auch im Konflikt zwischen Afghanistan und Pakistan, dem die Unterstützung der Taliban und damit die Torpedierung der internationalen Aufbaubemühungen vorgeworfen wird, engagiert sich China als Mediator. Die Taliban akzeptiert Pakistan als regional für Stabilität sorgende politische Einheiten. Aufgrund der gemeinsamen Stammeszugehörigkeit greifen die Aktivitäten der auch zahlreiche Grenzgebiete kontrollierenden Taliban immer wieder auf Afghanistan über.

Die bisherigen Gespräche zwischen Afghanistan, Pakistan, China und den USA scheiterten wegen inakzeptabler Forderungen und mangels Garantien. Ein Vermittlungserfolg bei diesem Versöhnungsprozess könnte überdies den von China angestrebten Status als „Weltmacht mit umfassender Verantwortung“ stärken.

Chinas Militärhilfe für Afghanistan

In Afghanistan unterstützt China den Aufbau einer Militärbasis im Wakhan-Tal finanziell, stellt Waffen und Militärgerät zur Verfügung und trainiert afghanische Soldaten. Der schmale Wakhan-Korridor liegt in der Provinz Badakshan zwischen Tadschikistan im Norden sowie Pakistan im Süden und verbindet Afghanistan mit der chinesischen Provinz Xinjiang. Chinas Sorge gilt in erster Linie dem potentiellen Eindringen von Kämpfern der IS-Terrormiliz aus Afghanistan nach China, aber auch seinen Investitionen in Milliardenhöhe zur Erschließung von afghanischen Kupfervorkommen. Im Antiterrorkampf kann sich China auf die langjährige Kooperation mit den USA stützen. Im Rahmen einer NATO-Mission gegen die radikal-islamistischen Taliban wurden bei US-Luftangriffen im Wakhan-Tal auch

Ausbildungslager für ETIM-Kämpfer (East Turkestan Islamic Movement) zerstört. Die Mitglieder der ETIM sind sunnitische Uiguren, ein Turkvolk aus der autonomen Provinz Xinjiang im Nordwesten Chinas. Die UNO, die USA und Großbritannien führen die ETIM seit eineinhalb Jahrzehnten auf der Terrorliste.

Die chinesischen Uiguren

Die fast ausschließlich in Xinjiang beheimateten uigurischen Moslems verstehen sich als eigenes Volk. Manche fordern einen eigenen, von China unabhängigen Staat Ostturkestan, der sich über Teilgebiete von Xinjiang, Afghanistan, Pakistan, Usbekistan, Kirgistan, Kasachstan und der Türkei erstrecken soll.

Den Unruhen und mitunter gewaltsamen Zusammenstößen zwischen den Uiguren und der Mehrheit der Han-Chinesen in Xinjiang begegnet die chinesische Regierung mit dem Einsatz von Polizei- und Militärgewalt. Im Mittelpunkt der mit Jahresbeginn 2018 in mehreren Provinzen gestarteten Nulltoleranzkampagne „gegen das organisierte Verbrechen“ stehen Separatismus, Terrorismus und Extremismus.

An der Auslieferung ihrer uigurischen Landsleute zeigt die chinesische Regierung größtes Interesse. Mit seinen Nachbarn Russland, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan besteht seit dem Jahr 1996 ein entsprechendes Abkommen im Rahmen des Schanghai-Vertrags. Außerdem verpflichteten sich die Nachbarländer dazu, ihre eigenen uigurischen Minderheiten von einer Unterstützung des Separatismus in Xinjiang abzuhalten. Aktuell bemüht sich China um die Auslieferung von zwölf nach ihrer Flucht aus einem südthailändischen Gefängnis in Malaysia festgenommenen Uiguren. Die USA intervenierten und forderten eine Überprüfung zur Zuerkennung des Asylstatus. Trotz eines entsprechenden Abkommens stellt sich auch Malaysia als islamisches Land gegen eine Auslieferung seiner Religionsbrüder an China.

Chinesisch – US-amerikanischer Machtkampf im indo-pazifischen Raum

China verfügt mit den verbesserten Dongfeng-Mittelstreckenraketen DF-26 und DF-21D über die weltweit vermutlich einzigen ballistischen Raketen mit präziser Anti-Schiff-Fähigkeit. Diese stellen eine erhebliche Gefahr für die US-Flugzeugträger und damit eine strategische Abschreckung dar.

Chinas Marine: Vom grünen ins blaue Wasser

Die operativen Kräfte des chinesischen Militärs zeigen eine Fokussierung auf die Marine bei gleichbleibender Wichtigkeit der Küstenverteidigung. Neu und damit Ausdruck für eine strategische Richtungsänderung, welche die reine Modernisierung überlagert, ist die

wachsende Bedeutung von Hochseeoperationen (blue water navy), die auf das Führen maritimer Auseinandersetzungen auf hoher See ausgerichtet sind. Der Schwerpunkt der Marine liegt nun auf der Integration aller Kräfte und der Einsatzausführung. Die Piloten bildet seit dem Vorjahr die Marine selbst und nicht mehr die Luftwaffe aus. Der Flugzeugträger wird gemeinsam mit einer Kampfgruppe der Marine eingesetzt.

Den ersten komplett eigenständig gebauten Flugzeugträger 001A sieht China als großen Fortschritt auf seinem Weg zu einer Seemacht. Nach der nun beginnenden Testphase, die Start- und Landeübungen mit Changhe Z-18 Transport- bzw. Z-18F Anti-U-Boot-Hubschraubern inkludiert und zu der auch Kim Jong-un in die nordostchinesische Hafenstadt Dalian anreiste, soll die 001A rasch und somit zwölf Monate früher als geplant zum Einsatz kommen. Mit einer Kapazität für 35 Flugzeuge erreicht die 001A knapp die Hälfte des neuesten US-Flugzeugträgers USS Gerald S. Ford.

Die auf einem russischen Modell basierende Liaoning dient hingegen als Übungsschiff. Sie hat nun Nachtkampffähigkeit erreicht.



Der chinesische Flugzeugträger 001A im Hafen Dalian

Bei der bisher größten Marineparade des Landes am 12. April 2018 unterstrich Xi Jinping in Anwesenheit aller Mitglieder der Zentralen Militärkommission im Vorfeld der defensiven Routineübung die Notwendigkeit einer modernen, starken Marine. Gezeigt wurden in für China beispielloser Offenheit 48 großteils neue Schiffe, 76 Flugzeuge und der Flugzeugträger Liaoning. Mindestens sechs der U-Boote verfügten über Atomantrieb. Insgesamt 10.000 Soldaten nahmen teil.

Chinas Griff auf Taiwan wird fester

Auch bei der erstmals seit drei Jahren in der Taiwan-Straße abgehaltenen Marineübung verwendete die chinesische Marine sechs Tage später scharfe Munition. Das relativ kleine, eintägige Manöver war waffengattungsübergreifend. Die Luftwaffe flog mit Xian H-6K Bombern, Sukhoi Su-30 und Shenyang J-11 Kampfflugzeugen über die Bashi-Straße, die Taiwan von den Philippinen trennt.

Trotz der Zunahme der auf Taiwan gerichteten Militärübungen in den letzten Monaten ist unter Xi ein militärischer Angriff unwahrscheinlich. Das offizielle Ziel bleibt nach wie vor eine friedliche

Wiedervereinigung. Seit Jahren fördert China systematisch den kulturellen und ökonomischen Austausch mit Taiwan und damit die gegenseitige informelle Bindung, gleichzeitig auch den zunehmenden Braindrain aus Taiwan nach China. Offizielle Kontakte gibt es seit zwei Jahren nicht.

Die Dominanz der USA

Die von China angefochtene, gegenwärtige Dominanz der USA beruht mit dem beispiellosen US-Verteidigungsnetzwerk im Indopazifik genau auf jenen Allianzen, die Trump skeptisch betrachtet.

China und die USA werfen einander gegenseitig die Militarisierung der Region vor. Innerhalb der nächsten drei Jahre soll die US-Pazifikflotte um 30 % aufgestockt und das Pazifik- in Indopazifik-Kommando umbenannt werden. Immer wieder praktizieren US-Flugzeugträger routinemäßig ihr Recht auf freie Navigation (FONOP). So auch während des asiatischen Boao-Wirtschaftsforums in der Nähe der zwischen China und den Philippinen umstrittenen Scarborough Shoal durch die USS Theodore Roosevelt auf ihrem Weg zu den Philippinen. Zuvor besuchte die USS Carl Vinson nach einer gemeinsamen Militärübung mit Japan zum ersten Mal nach dem Ende des Vietnamkriegs 1975 Vietnam. Der Flugzeugträger wurde vom Lenkwaffenkreuzer USS Lake Champlain und dem Zerstörer USS Wayne E. Meyer mit insgesamt 6.500 Mann begleitet.

Die Stärkung der US-Beziehung zu Taiwan mit dem vor kurzem verabschiedeten Taiwan Travel Act stößt auf Chinas deutliches Missfallen. Die symbolische Bedeutung liegt in der Möglichkeit, dass ab sofort Beamte des höheren Dienstes offizielle Auslandsreisen in das jeweils andere Land unternehmen können und nicht wie bisher nur als Zwischenstopp. Über eine formelle diplomatische Beziehung zu Taiwan verfügen die USA nicht. Auch im Defense Authorization Act 2018 zeigt sich das erneute Commitment der USA gegenüber Taiwan, indem der US-Navy wieder das Anlaufen taiwanesischer Häfen erlaubt wird.

Wirtschaftspolitische Aspekte

In der stark angespannten bilateralen Beziehung bleiben die USA unberechenbar und China verhandlungsbereit. Die US-Sanktionen dienen dem US-Wettbewerbsschutz. Trumps Meinungsänderungen sind sowohl außen- als auch innenpolitischen Entwicklungen geschuldet. Benötigen die USA die Unterstützung Chinas, z.B. im Nordkorea-Konflikt, zeigen sie Entgegenkommen. Auswirkungen spürt der gesamte indopazifische Raum.

Der strategisch bedeutende Telekomsektor

Im sich zuspitzenden Wettstreit um die strategischen Vorteile durch die Kontrolle der zukunftssträchtigen 5G Hochgeschwindigkeits-Datenfunktechnologie zwischen den USA und China ergreifen die USA jede Möglichkeit

zur Unterbindung des wachsenden chinesischen Einflusses. Dies beschleunigte die Realisierung der chinesischen Investitionen von 150 Mrd. US-\$ in die Speicherchipproduktion im nächsten Jahrzehnt.

Die USA und Australien untersagen den staatlichen Institutionen die Benutzung von Geräten oder Netzwerken von Huawei und ZTE. Sie fordern auch Südkorea dazu auf, doch wegen des exzellenten Preis-Leistungs-Verhältnisses ist die Bereitschaft enden wollend. Eine Partnerschaft von Huawei mit amerikanischen Telefongesellschaften verhinderten die USA zu Jahresbeginn.

Mit dem Argument der nationalen Sicherheit entschieden sich die USA im März 2018 gegen die Übernahme des US-Halbleiterherstellers Qualcomm durch die in Singapur ansässige Broadcom um 117 Mrd. US-\$. Broadcom stellte ein Budget von 1,5 Mrd. US-\$ für den Ausbau der USA zum größten 5G-Markt sowie die Verlegung seiner Zentrale in die USA in Aussicht. Qualcomm ist ein Hauptlieferant der US-Regierung, auch im Verteidigungsbereich. Zu zwei Dritteln stammen seine (Lizenz-) Einnahmen jedoch aus der chinesischen Telekommunikationsindustrie. Mit Huawei, zugleich ein starker Konkurrent in der Halbleiterproduktion, weiters mit ZTE und China Mobile entwickelt Qualcomm Lösungen für die Mobilfunkkommunikation.

Das über ZTE Mitte April wegen der Missachtung der Iran-Sanktionen erlassene siebenjährige Verbot für den Zukauf von US-Technologie, z.B. Qualcomm-Speicherchips, hoben die USA nach Verhängung einer Geldstrafe von einer Milliarde US-\$ kurz darauf wegen der Bedenken um die US-Arbeitsplätze wieder auf.

China und der geistige Diebstahl

China ist sich der problematischen in- und ausländischen Konsequenzen des geistigen Diebstahls (Intellectual Property, IP) bewusst. Gleichzeitig verweist es auf die Konformität mit den WTO-Bedingungen und die Zulässigkeit des eingeschränkten Marktzugangs. Trotz der laufenden Anpassungen bleiben die IP-Gesetzesanwendung und -auslegung in China oft unzufriedenstellend.

Die US-Sanktionen gegen China beziehen sich nicht nur auf die Industrie-, Betriebs- und Cyberspionage, sondern auch auf die chinesischen Firmenübernahmen, den erzwungenen Technologietransfer und die obligatorische Bildung von Joint Ventures als Voraussetzung für eine Geschäftstätigkeit in China. Die USA schätzen ihren wirtschaftlichen Schaden durch die jährlichen chinesischen IP-Rechtsverletzungen auf 600 Mrd. US-\$. Die in den USA beschlagnahmten Produktimitate stammen zu 87 % aus China und sind technisch zunehmend anspruchsvoll. Die chinesischen Fälscher studieren die zugrunde liegende Technik, auch von Vorgängermodellen, um eine in Design und

Funktion möglichst identische Nachbildung zu schaffen.

Chinas Industriepolitik „Made in China 2025“

Bis zum Jahr 2049 will China zur technologisch führenden Industrienation aufsteigen. Der Technologietransfer steht dabei im Zentrum des strategischen Masterplans „Made in China 2025“. Die finanzielle und strukturelle Förderung sowie die Vorgabe eines hohen inländischen Wertschöpfungsanteils ermöglicht einerseits ausgewählten staatlichen und privatwirtschaftlichen Schlüsselunternehmen die Erlangung ihrer globalen Konkurrenzfähigkeit und stellt andererseits eine Herausforderung für den Welthandel dar. Dazu kommt oft ein illegaler Know-How Transfer.

Die teilweise Öffnung des chinesischen Finanz- und Automobilmarktes resultiert weniger aus dem internationalen Druck, als vielmehr aus der marktbeherrschenden Position der einheimischen Unternehmen. Eine umfassende wirtschaftliche Strukturreform wird jedoch nur langsam vorankommen.

Die US-Strafzölle in Asien

Das Motiv für die protektionistische Abschottung liegt in der gewünschten Reduktion des US-Handelsdefizits mit China in der Höhe von 375 Mrd. US-\$ (gemäß China 239 Mrd. US-\$) um ursprünglich rund ein Viertel und nun um die Hälfte. Chinas US-Handel verzeichnete 2017 ein Plus von 8,6 % und betrug 636 Mrd. US-\$. Damit entstammt Chinas gesamtes Handelsplus zu 65 % dem US-Handel. Die exakte Höhe des US-Defizits ist strittig, das resultiert aus den globalen Zulieferketten für die in China zusammengebauten Komponenten. China berücksichtigt die geringeren Produktions-, die USA die kompletten Herstellungskosten als Berechnungsbasis.

Die wirtschaftliche Vernetzung hat zur Konsequenz, dass die US-Handelseinschränkungen andere Länder – noch dazu US-Verbündete wie Südkorea und Japan – teilweise stärker treffen als China. Bei einem Einfuhrzoll in der Höhe von 10 % auf elektronische Importe aus China würde die Wirtschaftskraft der USA in den nächsten zehn Jahren um 163 Mrd. US-\$ sinken, bei einem 25-prozentigen Zoll um das Doppelte.

Auf die Ankündigung der weltweit umstrittenen US-Zölle auf Stahlimporte in der Höhe von 25 % mit dem Argument der nationalen Sicherheit reagierte China im Vergleich zu Südkorea und Japan gelassener.

Die USA nahmen weitere 1.300 chinesische Importprodukte ins Visier und begründeten dies mit dem Vorgehen gegen unfaire Praktiken eines Handelspartners. Im Gegensatz zu China genossen Südkorea und Australien einen zeitweiligen Verzicht der USA auf die Zölle. China drängte die USA weiterhin zu konstruktiven Verhandlungen, stellte jedoch bei Nichterfolg moderate Gegenmaßnahmen zur

Verteidigung seiner legitimen Interessen in Aussicht. Zu den für einen 25-prozentigen chinesischen Einfuhrzoll in Frage kommenden US-Produkten wählte China jene Sektoren, denen Trump Wählerstimmen verdankt.

Konsterniert, aber weiterhin verhandlungsbereit nahm China nach der Inkraftsetzung der US-Stahlzölle die im Mai abermals erhöhten US-Forderungen nach einer Senkung des US-Handelsdefizits um 100 Mrd. US-\$ binnen eines Jahres und danach um das Doppelte zur Kenntnis. Weiters bestanden die USA auf eine Streichung der chinesischen Staatssubventionen für die High-Tech-Industrien, eine Angleichung an die US-Zölle und den Verzicht auf chinesische Gegenmaßnahmen.

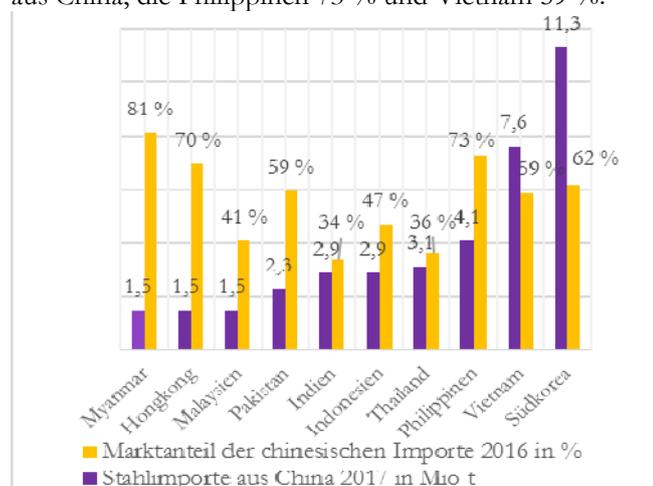
Chinas Stahlindustrie

Mit 832 Mio. Tonnen Stahl ist China für die Hälfte der weltweiten Stahlproduktion verantwortlich. Doch lediglich 800.000 Tonnen Stahl erreichen die USA, das sind 1,10 % der chinesischen Stahlexporte. Der Marktanteil in den USA beträgt 2,9 %. Insgesamt repräsentieren die Stahlexporte nur 2,4 % der gesamten chinesischen Ausfuhren.



Chinas Stahlproduktion

Mit 23 % Anteil an den weltweiten Stahlzufuhren ist China zwar der größte Stahlimporteur, doch gehen 53 % des chinesischen Stahls in zehn Länder des indopazifischen Raums. Nach Südkorea liefert China mit über elf Mio. Tonnen Stahl 15 % seiner Jahresexporte. Südkorea erhält 62 % seiner Stahlimporte aus China, die Philippinen 73 % und Vietnam 59 %.



Die 10 Top-Zielländer für chinesischen Stahl

Seit Jahren realisiert China einen stufenweisen Abbau seiner Stahlproduktionskapazitäten. Gleichzeitig sinkt der Exportanteil an der Stahlproduktion, im Jahr 2017 betrug er 8,8 %. Schon bisher wurden die chinesischen Stahllexporte in zwanzig Ländern und Regionen mit 134 Zöllen und Einfuhrbeschränkungen belegt.

Das Huhn töten, um den Affen abzuschrecken

(chinesisches Sprichwort)

Südkorea, den drittgrößten Stahlimporteur in die USA, treffen die Zölle weitaus härter. Als erstes Land erzielte Südkorea eine permanente, allerdings nachteilige Einigung im US-Handelsstreit. Seine Stahlausfuhren in die USA muss Südkorea auf 74 % des Vorjahres und somit auf 2,7 Mio. Tonnen drosseln. Das US-Handelsdefizit mit Südkorea betrug im Vorjahr 10,3 Mrd. US-\$. Zusätzlich leidet die exportorientierte Wirtschaft Südkoreas unter dem Streit zwischen seinen zwei wichtigsten Handelspartnern China, mit einem Viertel der südkoreanischen Gesamtausfuhren, und den USA mit 12 % Exportanteil. Denn nach China liefert Südkorea zu 79 % Halbfertigprodukte, die als Fertigerzeugnisse für den US-Markt bestimmt sind.

Japan, das mit der weltweit größten Stahlproduktion in Asien vor Indien und Südkorea liegt, scheiterte bei den Verhandlungen mit den USA zur Aufhebung der Zölle. Auch wenn ein bilateraler Handelsvertrag mit den USA eine Möglichkeit wäre, zögert Japan mit einem Abschluss und präferiert multilaterale Abkommen.

Die neue Freihandelsstruktur CPTPP

Mit dem CPTPP finalisierten elf Länder Anfang März eine Freihandelsvereinbarung, die ursprünglich von den USA als Trans-Pazifische-Partnerschaft geplant war, um der wachsenden Wirtschaftsmacht Chinas entgegen zu treten. Nach dem Rückzug der USA setzten die verbleibenden Mitglieder Kanada, Mexiko, Chile, Peru, Neuseeland und Australien sowie Malaysia, Singapur, Brunei, Vietnam und das federführende Japan die von den USA geforderten Zugeständnisse außer Kraft. Der strategische Wert für die regionale und wirtschaftliche Integration liegt in den hohen Standards, die auch künftigen regionalen WTO- oder APEC-Abkommen zugrunde liegen und z.B. die Transparenz und den IP-Schutz betreffen. Der gemeinsame Markt umfasst 500 Millionen Menschen und ein BIP von zehn Billionen US-\$. Südkoreas bevorzugte den Abschluss eines bilateralen Handelsvertrags mit China, überlegt nun aber ebenso wie Thailand doch eine Teilnahme.

Südostasien

Das Südchinesische Meer soll chinesisch bleiben

Erstmals konkretisiert China die Neun-Striche-Linie zu einer präzisen, fortlaufenden Umgrenzung seiner

territorialen Ansprüche. Deren rechtliche Basis hinsichtlich des Mischief Reef sprach der Internationale Schiedsgerichtshof in Den Haag China im Juli 2016 ab und die Ölförderrechte den Philippinen zu. An diese Entscheidung fühlen sich China und Taiwan nicht gebunden. Nach der Stationierung von Transportflugzeugen auf dem Mischief Reef dürfte China erstmals, jedoch wegen der bereits errichteten Bunker nicht unerwartet, auf seinen drei größten Militärbasen in den Spratlys, dem Mischief Reef, dem Fiery Cross Reef und dem Subi Reef, Raketensysteme installiert haben. Die Anti-Schiff-Raketen YJ-12B haben eine Reichweite von rund 550 Kilometern, die Flugabwehr HQ-9B von bis zu 300 Kilometern. Die HQ-9B stehen bereits seit 2016 auf Woody Island, der größten und China offensichtlich als Blaupause für die Spratlys dienenden Paracel-Insel. Auf dem Mischief Reef und dem Fiery Cross Reef richtete China vor allem für unbemannte Flugkörper potentiell gefährliche Radar- und Kommunikationsstöranlagen ein. Das Fiery Cross Reef könnte künftig zu einem Aufklärungszentrum ausgebaut werden und China als Basis für die Durchsetzung seines Anspruchs auf einen Teil der ausschließlichen Wirtschaftszone (EEZ) Indonesiens um die Natuna Inseln dienen.

Auf Woody Island führten erstmals einige nuklearfähige H-6K Langstreckenbomber Start- und Landemanöver sowie simulierte Angriffe durch. Die H-6K sind Chinas modernste Bomber für Präzisionsangriffe auf See- und Landziele. Der strategische Vorteil der Stationierung von H-6K auf Inseln im Südchinesischen Meer liegt in der gewaltigen Erweiterung der operativen Reichweite sowie der maritimen Verteidigungsparameter. Mit konventionellen Bomben bestückt umfasst der Einsatzradius Vietnam, Taiwan und die Spratly Inseln. Die geringere internationale Aufmerksamkeit von Manövern auf den Paracel-Inseln, im Gegensatz zu jenen auf den umstritteneren Spratly-Inseln, nutzt China bewusst aus.

Ungeachtet dieser Vorgänge und der rechtlichen Situation, die der philippinische Präsident Rodrigo Duterte bis zum Ende seiner Amtszeit 2022 klären möchte, verhandeln die Philippinen pragmatisch mit China über eine Zusammenarbeit bei der Öl- und Gasförderung in zwei Gebieten in der EEZ der Philippinen. Das Projekt Kalamian liegt in Nordwest-Palawan und basiert auf philippinischem Recht, während Reed Bank, westlich von Südwest-Palawan, auch von China beansprucht wird.

Die chinesische Benennung von fünf unter der Meeresoberfläche liegenden Felsformationen in Benham Rise rief auf den Philippinen öffentlichen Protest hervor. Mit dem Einverständnis der Philippinen, seit 2012 laut UN-Entscheidung der Souverän, führte China zu Jahresbeginn östlich von Luzon in der philippinischen EEZ meereswissenschaftliche Untersuchungen durch.

Mit der Erstentdeckung erlangte China das Recht zur Namensgebung. Den Einspruch der Philippinen mit dem Hinweis auf die politische Sensibilität im Rahmen der komplexen geopolitischen Situation lehnte die Internationale Hydrographische Organisation im Februar ab.



Der H-6K Langstreckenbomber

Die Sicherheitskooperationen in Südostasien

Den Verkauf von M4 Gewehren an die philippinische Polizei untersagten die USA wegen deren Menschenrechtsverletzungen im Antidrogenkampf, stattdessen lieferte China Sturmgewehre, Scharfschützengewehre und Munition. Aus dem gleichen Grund überlegte Kanada eine Neubewertung des Verkaufs von 16 412EPI Hubschraubern im Wert von 234 Mio. US-\$ an die militärisch vergleichsweise schwachen Philippinen. Mit der Stornierung der Bestellung kam Duterte dieser zuvor.

Thailand, das seine Beziehung zu China nicht zuletzt als erster Exportkunde von chinesischen VT4 Kampfpanzern in den letzten Monaten rasch vertiefte, plant den Austausch seiner veralteten US-Panzer, den Kauf von chinesischen U-Booten sowie die Einrichtung eines gemeinsamen sino-thailändischen militärischen Logistikzentrums für die Wartung und Instandsetzung. Der Kooperationsschwerpunkt lag bisher beim Kampf gegen Terrorismus und bei Luftwaffentrainings.

Die Bezahlung erfolgt teilweise in Form von getrockneten Lebensmitteln. Die chinesische Flexibilität bei den Zahlungsmethoden und das Preis-Leistungs-Verhältnis sind zwei der Gründe für den stark ansteigenden chinesischen Marktanteil am Waffenhandel. Dazu kommen Chinas zunehmende Kapazitäten in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Produktion und Konzeptdesign sowie die erstarkende Kaufkraft in Asien.

Vietnam, ein relativ starker Waffenimporteur, reduziert seine Waffenbezüge aus Russland, weil dieses auch China beliefert, konnte jedoch von den USA bislang nicht als Käufer gewonnen werden. Parallel zur militärischen Modernisierung intensiviert Vietnam seine strategischen Beziehungen zu den US-Verbündeten Südkorea, Singapur, Japan, Australien und Indien.

Indonesien, in pragmatischer Äquidistanz zu den Großmächten, bezog seine Waffen bisher aus unterschiedlichen Ländern. Die US-Kooperation, die

Waffenverkäufe und Trainings betrachtet es als unzureichend für seine Verteidigung und Sicherheit.

Kampfflugzeuge für Südostasien

Ausdrücklich wegen der internationalen Sanktionen gegen Russland schloss Indonesien mit Russland einen Kaufvertrag über elf Su-35 im Gesamtwert von 1,14 Mrd. US-\$ als Gegengeschäft für Palmöl, Kaffee und Tee ab.

Thailand bestellte den von der Korea Aerospace Industries gemeinsam mit Lockheed Martin entwickelten KAI T-50/FA-50 Golden Eagle.

Die Philippinen, die im März sechs US-Überwachungsdrohnen für den Anti-Terrorkampf übernahmen, werden sich wahrscheinlich demnächst für den Golden Eagle entscheiden.

Singapur bezieht das integrierte Elbit-System zur elektronischen Kriegsführung sowie das IAI/ELTA EL/K-1891 Satellitenkommunikationssystem für die Nachrüstung seiner zwanzig Boeing AH-64D Apache Kampfhubschrauber aus Israel.

Aufgrund der südostasiatischen Nachfrage, vor allem aus Indonesien, plant das US-Unternehmen Iomax die Adaptierung seines leichten Angriffsflugzeugs Archangel für die Küsten- und Meeresüberwachung.

Südostasien zwischen China & Indien

Die allgemeine und die militärische Beziehung zwischen den ASEAN-Ländern und China zeigt eine leichte Entspannung. Dem Misstrauen der südostasiatischen Länder begegnet China mit vertrauensbildenden Maßnahmen, z.B. zahlreichen Gesprächen über den Verhaltenskodex im Südchinesischen Meer. Auf Vorschlag und unter dem Vorsitz von Singapur, das mit China regelmäßig bilaterale Marinemanöver abhält, findet im Oktober die erste gemeinsame Marineübung zwischen den ASEAN-Ländern und China statt, gefolgt von einem Feldtraining, voraussichtlich auf den Philippinen.

Gleichzeitig verstärkt Indien seine proaktiven Maßnahmen zur Ausweitung der wirtschaftlichen und strategischen Partnerschaften mit Schlüsselakteuren in Ost- und Südostasien. Der Einladung zu den Feierlichkeiten anlässlich Indiens Tag der Republik am 25. Jänner 2018 folgten elf hochrangige ASEAN-Staats- und Regierungschefs. Das indische Handelsvolumen in Südostasien verzeichnete im Vorjahr einen leichten Anstieg auf 76 Mrd. US-\$, jenes von China jedoch ein Rekordhoch von 515 Mrd. US-\$. Indiens wichtigste ASEAN-Handels- und Investitionspartner sind Indonesien und Singapur, weiters Malaysia sowie Vietnam.

Indien

Indien will keine Einkreisung durch China

Im indopazifischen Raum verbessert das strategisch autonome Indien die Interoperabilität sowie die Synergien zwischen bilateralen und multilateralen Beziehungen. Seine aktive Verteidigungskapazität ist gesunken, es fehlt an militärischen und strategischen Mitteln.

Wettbewerbsentscheidend für den Zugang zum Indopazifik ist die Sicherung von Häfen und Militärbasen. Mit Frankreich vereinbarte Indien die gegenseitige Öffnung der Marinebasen. Dazu zählt Dschibouti, gleichzeitig Chinas einzige ausländische Militärbasis und Anti-Piraterie-Knotenpunkt.

Die Andamanen und Nikobaren, zum indischen Unionsterritorium gehörend, sind durch ihre ideale Position nahe der Malakka-Straße für die Kontrolle des Indischen Ozeans prädestiniert. Unter ihrem Kommando stand das heuer im März mit 16 Ländern abgehaltene Militärmanöver MILAN. Von dieser Militärübung mit bedeutenden strategischen Akteuren wie Indien und Australien, ohne die USA oder China, profitieren vor allem die schwächeren Länder wie Myanmar.

Die Nichtteilnahme der Malediven verstärkte die Sorge Indiens, dass sich die chinesische Einflussnahme bereits auf die Innen- und Außenpolitik von Präsident Abdulla Yameen auswirkt. Indien befürchtet eine künftige Nutzung des von China errichteten zivilen Hafens auf den Malediven als Marinebasis.

Die Unsicherheit über eine potentielle Adaption für militärische Zwecke resultiert aus dem chinesischen dual-use Modell „Hafen-Park-Stadt“ für Investitionen in Hafeninfrastruktur. Prioritär ist die Wirtschaftsentwicklung, die vom Hafen aus um Transportwege, Freihandels- und Industriezonen erweitert wird. Als Logistikkreisläufe können die Häfen auch weitreichende Militäroperationen unterstützen. Auch in Sri Lanka übernahm China schrittweise und mittels Leasing auf 99 Jahre die Rechte am strategisch wichtigen Hafen Hambantota. Weitere Allianzen schloss China mit Myanmar, Bangladesch, Pakistan, Kambodscha, Malaysia und Brunei. Unbestätigt sind die Vermutungen, dass China nahe dem Tiefseehafen in Gwadar in der pakistanischen Provinz Belutschistan eine Luftwaffen- und Marinebasis einrichten könnte.

Indien, die USA, Japan und Australien erwägen die Etablierung einer gemeinsamen regionalen Infrastruktur, um den chinesischen Einfluss zu kontern. Ihrem vierseitigen Sicherheitsdialog („Quad“) fehlen allerdings (noch) Entschlusskraft und finanzielle Mittel.

Indiens Grenzdispute mit China

Die territorialen Dispute zwischen Indien und China dienen als Stimmungsbarometer. Indien sieht sie vor allem im historischen Kontext, China nutzt sie als Ausdruck seiner Missbilligung der allgemeinen indischen China-Politik. Mögliche Konfliktlösungen und künftige Kooperationsprojekte standen im Mittelpunkt der informellen Gespräche zwischen dem stärker als sein Vorgänger an den USA orientierten indischen Präsidenten Narendra Modi und Xi Jinping in der chinesischen Wirtschaftsmetropole Wuhan. Dass Indien aktuell auf China zugeht, zeigt sich auch darin, dass die heurigen Feiern anlässlich der Ankunft des Dalai Lama in Indien vor nunmehr sechzig Jahren in deutlich kleinerem Umfang stattfanden.

Als Reaktion auf die umfassende Stärkung der indischen Grenzverteidigung hielt China mit präventiver Taktik den Druck entlang des gegenwärtigen Grenzverlaufs mit Indien aufrecht. In Nord-Doklam (Donglang) existieren bereits chinesische Hubschrauberlandeplätze, Tunnelverstecke und Befestigungsanlagen. Auch in Tibet, für dessen militärische Kontrolle der Himalaya bedeutend ist, stärkt China seine militärische Infrastruktur. Zur Schaffung eines Zugangs zu Süd-Doklam errichtete China in den vergangenen Monaten im Hoheitsgebiet von Bhutan und fünf Kilometer von der aktuellen indischen Militärblockade in Doka La entfernt eine alternative Verbindungsstraße. Die strategische Auswirkung ist bedeutend. Das Doklam-Plateau und der Jampheri-Kamm ermöglichen China einen Überblick über die im Siliguri-Korridor und in Sikkim stationierten indischen Truppen. Der schmale Siliguri-Korridor („Hühnerhals“) liegt zwischen Nepal und Bangladesch und ist die einzige Landverbindung Indiens mit seinen nordöstlichen Bundesstaaten. Bhutan agiert zurückhaltend.

Endlich Kampfflugzeuge für Indien?

Für Modernisierungsmaßnahmen steht dem indischen Verteidigungsressort in den nächsten Jahren ein Budget von 250 Mrd. US-\$ zur Verfügung. Mit einem Anteil von 12 % bleibt Indien der weltgrößte Waffenimporteur. Die bereits eineinhalb Jahrzehnte andauernde, langwierige Auftragsvergabe für dringend benötigte mittlere Mehrzweckkampfflugzeuge (MRCA) und U-Boote scheiterte an der Bedingung einer lokalen Produktion. Auch die gemeinsame Entwicklung eines Sukhoi/HAL Kampfflugzeugs der Fünften Generation mit dem langfristigen strategischen Verteidigungspartner Russland steckt fest.

Die Ausrüstung für elektronische Kriegsführung ist für Indien essenziell. Durch die Verlagerung seiner Verteidigungsprioritäten von Pakistan auf China stieg Indiens Bedarf an einer Erweiterung seiner strategischen Reichweite. Diese könnte Lockheed Martin, das über jahrelange Joint Venture-Erfahrung mit TATA

Advanced Systems Limited und gute Beziehungen zur indischen Regierung verfügt, ebenso bieten wie das gewünschte System zur Kollisionsvermeidung.

Die USA dominieren den asiatischen Markt für Kampfflugzeuge, der ein Viertel des Weltmarkts darstellt, und wollen sich mit Indien einen langfristigen strategischen Partner sichern. Die F-16 und F/A-18 Super Hornets könnten für den lokalen und den internationalen Markt in Indien produziert werden, während die Herstellung aller Komponenten und Ersatzteile von Lockheed Martin weiterhin in Fort Worth verbleibt. In Südkorea, Singapur und Taiwan herrscht eine große Nachfrage nach einer umfassenden Nachrüstung der F-16. Die US-Arbeitsplätze wären durch die Verlagerung der US-Produktion auf die international stark nachgefragten F-35, darunter 200 Stück für Australien, Japan, Südkorea und eventuell später noch Singapur, und durch Nachfolgeaufträge sichergestellt. Auf diese Weise ergänzen einander die zwei nationalen Politiken „Make America Great Again“ und „Make in India“.

Australien

Die in Australien zunehmend deutlicher artikulierten Forderungen nach einer selbstbewussteren Außenpolitik zielen auf eine größere Flexibilität zu Gunsten der eigenen Machtprojektion im Indopazifik ab. Trotz der regionalen geopolitischen Dynamik verfügt das geographisch isolierte Australien bis heute über keine Gesamtstrategie in der Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik. Die USA garantieren die überregionale Sicherheit, China ist der bedeutendste Handelspartner. Das bilaterale Handelsvolumen mit China übersteigt seit einigen Jahren das australische Gesamthandelsvolumen mit den USA und Japan. Im Jahr 2017 betrug es, bei einem Anstieg von 16 %, 129 Mrd. US-\$.

Die aktuelle, multilaterale außenpolitische und wirtschaftliche Neuausrichtung stellt eine große Herausforderung für Australien dar und bedarf einer feinen Balance. Das Südchinesische Meer, mit einem jährlichen Frachtvolumen im Wert von drei Billionen US-\$, stellt eine essenzielle Transportroute für Australien dar, daher vermeidet es, bei den Territorialdisputen Partei zu ergreifen. Bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der traditionellen US-Partnerschaft stärkt Australien seine Beziehung zu den anderen US-Verbündeten Singapur, Südkorea, Indien und Japan. Indem es die wirtschaftliche Integration als einen wesentlichen regionalen Stabilitätsfaktor nutzt, vor allem durch die Freihandelsverträge RCEP und CPTPP, geht Australien sowohl auf China, als auch auf die Länder Südostasiens zu. Das Verhältnis zu Indonesien, das rasch an strategischem Gewicht gewinnt, bleibt schwierig.

Als erster Staat zog Australien Konsequenzen aus der wachsenden Besorgnis über die chinesische Einflussnahme auf die Politik, Kultur und Wissenschaft Australiens. Bei der aktuellen Planung entsprechender Gesetze zur Eindämmung der Beeinflussung durch ausländische Personen, Regierungen und Geheimdienste mittels persönlicher Kontakte, Geldspenden oder psychologischem Druck fühlt sich Australien von westlichen Ländern bestätigt. Dabei muss Australien, Heimat von rund einer Million ethnischer Chinesen, mit erheblichen wirtschaftlichen Folgen rechnen.

Japans Militarisierung

Japan nimmt die Atombedrohung durch Nordkorea und China sowie die Territorialdispute mit Russland und China zum Anlass für eine weitere Stärkung der japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte. Eine für die stete Militarisierung nötige Änderung der japanischen Nachkriegsverfassung, für die derzeit noch kein konkreter Zeitplan existiert, bedarf einer Zweidrittelmehrheit im Parlament, über die Abe seit der letzten Wahl verfügt. Gleichzeitig regt sich innerhalb und außerhalb Japans Widerstand gegen die Aufrüstung. Russland fürchtet angesichts des kürzlich erfolgten Zukaufs von zwei Aegis Ashore Raketenabwehrsystemen im Wert von 2 Mrd. US-\$ durch Japan wegen ihrer optionalen Verwendung zur Verhinderung eines russischen Zweitschlags um die strategische Stabilität in Ostasien. Da die Aegis im Eigentum Japans stehen und es sich nicht um US-Waffen auf japanischem Boden handelt, ist es formaljuristisch kein Bruch des im Jahr 1988 in Kraft gesetzten bilateralen Vertrags über die Vernichtung der nuklearen Mittelstreckensysteme (INF) zwischen den USA und Russland. Die Nutzung der Aegis untergräbt jedoch den eigentlichen Sinn des INF-Abkommens, dessen Missachtung sich die USA und Russland seit einigen Jahren gegenseitig vorwerfen.

Der historische Machtwechsel in Malaysia: Chinas wahlentscheidender Einfluss

Der historische Machtwechsel in Malaysia zeigt, dass die Ausgestaltung der Beziehung zu China das Potential aufweist, Wahlen in Asien zu entscheiden.

In Südostasien stellt Malaysia die drittstärkste Wirtschaftsmacht sowie Chinas wichtigsten Absatzmarkt dar und verfügt, nach Singapur und noch vor Indonesien, über den zweitstärksten Einfluss. Die wirtschaftliche Verflechtung mit China und die Kritik daran nahm unter dem nun abgewählten Premierminister Najib Razak zu. Seit neun Jahren ist China, mit einem bilateralen Handelsvolumen von 100 Mrd. US-\$ im Jahr 2017, der wichtigste Wirtschaftspartner und finanziert auch langfristige Infrastrukturprojekte. Die malaysischen Chinesen dominieren trotz der vorherrschenden strukturellen

Diskriminierung mit einem Bevölkerungsanteil von 25 % die Privatwirtschaft.

Ein Hauptmotiv für die Abwahl Najibs war der Verkauf des malaysischen symbolträchtigen und identitätsstiftenden KFZ-Herstellers Proton an den chinesischen Geely-Konzern im Vorjahr. Proton, gegründet im Jahr 1983 vom damaligen und Anfang Mai 2018 wieder gewählten Premierminister Dr. M, beherrschte den lokalen Markt dank Protektionismus einst bis zu 80 %, im Jahr 2017 nur mehr zu 13 %. Die ersten wegen Qualitätsmängeln gekündigten Protonhändler entstammen der ethnisch bevorzugten Zweidrittel-Bevölkerungsmehrheit der Malaien. Diese genießen seit den frühen 1970er Jahren einen besonderen, umfassenden Schutz im Wirtschafts- und Bildungsbereich. Der Unmut der Malaien führte in Verbindung mit weiteren Faktoren, wie dem Korruptionsskandal um Najib, die hohen Lebenshaltungskosten, die institutionelle Schwäche sowie die politischen Differenzen innerhalb Najibs nationalkonservativer Partei, zu einem politischen Erdbeben und nach sechs Jahrzehnten zum Ende der weltweit am längsten andauernden politischen Koalition.

Dr. M, 92, Premierminister

Die Malaysier wählten bei den Parlamentswahlen am 9. Mai 2018 die bisherige Politik der Patronage ab und den 92-jährigen Dr. Mahathir Mohamad, kurz Dr. M, ehemals Najibs Förderer und nun politischer Gegner, erneut zum Premierminister. Diese Position hatte er vor 15 Jahren nach einer Amtszeit von über zwei Jahrzehnten abgegeben. Die nun regierende Vier-Parteien-Koalition ist eine kaum denkbare Allianz von einstigen erbitterten politischen Gegnern. Nun folgt eine rasche Überprüfung aller Korruptionsvorwürfe und eine Neubewertung der chinesischen Wirtschaftsprojekte.

Die Arabisierung Malaysiens

Der saudi-arabische wahhabitische Islam übt seit Jahrzehnten einen steten, jedoch unter Najib stark zunehmenden Einfluss auf Malaysia aus. Saudi-Arabien finanziert Moscheen und religiöse Schulen. Die Befürchtung wächst, dass der Wahhabismus die traditionelle religiöse Kultur weiter untergräbt und zu einer noch schnelleren Arabisierung und politischen Islamisierung Malaysiens führt. Die malaysische Regierung präsentierte eine weitere Gesetzesvorlage für die Ausweitung des islamischen Rechtssystems der Sharia. Diese wird im bestehenden dualen Rechtssystem derzeit ausschließlich für Moslems und nur bei Familienangelegenheiten angewendet. Die Regierung weist den Vorwurf einer aktiven Förderung des konservativen Islam jedoch von sich.

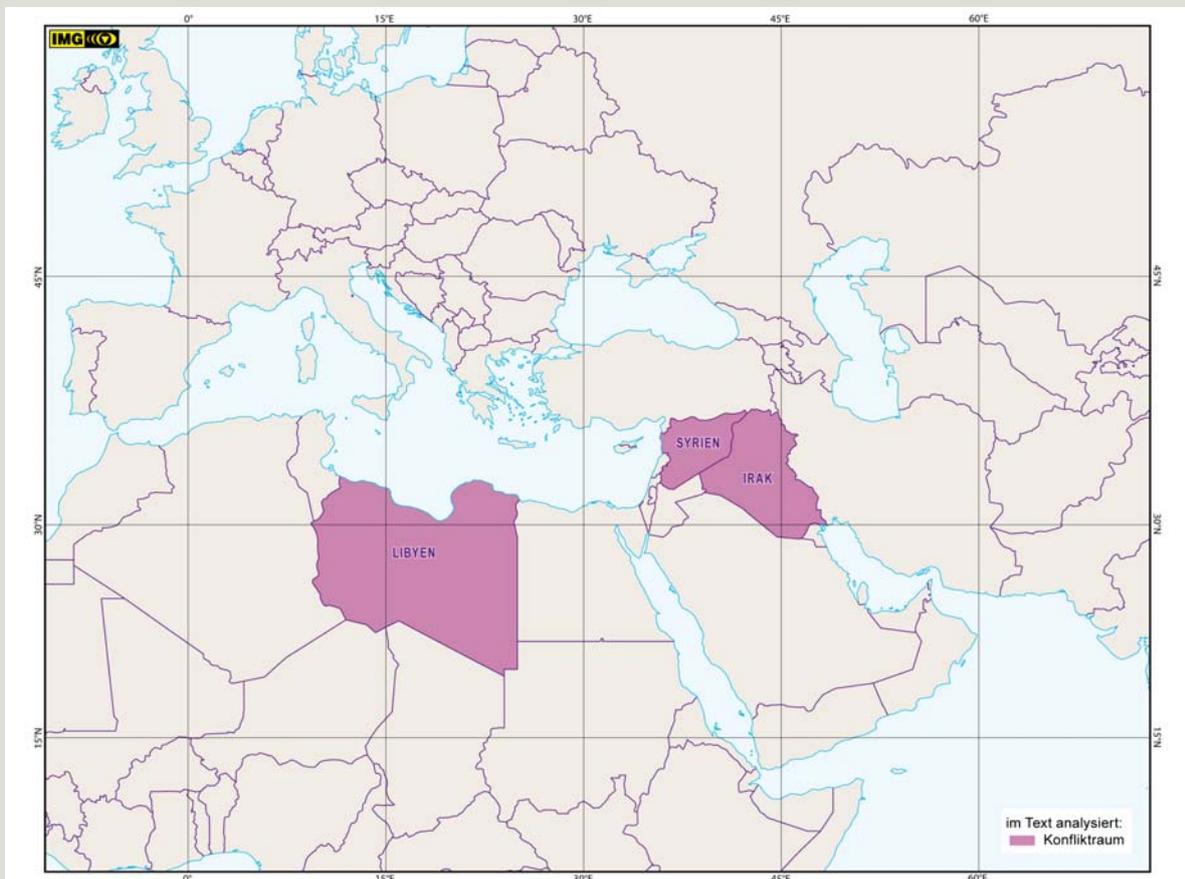
Syrien, Irak und Libyen: Drei Konfliktländer in einer entscheidenden Übergangsphase

Die Konflikte in Libyen, Syrien und dem Irak wurden in den letzten Jahren gemäß dem „Heidelberger Konfliktbarometer“, das sowohl qualitative wie quantitative Faktoren berücksichtigt, als „Kriege“ klassifiziert. Obwohl die Konfliktkonstellation in jedem der Länder seine Eigenheiten aufweist, befinden sie sich seit Beginn des Jahres 2018 in einer entscheidenden Übergangsphase, die entweder in eine weitere Eskalation ausarten oder sich in Richtung Post-Konflikt-Konsolidierung entwickeln könnte.

In **Syrien** kontrollierte das Assad-Regime Ende Mai 2018 rund 60% des syrischen Territoriums, darunter die bevölkerungsreichsten Landstriche und größten Städte. Gelingt es dem Regime und seinen Verbündeten, auch in den letzten beiden von Rebellen gehaltenen Provinzen Deraa und Idlib die letzten Einheiten der Rebellen durch militärische Offensiven, Waffenstillstandsabkommen oder Amnestieangebote in die Knie zu zwingen, so bedeutet dies für Assad den endgültigen Sieg über die Opposition und deren unterstützende Staaten. (Eine Ausnahme bilden lediglich die weiterhin von Kurden und den USA besetzten Gebiete östlich des Euphrats.) Es stellt sich daher die Frage, ob der Syrienkrieg damit in die entscheidende Endphase gekommen ist und wie sich eine Nachkriegsordnung gestalten wird.

Im **Irak** kam es im Mai 2018 zu den ersten Parlamentswahlen seit dem Sieg über die Terrororganisation *Islamischer Staat* (IS) und dem gescheiterten Unabhängigkeitsreferendum der irakischen Kurden im September 2017. Die Parlamentswahlen sollten nach vielen Jahren Konfessionalismus, IS-Gewalt und Korruption den Weg für einen stabilen Irak ebnen. Der Irak befindet sich jedoch seit der Verkündung des umstrittenen Wahlergebnisses in einer chaotischen Phase.

In **Libyen** kam es in den letzten Monaten zu zahlreichen Annäherungsversuchen zwischen den rivalisierenden Machtzentren im Westen und Osten des Landes. Sowohl die staatlichen Institutionen als auch die Bevölkerung bleiben jedoch weiterhin tief gespalten. Der einzige Konsens, der im Rahmen der Pariser Gespräche Ende Mai 2018 erzielt werden konnte, ist die Abhaltung von Wahlen Ende 2018. Ob Wahlen tatsächlich die erhoffte Stabilität und Wiedervereinigung des Landes bringen, bleibt abzuwarten.



Middle East & North Africa (MENA)

Die Krisenherde der MENA-Region

Syrien: der bevorstehende militärische Sieg des Assad-Regimes

Das Jahr 2018 zeigt, dass neben den beiden Hauptkonflikten in Syrien – jenem zwischen dem Regime und der Opposition sowie jenem aller gegen den IS – zunehmend andere staatliche Akteure in direkte Konfrontation geraten. Besonders deutlich zeigt sich dies in der Auseinandersetzung zwischen dem Iran und Israel, im Zuge derer es in den letzten Monaten zu verstärkten Drohgebärden und tatsächlichen Angriffen kam. Nachdem bei mehreren israelischen Luftschlägen auf Militärbasen in Syrien iranische Kämpfer getötet wurden, kam es am 10. Mai zu einem (aus israelischer Sicht) iranischen Vergeltungsschlag auf den Golanhöhen. Der Iran dementierte jedoch, hinter dem Angriff zu stecken. Israel reagierte dennoch mit den heftigsten Luftschlägen auf pro-iranische Stellungen seit Beginn des Syrienkrieges. Israel soll mit dem Abschuss von etwa 60 Raketen auf dutzende Stützpunkte pro-iranischer Kräfte große Teile der iranischen und syrischen militärischen Kapazitäten beeinträchtigt haben. Dennoch scheinen derzeit beide Staaten nicht an einer umfassenden Konfrontation interessiert zu sein, zumal diese einen regionalen Krieg hervorrufen könnte. Der israelische Verteidigungsminister Lieberman betonte nach der jüngsten Eskalation, dass es sich um einen „punktuellen Konflikt“ Israels mit den iranischen Quds-Brigaden handle.

Eine Konfrontation würde die umfassenden iranischen Investitionen in Syrien gefährden, insbesondere vor dem Hintergrund des Ausstiegs der USA vom Atomdeal und der damit in Zusammenhang stehenden angespannten wirtschaftlichen Situation im Iran.

Ein weiteres Spannungsverhältnis zwischen staatlichen Akteuren bildet jenes zwischen der Türkei und den USA. Die Türkei, die Ende Jänner 2018 eine weitere Offensive im Nachbarland Syrien startete, kämpfte erstmals direkt gegen den US-Verbündeten YPG/SDF und nahm den kurdischen Kanton Afrin ein. Der türkische Präsident kündigte an, weitere von Kurden besetzte Gebiete zurückerobern, falls ein Deal mit den USA über die Zukunft der Kurdenregion scheitern sollte.

Die ersten Monate im Jahr 2018 können als eine der blutigsten Phasen im syrischen Bürgerkrieg beschrieben werden. Die Zahl der Toten überstieg oft 100 pro Tag (vgl. *Syrian Observatory for Human Rights*). Die UNO bezifferte die Zahl der Binnenvertriebenen allein in den ersten vier Monaten des Jahres auf 920.000.

Die Regime-Offensiven konzentrierten sich auf die Gebiete rund um die großen Ballungszentren Damaskus und Homs. Intensive Luftschläge begleiteten

Bodenoffensiven; parallel fanden Verhandlungen mit Rebellengruppen statt. Eine Vielzahl an Evakuierungsabkommen, die mehrheitlich zwischen Russland und diversen Rebellengruppen ausgehandelt wurden, führten im Mai 2018 zur Einnahme der letzten Rebellenhochburgen rund um Damaskus.

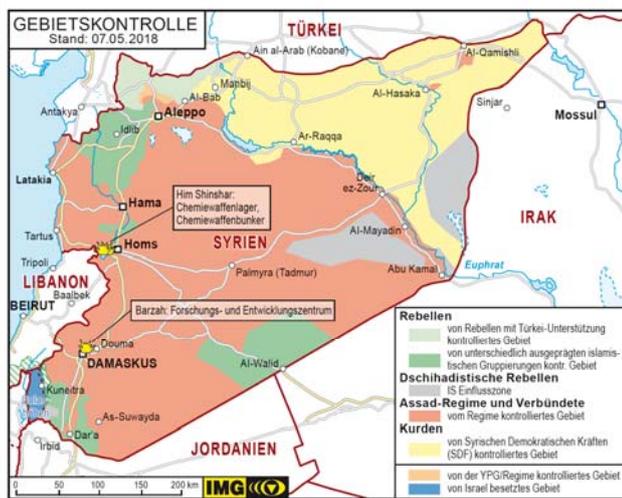


Überraschungsbesuch des syrischen Staatschefs Baschar al-Assad beim russischen Präsidenten Wladimir Putin in Sotschi im Mai 2018

Das Assad Regime scheint damit kurz davor zu stehen, alle Gebiete zu kontrollieren, wo dies mit militärischen Mitteln und ohne Widerstand externer Staaten möglich ist. Nachdem gesamt West- und Zentralsyrien unter Regimekontrolle steht, bleiben nur noch die Provinzen Deraa und Idlib unter oppositioneller Kontrolle. Um auch diese Gebiete zurückzugewinnen, die jeweils von den „Schutzmächten“ der Rebellen – den USA, Jordanien, und Israel im Süden bzw. der Türkei im Norden – verteidigt werden, bedarf es dann aber voraussichtlich eines neuen politischen Kompromisses, der wohl in Astana (Russland initiierte die kasachische Hauptstadt als Verhandlungsplattform) oder anderswo ausgehandelt werden wird. Die letzten Entwicklungen in Deraa weisen auf eine Regimeoffensive hin, zu ersten kleineren Gefechten kam es bereits Ende Mai. Wie bei den anderen Offensiven 2018 werden das Regime und seine Verbündeten versuchen, die Opposition wenige Wochen nach dem Beginn der Offensive durch ihre militärische Übermacht an den Verhandlungstisch zu zwingen.

Machthaber Assad sieht sich auch durch die westliche Reaktion auf den vermuteten Chemiewaffenangriff, der sich Anfang April 2018 in Duma, einer Vorstadt von Damaskus, ereignete, politisch gestärkt. Die begrenzten Luftschläge der USA, Frankreichs und Großbritanniens auf die Chemiewaffen-Infrastruktur am 14. April 2018 bewiesen, dass westliche Staaten, allen voran die USA, nicht ernsthaft willens sind, sich in den Bürgerkrieg einzumischen und das Assad-Regime zu Fall zu bringen. Zu groß wäre das Risiko eines regionalen Krieges, denn der Iran und Russland würden einem Sturz des Regimes

wohl nicht tatenlos zusehen. Die Luftschläge beschränkten sich bewusst auf drei Chemiewaffenanlagen und darauf, Assad damit für die Überschreitung der vielfach erwähnten „roten Linie“ des Westens, nämlich den Einsatz chemischer Waffen gegen Zivilisten, zu „bestrafen“.



Die vom syrischen Regime bzw. von oppositionellen Gruppen kontrollierten Gebiete Syriens, Stand 7. Mai 2018

Von dem Wunsch eines Syriens ohne Assad haben sich inzwischen so gut wie alle Staaten offiziell verabschiedet. Zu fest hat der amtierende Präsident die Zügel in der Hand. Auch beim UN-geführten Friedensprozess, der sich auf ein Ende der Gewalt, die Ausarbeitung einer neuen Verfassung und die Abhaltung von Wahlen konzentriert, ist ein Regierungs- oder Führungswechsel unwahrscheinlich. Die syrische Regierung wartet zudem nicht auf Resultate dieser langwierigen Verhandlungen, sondern implementierte in den letzten Monaten bereits Gesetze und Rahmenbedingungen für den Wiederaufbau, wobei die Unterstützer des Regimes begünstigt, hingegen jene, die es stürzen wollten, bestraft bzw. permanent vertrieben werden sollen. Schon im Jahr 2015 betonte Assad: „Syrien ist nicht für jene, die dort wohnen oder die Staatsbürgerschaft besitzen, sondern für jene, die es verteidigen und beschützen.“

Es scheint mittlerweile aufgrund der wachsenden Herausforderungen internationales Einvernehmen zu geben, Syrien zu stabilisieren, doch bleibt unklar, wie und auf welchem Weg dies erfolgen kann. Die Türkei verfolgt prioritär das Ziel, die Autonomie der Kurden in Syrien möglichst weit einzudämmen; ein Regimewechsel in Damaskus hat für Ankara hingegen keine Priorität mehr.

Aus Sicht der USA erfordern sowohl die Terrorbedrohung, die vom IS ausgeht, als auch der iranische Einfluss in Syrien eine Stabilisierung des Landes und ein zumindest begrenztes Engagement der USA.

Europa hofft auf die Rückführung syrischer Flüchtlinge in ihre befriedete Heimat und eine Beteiligung europäischer Unternehmen an den lukrativen Wiederaufbaumöglichkeiten. Auch die Nachbarländer Syriens sind an einer Stabilisierung des Landes interessiert, da sie durch die Millionen syrischer Flüchtlinge, die sie beherbergen, an den Grenzen ihrer Belastbarkeit stehen.

Auch der saudische Kronprinz Mohammad Bin Salman kann sich ein Syrien ohne Assad nicht mehr vorstellen. Ende März bemerkte er in einem Interview mit dem *Time magazine*, dass Assad an der Macht bleiben werde, befürchtete aber gleichzeitig, dass Assad eine Marionette Irans werden könnte. Gemäß dem Generalsekretär der libanesischen Hizbollah, Hassan Nasrallah, soll Saudi-Arabien in einem geheimen Treffen mit Vertretern des Assad-Regimes sogar Milliarden US-\$ in Aussicht gestellt haben, wenn Damaskus dafür die Beziehungen zu Teheran abbräche. Assad soll abgelehnt haben.

Auch das syrische Regime ist sich seines bevorstehenden militärischen Sieges bewusst. Für das Regime ist es daher höchste Zeit, an einer Nachkriegsordnung für ein von Assad geführtes Syrien zu arbeiten und dafür internationale Zustimmung zu erhalten. Ein klarer politischer Sieg auf dem Verhandlungstisch ist für das Regime bedeutend, da es nur auf diesem Weg seine internationale Legitimität wiedergewinnen kann und sich vor der Strafrechtsverfolgung wegen potentieller Kriegsverbrechen schützen könnte.

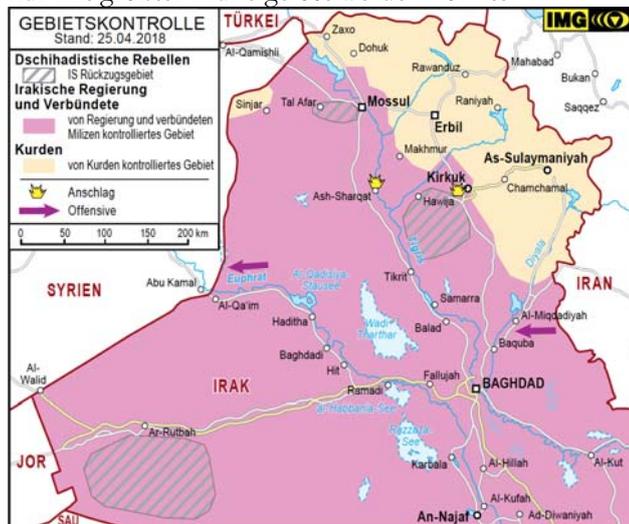
Irak - ein Land im Wahlchaos

Nach dem Sieg über die Terrororganisation *Islamischer Staat* im November 2017 entstand der Eindruck einer beginnenden Entspannung im Land. Dieser Entwicklung stellten sich jedoch drei Ereignisse in den Weg:

1. die angespannte Situation zwischen der Zentralregierung und der kurdischen Regionalregierung in Folge des kurdischen Unabhängigkeitsreferendums,
2. die Parlamentswahlen und das umstrittene Wahlergebnis, sowie
3. der andauernde Konflikt mit dem Nachbarstaat Türkei aufgrund von PKK-Hochburgen im Irak.

Nach dem Unabhängigkeitsreferendum im September 2017 belegte die Zentralregierung Bagdad die Regionalregierung in Kurdistan mit weitreichenden Sanktionen, wie einer Sperre des Luftraums und der Landgrenzen, sowie der Einnahme der Provinz Kirkuk. Durch diese schwerwiegenden Einschnitte kam die angeschlagene kurdische Wirtschaft noch weiter zum Erliegen und löste zahlreiche Proteste aus. Der Zusammenbruch der kurdischen Wirtschaft lag vor allem am Verlust der ölreichen Provinz Kirkuk, deren Einnahmen bis dahin den aufgeblähten kurdischen Verwaltungsapparat versorgten. Eine weitere Einbuße

erlitt das kurdische Budget durch das neue Budgetgesetz Bagdads, das eine 5-prozentige Kürzung der Mittel für die Autonomieregion vorsah und nur unter Protest der kurdischen Abgeordneten im irakischen Parlament beschlossen werden konnte. Bagdad beschränkte die Autonomie Kurdistans weiter mit einer Klage vor dem Obersten Bundesgerichtshof; die Zentralregierung forderte, dass Kurdistan alleine keine Verträge über Ölexporte mehr abschließen dürfe, weil dieses Handeln gegen die faire Verteilung von wirtschaftlichen Ressourcen verstößt. Angesichts der internationalen Isolation und des massiven Zahlungsrückstands für Beamtengehälter, die seit mehr als fünf Monaten nicht bezahlt wurden, beschlossen die Lehrer und Professoren, gegen die derzeitige Regierung zu protestieren. Nach langen Verhandlungen konnte man sich auf eine annehmbare Kürzung der Gehälter einigen und die Lehrer besänftigen. Aufgrund der Streichung der US-Subventionen für die kurdischen Streitkräfte, die *Peschmerga*, entflammte allerdings eine neue Krise, die nur mit größter Mühe gelöst werden konnte.



Das von Kurden kontrollierte Gebiet des Iraks im Norden des Landes

Die Siegeserklärung über den *Islamischen Staat* Anfang Dezember 2017 war gleichzeitig der Auftakt für den Wahlkampf der ersten Parlamentswahlen im Irak seit der Zerschlagung des „IS-Kalifats“ in gut einem Drittel des Landes. Für Kritik sorgte die umstrittene Erklärung der *Hashd Shaabi* (Volksmobilisierungseinheiten), eine politische Allianz zu bilden und bei den Wahlen anzutreten, da befürchtet wurde, dass sich auf diesem Wege Parteimilizen etablieren würden. Die Volksmobilisierungseinheiten kämpften erfolgreich gegen den IS und vertreten großteils eine pro-iranische Haltung.

Wegen der parteiinternen Rivalitäten zwischen dem amtierenden Premierminister Haydar al-Abadi und dem ehemaligen Langzeitpremier Nuri al-Maliki beschloss die einflussreiche *Da'wa*-Partei erstmals seit 2005, nicht

an den Wahlen teilzunehmen. Premier Abadi gründete stattdessen seine eigene Liste unter dem Namen *Tahaalif al-Fatab* (Allianz des Sieges). Damit versuchte er, eine breite überkonfessionelle Allianz aufzustellen, um vor allem für die vom IS verunsicherten Sunniten eine attraktive Wahl zu sein. Wegen interner Streitigkeiten über Korruption zerbrach aber letztlich die Allianz mit der *Fatab*, die aus den Milizen der *Hashd Shaabi* besteht und von Hadi al-Ameri geführt wird. Neben der alten politischen Garde wie Maliki, Abadi und Ameri nutzten viele junge Politiker ihre Chance und gründeten neue Allianzen und Parteien. Aber auch langdienende Politiker wie Ammar al-Hakim aus der einflussreichen Klerikerfamilie al-Hakim versuchten, mit Traditionen zu brechen; er stieg aus der von seiner Familie dominierten Partei aus und gründete eine neue Partei.

Nach dem Wahltag und dem Bekanntwerden der ersten Ergebnisse zeichnete sich ein vollkommen unerwartetes Ergebnis ab. Der Dauerkritiker der USA und des Irans, der schiitische Kleriker Muqtada al-Sadr, gewann die Wahlen mit 54 von 329 Sitzen vor Hadi al-Ameri und Premier Haydar al-Abadi. Nach der Veröffentlichung des Wahlergebnisses erhoben Kritiker Vorwürfe, dass die Wahlen manipuliert wären und dass sie das Ergebnis nicht anerkennen würden. Tatsächlich wurden die Stimmen aus zahlreichen Provinzen – darunter aus den großteils kurdischen Provinzen wie Kirkuk und Sulaymaniyah –, aber auch Auslandswahlkarten und jene von Binnenvertriebenen aufgrund von vermuteter Wahlmanipulation als ungültig erklärt. In Reaktion darauf beschloss das Parlament eine rückwirkende Wahlrechtsnovelle, die den Irak in eine Verfassungskrise trieb und deren Auswirkungen noch nicht abzusehen sind.

Neben dem chaotischen Wahlprozess und der kritischen Beziehung zwischen der Kurdischen Regionalregierung und der Zentralregierung, ist die Situation im Irak von den Spannungen mit dem Nachbarstaat Türkei geprägt. Mit der Offensive auf die de facto Autonomieregion der Kurden in Syrien startete die Türkei auch größere Operationen gegen die illegale Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) im Irak. Die türkische Luftwaffe flog seit Ende Jänner konstant Angriffe auf vermeintliche PKK-Stellungen im Sinjar, einem Gebiet, das mehrheitlich von der Minderheit der Jesiden bewohnt wird. Anfang Juni starteten die türkischen Luftstreitkräfte erneut intensive Angriffe auf den Sinjar und die Gebirgsregion Qandil, die traditionell als Hauptrückzugsgebiet der PKK gilt.

Diese Angriffe wurden einerseits von der Kurdischen Regionalregierung scharf kritisiert und andererseits von der Zentralregierung in Bagdad als Angriff auf die Souveränität und Integrität des Landes gewertet. Präsident Erdogan betonte hingegen unlängst in einer Rede die Notwendigkeit der Operationen gegen die

PKK. Bagdad kann derzeit nichts dagegen ausrichten, weil Präsident Erdogan durch die Wasserfrage einen strategischen Trumpf in Händen hält und Bagdad unter Druck setzt. Anfang Juni befüllte die Türkei nämlich den Ilisu-Staudamm am Oberlauf des Tigris in Südostanatolien; dies führte zu einer Reduktion des Wasserstandes im Tigris um die Hälfte, sehr zum Unmut Bagdads. Aufgrund der innenpolitischen Probleme wegen der umstrittenen Wahlen und der verstimmtten Beziehungen mit den Kurden bleibt dem Irak nicht anderes übrig, als die außenpolitischen Spannungen mit der Türkei „auszusitzen“ und die türkischen Operationen auf irakischem Boden zu dulden, wenn es eine Wasserkrise verhindern will. Die Türkei gab bekannt, dass es mit einer allfälligen Bodenoffensive in der Qandil-Region bis zur Neubildung einer Regierung warten wird. Die durch das umstrittene Wahlergebnis ausgelöste Krise könnte jedoch eine Regierungsbildung wesentlich verzögern, zumal einige Politiker für Neuwahlen plädieren. Die Anerkennung des umstrittenen Wahlergebnisses bzw. die Entscheidung, Neuwahlen durchzuführen, könnte letztlich für neuen Zündstoff in einem bereits fragmentierten Irak sorgen.

Erste Hoffnungsschimmer in Libyen?

Libyen hat sich von dem seit 2014 herrschenden Bürgerkrieg noch immer nicht nachhaltig erholt. Neben militärischen Auseinandersetzungen und einem nur sehr langsam voranschreitenden politischen Versöhnungsprozess stellt vor allem die wirtschaftliche Instabilität die größte Herausforderung in der Post-Konfliktphase dar.

Nach diplomatischen Bemühungen im Sommer 2017 gelang es dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron am 29. Mai 2018, zum zweiten Mal den „Quasi-Machthaber“ über Ostlibyen, Feldmarschall Haftar, und den Premierminister der international anerkannten Einheitsregierung mit Sitz in der Hauptstadt Tripolis, Fayez al-Serraj, für Verhandlungen an einen Tisch zu bringen. Bei den jüngsten Gesprächen im Mai 2018 waren neben Serraj und Haftar außerdem die Vorsitzenden der beiden vorgesehenen parlamentarischen Kammern anwesend, was durchaus als diplomatische Sensation bezeichnet werden kann. In einem 8-Punkte-Statement wurde die Zusammenlegung der gespaltenen staatlichen Institutionen sowie die Abhaltung von Wahlen im Dezember 2018 angekündigt. Die gemeinsame Erklärung der vier wichtigsten politischen Akteure Libyens ist zweifelsohne ein Schritt in die richtige Richtung. Ob die beschlossenen Maßnahmen auch umgesetzt werden können, hängt jedoch vor allem vom Willen der wichtigsten lokalen politischen und militärischen Akteure in Tripolitanien ab.

Die Milizen aus Zintan sind die größte Streitmacht westlich von Tripolis; einst beherrschten sie einen Teil der Hauptstadt. Derzeit versuchen sie in einer diplomatischen Offensive, gemeinsam mit moderaten Kräften aus Misrata und Tarhuna eine Allianz sowohl gegen Haftar als auch gegen die Milizen in Tripolis aufzubauen. Dies ist nur ein Anzeichen dafür, dass eine gesamtlibysche Lösung der aktuell festgefahrenen Situation schwierig werden wird, und nur die Einbindung aller Akteure eine nachhaltige Verbesserung der Situation bringen kann.

Ungeachtet der instabilen Lage stieg der Export von Erdöl aus Libyen im ersten Quartal 2018 von 500.000 bis 700.000 Barrel pro Tag im Frühling letzten Jahres auf ein Niveau von knapp einer Million Barrel pro Tag. Trotz dieses Umstandes hält die Währungskrise, die teils auf einem Mangel an Bargeld in Libyen und teils auf den täglichen Spekulation mit Wechselkursen und folglich dem Realwährungsverlust des libyschen Dinars basiert, weiterhin an. Noch immer prägen Menschenschlangen vor Geldinstituten das Straßenbild in vielen Gegenden Libyens. Die Regierung in Ostlibyen hat der Bargeldkrise entgegengewirkt, indem Millionen libysche Dinar in Russland gedruckt und importiert wurden. Doch die Spaltung in unterschiedliche parallele Institutionen in West- und Ostlibyen betrifft auch die Zentralbank, was ein koordiniertes Vorgehen gegen diese Probleme massiv erschwert.

Die südlichen Landesteile Libyens waren in den letzten Monaten zusehends Schauplätze militärischer Auseinandersetzungen. Der Kommandant des größten libyschen Milizenverbandes, der *Libyan National Army* (LNA), Feldmarschall Haftar, band wichtige Milizen aus Kufra und Sebha näher an sich, was teils mit Putschen innerhalb der Führung der Milizen einherging.

Außerdem setzte sich 2018 zunehmend der IS bzw. *al-Qaida* in Südlibyen fest. Ob eine tatsächliche „Abwanderung“ von IS-Mitgliedern aus Syrien und dem Irak nach Libyen stattfand, ist allerdings umstritten. Klar ist jedoch, dass der IS angesichts der Rückschläge in der Levante zunehmend durch Anschläge in Libyen versuchen wird, internationale Aufmerksamkeit zu erregen. Die USA setzen im Kampf gegen den IS in Nordafrika weiterhin auf gezielte Luftschläge gegen die Führungskader des IS und auch gegen seine Infrastruktur.

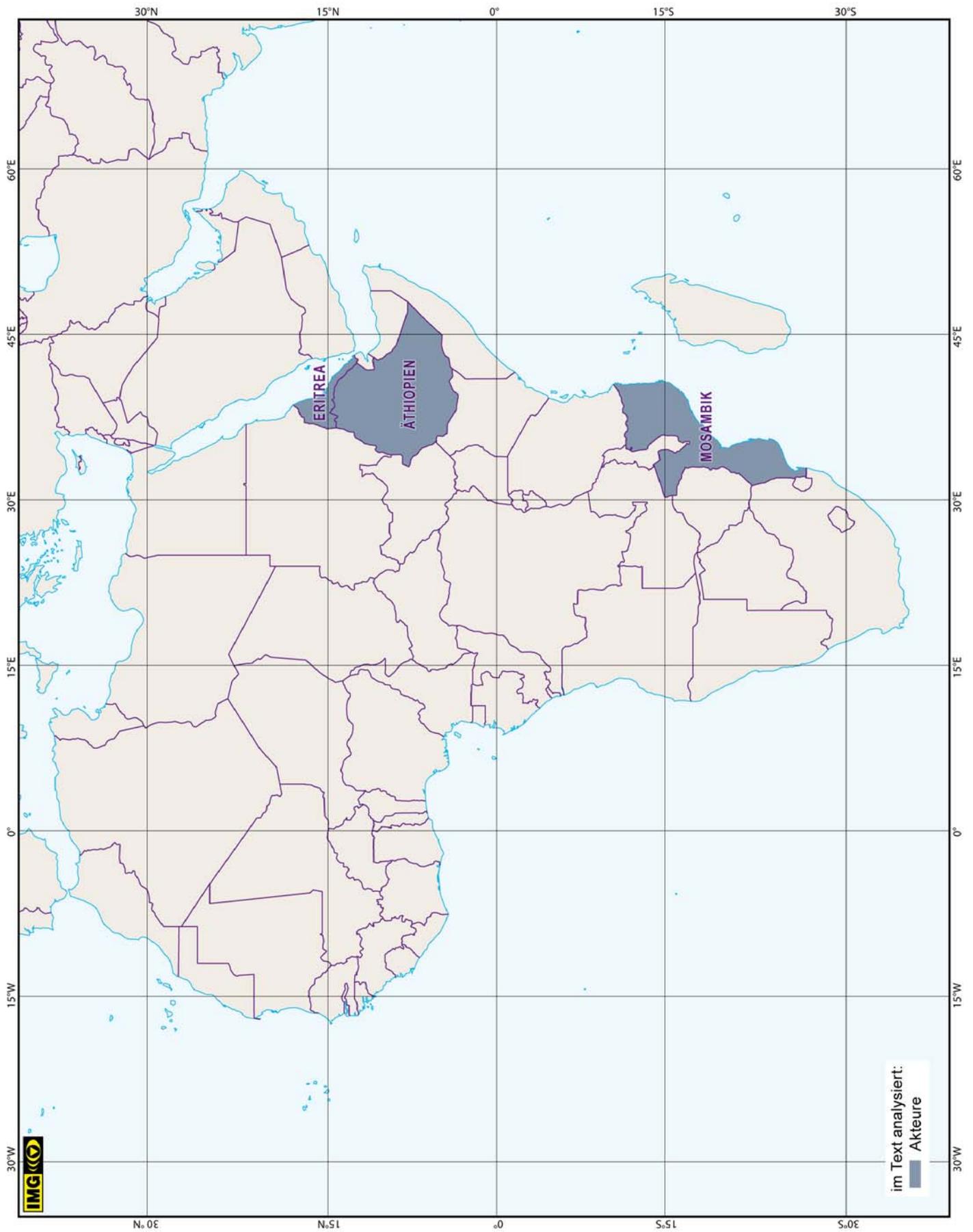
Zusätzlich zu den fast täglichen gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den diversen Milizen in Tripolis und der sich aufgrund von Streitigkeiten zwischen den einzelnen Fraktionen der LNA drastisch verschlechternden Sicherheitslage in Bengasi wurde 2018 das ostlibysche Derna zum Hauptschauplatz militärischer Auseinandersetzungen. Anfang Mai

kündigte Feldmarschall Haftar den Beginn einer Offensive seiner LNA auf Derna an. Die seit Monaten belagerte Stadt ist die einzige im Ostteil des Landes, die noch nicht unter Kontrolle der LNA steht. Derna gilt als Hochburg zahlreicher – vor allem ägyptischer – Dschihadisten, die über die letzten Jahre hinweg Derna als Rückzugsbasis für ihre Operationen nutzten.

Neben den wirtschaftlichen und politischen Problemen sowie den häufigen gewaltsamen Auseinandersetzungen, die den Alltag der Bevölkerung maßgeblich beeinträchtigen, verhindert ein fehlendes Rechtssystem das Fortschreiten des politischen Prozesses. Weder Serraj und Haftar noch die beiden rivalisierenden Regierungen in West- bzw. Ostlibyen agieren auf einer verfassungsrechtlichen Grundlage, die über die jeweiligen Einflusszonen hinaus anerkannt ist.

Dieses Faktum wird die Abhaltung von Wahlen, welche für den 10. Dezember 2018 geplant sind, bedeutend erschweren, da bis dato weder ein Wahlgesetz vorliegt noch eine Verfassung verabschiedet ist, auf deren Basis die gewählten Personen und Institutionen Libyen regieren können.

Zusätzlich bleibt der IS weiterhin in Libyen aktiv und wird alles daransetzen, den Übergang zu geordneten Verhältnissen durch Anschläge, wie jenen auf die Wahlkommission Anfang Mai 2018, zu verhindern.



Subsahara-Afrika

Subsahara-Afrika

Mozambique

Im Mai und Juni 2018 wurden im Norden von Mozambique in der Region Cabo Delgado mindestens 10 Menschen bei Angriffen auf zwei Dörfer geköpft und weitere getötet. Verantwortlich wird dafür eine islamistische Gruppe gemacht, die seit dem letzten Jahr sporadische Angriffe in dieser Region verübt. Als Grund vermuten Bewohner der Region, dass der Überfall ein Racheakt war, da Informationen über den Aufenthalt der Gruppe von einem lokalen Chief an die Polizei weitergegeben wurden.

Die Gruppe soll sich aus dem Verkauf von Holz und Edelsteinen finanzieren. Über ihre Herkunft gibt es mehrere Spekulationen. Selbst der Name der Gruppe ist nicht klar. Sie soll sich entweder Al-Shabaab oder Al-Sunna bezeichnen. Lokal wird die Gruppe, die es seit 2015 geben soll, Al-Shabaab genannt. Bisher gibt es jedoch keine Hinweise darauf, dass sie mit der gleichnamigen somalischen Gruppe in irgendeiner Beziehung steht. Es wäre also möglich, dass die Mitglieder der Gruppe aus der lokalen Bevölkerung rekrutiert werden. Der Anteil der Muslime beträgt in Mozambique offiziellen Angaben zufolge 17,8%, während Quellen der Religionsgemeinschaft von bis zu 30% sprechen.

Eine andere Erklärung spricht davon, dass die Mitglieder der Gruppe Anhänger eines radikalen Predigers in Kenia waren, der 2012 getötet wurde. Seine verbliebenen Mitstreiter sollen daraufhin in die Stadt Kibiti in Tansania an der Grenze zu Mozambique geflohen sein. Al-Shabaab/Al-Sunna ist jene islamistische Gruppe, die in Afrika am weitesten südlich operiert.

Die Polizei hat seit Oktober 2018 bereits mehr als 200 Menschen in Zusammenhang mit Anschlägen verhaftet, einige mutmaßliche Mitglieder der Gruppe wurden getötet und mehrere Moscheen geschlossen. Das Schließen der Moscheen wurde von lokalen islamischen Geistlichen befürwortet, da Anhänger dieser Gruppe aufgrund ihrer dubiosen Lehren (z.B. Verbot des Besuches von Schulen oder Krankenhäusern) nichts mit dem Islam zu tun hätten. Zudem wurde im Parlament ein Gesetz verabschiedet, das terroristische Aktivitäten mit bis zu 24 Jahren Gefängnis bestraft.

Die Region Cabo Delgado gilt als Zentrum für die Bergbau- und Erdölexploration. Anschläge und Übergriffe auf die Bevölkerung treffen auch die wirtschaftlichen Interessen des Staates. Zudem bemüht sich Mozambique, ein positives Image als Tourismusdestination aufzubauen. Daher sind die Maßnahmen und Reaktionen dementsprechend.

Äthiopien

Äthiopien hat seit April 2018 einen neuen Premierminister. Der 41-jährige Abiy Ahmed hatte bereits nach einer Woche im Amt Zeichen in Richtung Liberalisierung gesetzt. Beispielsweise wurde der Zugang zum Internet nach mehreren Monaten des Ausnahmezustands wiederhergestellt. Mit der Schließung eines berüchtigten Foltergefängnisses und der Enthftung vieler politischer Gefangener setzte der Premierminister ebenfalls Zeichen der Entspannung im Inneren. Die Tatsache, dass er selbst dem Volk der Oromo angehört, ist auch als politisches Signal an diese Gruppe zu verstehen. Die Oromo hatten während der letzten Jahre die Proteste gegen die Regierung intensiviert und könnten durch "ihren" Premierminister vermehrt auf politische Inklusion und Verhandlungslösungen setzen.

Die Geschwindigkeit, mit der der neue Premierminister Reformen ankündigt, hat viele Beobachter überrascht. Das Tempo der Ankündigung der innenpolitischen als auch die außen- und wirtschaftspolitischen Veränderungen ist in der Tat beeindruckend, allerdings wird die Umsetzung in allen Politikfeldern schwierig und einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen.

In einem weiteren Schritt entschied das Exekutivkomitee der Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF) Anfang Juni weitere, vor allem ökonomische Liberalisierungsschritte. Die äthiopische Volkswirtschaft soll sowohl für äthiopische als auch für ausländische Investoren geöffnet und Staatsunternehmen teilweise oder voll privatisiert werden. Dazu zählen Industrieparks, Eisenbahnprojekte, Zuckerfabriken, Hotels sowie Teile der verarbeitenden Industrie.

In einer wesentlichen Abkehr von der früheren wirtschaftspolitischen Ausrichtung werden auch Anteile an strategischen Unternehmen an nationale und internationale Investoren verkauft. Davon betroffen sind die nationale Fluglinie (Ethiopian Airlines), die staatlichen Monopole der Telekom, der Schifffahrtsindustrie und von Logistikunternehmen. Aber auch hydroelektrische Projekte werden teilprivatisiert. Der Staat wird allerdings in diesen Bereichen weiterhin die Mehrheit halten.

In einem weiteren Bereich wird Äthiopien die Öffnung des Landes ebenfalls vorantreiben. Die Visa-Pflicht für Afrikaner wird aufgehoben.

Militärisch plant Äthiopien den Aufbau von Seestreitkräften. Das Land unterhält derzeit ein ziviles Trainingsinstitut für Hochseeschifffahrt am Tanasee, wo jedes Jahr mehr als 500 Techniker ausgebildet werden. Die Kapazität soll in den nächsten Jahren auf mehr als 1.000 Auszubildende erhöht werden. Da Äthiopien seit der Trennung von Eritrea ein Binnenland ist, soll der

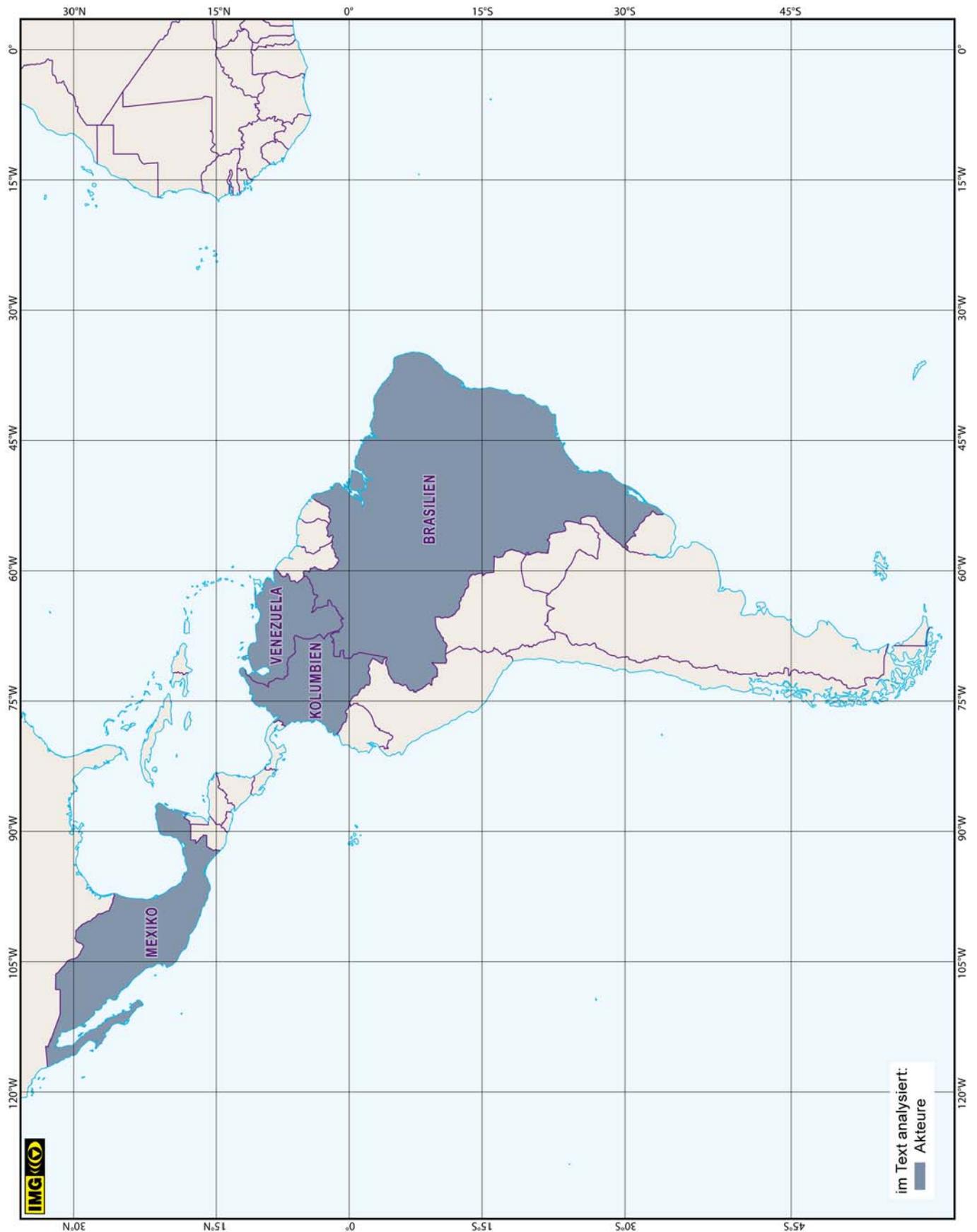
Hafen eines Nachbarlandes die äthiopischen Seestreitkräfte beherbergen. In Frage kommen mehrere Länder. Im Mai hat die Regierung ein Abkommen mit dem Sudan über die Entwicklung von Port Sudan geschlossen und mit Djibouti wurde vereinbart, in einem Swap-Geschäft Anteile von staatlichen Häfen, Fluglinien und Telekommunikationsunternehmen zu tauschen. In Kenia soll am Hafen von Lamu Land erworben werden, wie ein gemeinsames Communiqué von Premierminister Abiy und dem kenianischen Präsidenten Kenyatta bestätigt. Bereits Anfang 2018 übernahm Äthiopien Anteile an einem Hafen in Somaliland, der auch als Marinebasis für die Vereinigten Arabischen Emirate dienen wird. Der Hafen von Assab in Eritrea kommt bisher in den Überlegungen Äthiopiens nicht vor. Allerdings könnte sich das in den kommenden Monaten ändern.

Äthiopien/Eritrea

Das Exekutivkomitee der Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF) hat in einer etwas unerwarteten Entwicklung auch die Ergebnisse über den Grenzverlauf zwischen Eritrea und Äthiopien anerkannt, der durch eine im Vertrag von Algiers eingesetzte Grenzkommission (Eritrea Ethiopia Boundary Commission) festgelegt wurde. Damit könnte nach beinahe zwei Jahrzehnten eine Entspannung zwischen den beiden Staaten eingeleitet werden. Die Euphorie, die der äthiopischen Erklärung entgegengebracht wird, ist allerdings eindeutig verfrüht: Zwar ist es aus äthiopischer Sicht nur consequent, im Rahmen der politischen Änderungen unter Premierminister Abiy auch die Beziehungen zu Eritrea neu ordnen zu wollen. Politisch könnte es allerdings zu früh gewesen sein. Eritrea wurde von der öffentlichen Ankündigung überrascht. Die Überraschung lässt sich auch an der Reaktion Eritreas ablesen. Außer einem Tweet vom eritreischen Informationsminister gab es tagelang keine offiziellen Reaktionen. Zwar hatte es schon in den vergangenen Wochen Versuche gegeben, die Führung in Asmara zu kontaktieren, jedoch lehnte das eritreische Regime erst kürzlich eine saudische Vermittlung ab. Für die Führung Eritreas ist die äthiopische Entscheidung durchaus eine große politische Herausforderung. Äthiopien muss sich nun aus der Region um die Grenzstadt Badme zurückziehen. Was auf den ersten Blick als ein Sieg Eritreas aussieht, könnte sich im Endeffekt als Bumerang erweisen. Der äußere Feind hat sich während der letzten zwei Jahrzehnte für das Regime in Eritrea bewährt. Der Sicherheitsapparat konnte mit Repressionen gegen die Bevölkerung vorgehen, auch eine Verfassung wurde nie in Kraft gesetzt. Ein Friedensschluss mit Äthiopien könnte also die derzeitige Führung unter Druck bringen und die Forderungen nach einem Wandel im Land

verstärken. Eine eritreische Führung, die um ihr politisches Überleben kämpft, könnte sowohl im Inneren, aber auch in seiner Außenpolitik gewillt sein, die Hoffnung auf eine friedliche Lösung zu zerstören.

Äthiopien muss sich nun aus der Region um die Grenzstadt Badme zurückziehen. Für die Menschen, die in dieser Region leben, ist die Ankündigung des Premierministers ebenfalls überraschend gekommen. Es gab keine Konsultationen. Viele der in Badme lebenden Menschen sind Veteranen und sehen im Anerkennen der Grenze einen Verrat an den Überlebenden und Toten der Gefechte in den Jahren 1998 bis 2000. Auf äthiopischer Seite könnte aber auch die sensible ethnische Zusammensetzung in der Region zu innerstaatlichen Auseinandersetzungen führen. Erste Demonstrationen in der Irob-Region in der Provinz Tigray könnten in diese Richtung weisen.



Lateinamerika

Lateinamerika

Präsidentschaftswahlen

2018 fanden bzw. finden Präsidentschaftswahlen in vier wichtigen Ländern Lateinamerikas (Venezuela, Kolumbien, Mexiko, Brasilien) statt. Der soziale und politische Kontext, in dem diese Wahlen stattfinden, ist komplex und mit zahlreichen Herausforderungen verbunden. Die Verschärfung sozialer Konflikte, die hohe Unsicherheit der Bürger und schwere Korruptionsskandale werden in mehreren Ländern der Region weiterhin Probleme der Regierbarkeit mit sich bringen. In Bezug auf die Wirtschaft wird das Wachstum zwar besser als im letzten Jahr, aber weiterhin schwach sein (2,2 % laut ECLAC, der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik). Ein solches Wachstum reicht nicht aus, um den wachsenden Anforderungen der Mittelschicht gerecht zu werden und dafür zu sorgen, dass Armut und Ungleichheit, die in Lateinamerika zu den höchsten der Welt gehören, zurückgehen.

In **Venezuela** hat der amtierende Präsident Nicolás Maduro die Wahlen am 20. Mai 2018 in einem umstrittenen Wahlgang gewonnen. Die offizielle Wahlbeteiligung wurde mit 46 % angegeben, deutlich weniger als die etwa 80 % bei den letzten beiden Präsidentschaftswahlen. Das Land leidet unter Hyperinflation und Misswirtschaft und ist von den internationalen Kreditmärkten abgeschnitten. Selbst die Ölindustrie, die als einzige Devisen ins Land bringt, befindet sich im freien Fall mit weiter sinkender Produktion. Zudem verbot US-Präsident Donald Trump nach den Wahlen US-Bürgern, Schuldscheine zu kaufen, die von der venezolanischen Regierung ausgegeben werden, einschließlich Schuldscheine der staatlichen Ölgesellschaft PDVSA.

Nach Angaben des UNHCR stieg die Zahl der venezolanischen Asylbewerber weltweit seit 2014 um 2000 %. Über 94.000 Venezolaner suchten allein 2017 in anderen Staaten um Asyl an, während Hunderttausende unter anderen Rechtstiteln ihr Heil anderswo suchten. So kamen seit 2017 52.000 Menschen in Brasilien an. Venezuela, das jahrelang Flüchtlinge aus anderen Staaten – vor allem aus Kolumbien – aufnahm, gilt inzwischen als Land mit der am schnellsten steigenden Flüchtlingsquote der Welt.

In **Kolumbien** fand Ende Mai 2018 die erste Runde der Präsidentschaftswahl statt. Iván Duque, ein konservativer Hardliner, gewann mit 39% den größten Anteil der Stimmen, wenngleich er nicht die 50% erreicht hat, die für den Sieg in der ersten Runde erforderlich gewesen wären. Zweiter wurde mit 25% Gustavo Petro, ein Linker und ehemaliger Bürgermeister von Bogotá. Da keiner der Kandidaten

die erforderliche Mehrheit erreichten, kam es am 17. Juni zur Stichwahl, die Duque mit knapp 54 % der abgegebenen Stimmen gewann. Duque hatte vor allem in ländlichen Regionen Erfolge, während Petro in den großen Städten vorne lag.

Dies war die erste Präsidentschaftswahl seit einem Friedensabkommen zwischen der Regierung und der linken Rebellengruppe der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) 2016. Dieses Abkommen beendete formell einen fünf Jahrzehnte dauernden Krieg, in dem 220.000 Menschen starben und 7 Millionen vertrieben wurden. Es gelang jedoch nicht, die Bevölkerung von der Wichtigkeit des Friedensabkommens zu überzeugen, da diese einen ersten Entwurf des Abkommens im Oktober 2016 in einem Referendum mit 50,22 % der Stimmen ablehnten. Die Präsidentschaftswahl galt daher auch als Zeichen der Zustimmung oder Ablehnung des Friedensprozesses.

Dieser war die Initiative des scheidenden Präsidenten Juan Manuel Santos, der für seine Leistung den Friedensnobelpreis erhielt, aus verfassungsrechtlichen Gründen aber nicht nochmals kandidieren konnte. Duque lehnte den Friedensvertrag klar ab; sein Mentor und Verbündeter ist der ehemalige Präsident Álvaro Uribe, der den Friedensprozess seit langem scharf kritisiert hatte. Der unterlegene Kandidat Petro hingegen hatte einst selbst einer (längst aufgelösten) linken Guerilla-Gruppe angehört und unterstützte das Friedensabkommen.

In **Mexiko** stehen am 1. Juli Präsidentschaftswahlen an. Der linksgerichtete Kandidat Andrés Manuel López Obrador hat eine solide Führung. Die jüngste Umfrage der mexikanischen Zeitung *Reforma* gab dem Spitzenreiter einen 2:1-Vorteil gegenüber seinem nächsten Rivalen Ricardo Anaya von der konservativen Oppositionspartei *Partido Accion Nacional* (PAN), während der Kandidat der Regierungspartei *Partido Revolucionario Institucional* (PRI), José Antonio Meade, nur auf dem 3. Platz liegt. Alles deutet darauf hin, dass López Obrador, der ehemalige Bürgermeister von Mexico City, nach zwei erfolglosen Versuchen diesmal die Wahlen gewinnen könnte. Er hat sich insbesondere dem Kampf gegen die weit verbreitete Korruption verschrieben, fördert die landwirtschaftliche Entwicklung und hat die Bereitschaft signalisiert, mit US-Präsident Trump ein Abkommen über das derzeit strittige Thema Migration zu schließen.

López Obrador profitiert von der gegenwärtigen Stimmung in Mexiko, die durch Enttäuschung über Korruption, Gewalt und wirtschaftlichen Abschwung geprägt ist. Laut Angaben der *New York Times* hat die aktuelle mexikanische PRI-Regierung genug Beweise, um Beamte wegen ihrer Verbindungen zum Odebrecht-Korruptionsskandal anzuklagen, sieht aber davon ab, um nicht dem eigenen Kandidaten vor den Wahlen zu

schaden. Odebrecht ist ein brasilianischer Bauriese, der im Zentrum von mehreren Korruptionsfällen in verschiedenen lateinamerikanischen Staaten steht. (Unter anderen deswegen musste der peruanische Präsident Pedro Pablo Kuczynski zurücktreten.) Mexikos Wahlkampf ist der blutigste seit Jahrzehnten mit über hundert toten Kandidaten, Politikern oder Amtsträgern seit dem Beginn der Wahlkampagne im vergangenen September.

Brasilien durchläuft ebenfalls eine seiner schwierigsten Krisen seit der Wiedererlangung der Demokratie im Jahre 1985. Die Wirtschaft erholt sich nur langsam, die Kriminalitätsraten steigen, und die Korruption bleibt endemisch. Die Präsidentschaftswahlen sind für den 7. Oktober vorgesehen.

In den letzten zwei Jahren hat die brasilianische Währung ein Viertel ihres Wertes verloren, Die Arbeitslosenquote liegt weiterhin bei über 12 % und der Mangel an Wirtschaftsreformen behindert ausländische Investitionen, die wesentlich dazu beigetragen haben, die Wirtschaft in den letzten Jahren über Wasser zu halten. Die Ermordung der Aktivistin und Lokalpolitikerin Marielle Franco am 14. März 2018 war ein weiteres Indiz für die sich verschlechternde Sicherheitslage im Land, insbesondere für die ärmere und schwarze Bevölkerung.

Anfang April wurde der ehemalige Präsident Brasiliens, Luiz Inácio „Lula“ da Silva, in das Hauptquartier der Bundespolizei der Stadt Curitiba eingeliefert, wo er eine Haftstrafe von 12 Jahren wegen Korruption absitzen soll. Er wurde für schuldig befunden, von der Firma Odebrecht ein fast 1,1 Mio. US-\$ teures Appartement im Gegenzug für die Vermittlung von Geschäftskontrakten erhalten zu haben. Seitdem führt Lula den Kampf um seine Wiederwahl vom Gefängnis aus; er ist nach der jüngsten Umfrage von Datafolha mit 30 % weiterhin der populärste Präsidentschaftskandidat, 13 Prozentpunkte vor dem ultrakonservativen Abgeordneten Jair Bolsonaro, seinem engsten Rivalen. Auf Platz drei liegt seine ehemalige Verbündete und einstige Umweltministerin unter Lula, Marina Silva, mit 20 Prozentpunkten hinter Lula. Lulas beide Amtszeiten waren geprägt von sozialen Programmen, die die Lage von Millionen von Brasilianern deutlich verbesserten.

Der chinesische Einfluss in Lateinamerika

Der strategisch-wirtschaftliche, aber auch militärische Einfluss Chinas in Lateinamerika wächst immer stärker. So wird China 2019 Gastgeber des Gouverneursrates der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) sein. Angekündigt wurde dies auf der letzten jährlichen Sitzung des Vorstands im März 2018 in Mendoza (Argentinien). Die IDB hat in Zusammenarbeit mit den chinesischen Behörden Chengdu, die Hauptstadt der südwestchinesischen Provinz Sichuan, als

Gastgeberstadt ausgewählt, obwohl China nur 0,004 % Anteile der Bank (im Vergleich zu den 30 % der USA) hält. Ähnlich wie in Afrika wächst der wirtschaftliche Einfluss Chinas in Lateinamerika auch deshalb, weil das asiatische Land Kredite ohne Bindungen an „westliche Werte“ (wie Rechtsstaatlichkeit oder Menschenrechte) vergibt. Dies zeigte sich am deutlichsten im Energiesektor, wo China in Lateinamerika seit 2005 mehr als 105 Mrd. US-\$ investiert hat. Mehr als die Hälfte davon konzentriert sich auf Venezuela. China finanzierte Öl-für-Kredit-Abkommen, um sich den direkten Zugang zu Venezuelas riesigen natürlichen Ressourcen zu sichern.

Darlehen für Infrastrukturprojekte in ganz Lateinamerika haben fast ausschließlich Projekte für chinesische Unternehmen finanziert, die oft von chinesischen Arbeitskräften durchgeführt werden. China versucht auch, den kulturellen Einfluss in der Region auszubauen, indem das Netz der staatlichen Konfuzius-Institute mit Förderprogrammen für Studierende und Journalisten auf dem Kontinent ausgebaut werden. Dieser Einfluss kann auch daran abgelesen werden, dass heuer Costa Rica, Panama und die Dominikanische Republik die Volksrepublik China formell anerkannten (und sich von Taiwan abwendeten). Aktuell unterhalten nur noch zehn Länder in der westlichen Hemisphäre (Belize, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Haiti, St. Kitts und Nevis, St. Vincent und die Grenadinen, St. Lucia und Paraguay) diplomatische Beziehungen mit Taiwan.

IBSAMAR – ein trikontinentales Manöver

Wie jährlich seit 2008 halten Indien, Brasilien und Südafrika auch dieses Jahr, im Oktober 2018, ihre gemeinsamen IBSAMAR-Marine-Manöver (India-Brazil-South Africa Maritime) ab. Dies gab die brasilianische Marine Ende Mai 2018 bekannt. Zum sechsten Mal finden diese Manöver vor den Küsten Südafrikas statt; Brasilien stellt die Corvette „Barroso“, einen Helikopter und Kampftaucher. Diese regelmäßigen Manöver erfolgen im Rahmen des IBSA-Dialogforums, eines Koordinierungsmechanismus der drei Länder, dessen politische Bedeutung allerdings durch die internen politischen Krisen abgenommen hat. Diese militärische Zusammenarbeit hat sich wegen der gemeinsamen Interessen Brasiliens und Südafrikas im Südatlantik und im Arabischen Meer vis-à-vis China erhalten.

Kolumbien als globaler Partner der NATO

Als erstes lateinamerikanisches Land wurde Kolumbien im Juni 2018 „globaler Partner“ der NATO im Zuge eines Europa-Besuchs des damaligen Präsidenten (und Friedensnobelpreisträgers) Juan Manuel Santos. *„Der Beitritt von Kolumbien zur NATO verbessert das Image unseres Landes und gewährt uns mehr Spielraum im internationalen*

Kontext,“ sagte Manuel Santos dazu. „Globale Partner“ der NATO kooperieren mit dem Bündnis, sind aber keine vollwertigen Mitglieder; dazu gehören Afghanistan, Australien, der Irak, Japan, die Mongolei, Neuseeland, Pakistan und Südkorea.

Seit Jänner 2013 beteiligt sich das kolumbianische Verteidigungsministerium aktiv an der *Building Integrity Initiative*, mit der die NATO die Bündnispartner und Partnerländer bei der Förderung und Umsetzung der Grundsätze der Integrität, Transparenz und Rechenschaftspflicht in Verteidigungsinstitutionen unterstützt. Im Bereich der Weiterbildung haben kolumbianische Soldaten an verschiedenen Kursen der NATO-Schule in Oberammergau und des NATO-Verteidigungskollegs in Rom (Italien) teilgenommen. Im Jahr 2015 unterstützte Kolumbien mit einem Schiff den maritimen Einsatz der NATO gegen die Piraterie am Horn von Afrika. Mit Blick auf die Zukunft könnte die NATO Expertise zur Entwicklung der Interoperabilität der kolumbianischen Streitkräfte mit jenen der NATO-Staaten im Einklang mit NATO-Normen anbieten, was auch eine mögliche stärkere kolumbianische Beteiligung an den Operationen und Missionen der Vereinten Nationen erleichtern könnte (aktuell – Zahlen vom 31. Mai 2018 – stellt Kolumbien nur drei Offiziere und zwei Polizisten zu UN-Einsätzen sowie ein Bataillon mit ca. 275 Soldaten zur *Multinational Force and Observers* (MFO) im Sinai, hat aber Ambitionen auf die Entsendung von bis zu 5000 Soldaten). Des Weiteren soll im Bereich der Drogenbekämpfung intensiver zusammengearbeitet werden.

Ablehnung zu dieser NATO-Partnerschaft kommt nicht nur aus dem Nachbarland Venezuela, das eine US-Invasion befürchtet; auch andere (linksgerichtete) Regierungen wie in Bolivien, Ecuador, Kuba und Nicaragua sehen darin eine Verletzung der Bestimmungen des Tlatelolco-Vertrags über das Verbot von Nuklearwaffen in Lateinamerika, der Erklärung von Havanna der UN-Kommission für Lateinamerika und die Karibik (CELAC), die Lateinamerika und die Karibik zur Friedenszone proklamierte, sowie der Erklärung Südamerikas zur „Friedenszone“ im Rahmen des Südamerikanischen Verteidigungsrats der Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR).

Für die NATO-Partnerschaft Kolumbiens waren auch innenpolitische Gründe mitverantwortlich. Das durch den langen Bürgerkrieg überdimensionierte Militär sucht angesichts des Friedensprozesses mit der FARC nach neuen Aufgaben – insbesondere im internationalen Umfeld, wie dies schon frühere Einsätze im Rahmen der UNO oder die Stellung eines Schiffes zur NATO-Operation vor Somalia gezeigt haben. Außerdem müssen rund 14.000 ehemalige Rebellen integriert werden. Die Zusammenarbeit mit der NATO kann auch als Argument dienen, die traditionell sehr starken

Verteidigungsausgaben hoch zu halten oder sogar auszubauen.

Die EU wird zudem den Friedensprozess in Kolumbien mit 15 Mio. € für den Zeitraum von 2018 bis 2020 unterstützen, wobei insbesondere jene Regionen gefördert werden sollen, die vom bewaffneten Konflikt besonders betroffen waren.

Cyber-Lage

Die Cyber-Bedrohungslage des ersten Halbjahres 2018 ist durch einen Anstieg erkannter Cyber-Spionage-Operationen um mehr als 50 % gegenüber den Jahren zuvor gekennzeichnet. Ein plausibler Grund dafür ist aus der Datenlage nicht vollständig erklärbar, doch dürfte die umfassende Berichterstattung der Medien mitspielen. Einzelne Staaten beschuldigen wohl auch andere Länder, derartige Spionage-Operationen durchzuführen, um von eigenen Tätigkeiten in diesem Bereich abzulenken oder um Entscheidungen bei Abstimmungen oder Wahlen zu diskreditieren.

Auffällig war im Beobachtungszeitraum, dass in etwa einem Viertel der erkannten Cyber-Spionage-Vorfälle keine Hinweise auf Angreifer oder Täter gefunden werden konnten. Dies lässt auf eine hohe Professionalität der Akteure und einen hohen Aufwand für die Tarnung der Operationen schließen, was wiederum den Schluss auf staatliche Akteure zulässt. Weiters konnten Tätergruppen beobachtet werden, die sowohl Spionage-Angriffe als auch Angriffe mit Bereicherungsabsicht durchgeführt haben.

In einigen Fällen gelangten – sowohl bei staatlichen als auch bei privatwirtschaftlichen Stellen – durch leichtsinnigen Umgang mit vertraulichen Informationen enorme Datenmengen in den Besitz der Angreifer. Im Zusammenhang damit sind auch Vorfälle mit „abhanden gekommenen“ Schadprogrammen/Exploits von staatlichen Institutionen und Unternehmen zu sehen, welche weltweite Auswirkungen auf IKT-Systeme hatten.

Besondere mediale Aufmerksamkeit erregten Versuche zur Beeinflussung von Meinungen der Bevölkerung im Kontext verschiedener Vorgänge in der EU und den USA, mutmaßlich durch die Russische Föderation, unter Nutzung der sozialen Medien und der zeitlich gesteuerten Veröffentlichung von brisanten ausgespähten Informationen.

Als Angriffsvektor wurde häufig der Weg über Zulieferer/Lieferanten und Firmen genutzt, die Software zur Verfügung stellen. Dies hängt vermutlich mit verbesserten Absicherungsmaßnahmen beim eigentlich Ziel zusammen. Die Täter investieren vor dem eigentlichen Angriff viel Zeit in die Aufklärung der Ziele, was wiederum für staatliche Akteure spricht.

Akteure

Nach wie vor ist eine beweiskräftige Zuordnung von Cyber-Operationen zu bestimmten Tätern oder gar zu staatlichen Akteuren technisch äußerst schwierig. Ohne gesicherte Daten auf der Basis von wenigen Indizien obliegt es meist der politischen Beurteilung, wem die Tat vorgeworfen wird. Gelegentlich entsteht der Eindruck, dass Staaten beschuldigt werden, ohne Beweise vorzulegen, um von eigenen offensiven Cyber-

Handlungen abzulenken. Als Akteure nennen internationale Darstellungen an der Spitze die Russische Föderation, gefolgt von der VR China, den USA und dem Iran. Jedoch ist bei etwa einem Viertel der Angriffe vollkommen unbekannt, wer dahinterstecken könnte. Dies dürfte an den weiter gestiegenen Fähigkeiten professioneller Akteure liegen, ihre Spuren zu verwischen, womit sie die Schwierigkeit der Attribution, also der Zuordenbarkeit von Angriffen zu einem bestimmten Akteur, erhöhen. Überhaupt lässt sich vermuten, dass die Dunkelziffer erfolgreicher Spionage-Operationen noch wesentlich höher sein dürfte.

Bei Akteuren, die der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nord-Korea) zugerechnet werden, wurde einerseits eine Zunahme von Ausspähversuchen festgestellt. Andererseits dürften sich einige Gruppierungen vorwiegend mit der Erbeutung von Geldmitteln beschäftigen (z.B. über Kryptowährungen, Überweisungen zwischen Bankinstituten, Kreditkartenzahlungen, etc.), möglicherweise um die Devisenschwäche des Staates zu verringern.

Als neuer Akteur wird hinter mehreren Spionage-Vorfällen Vietnam vermutet, was auf gesteigerte Fähigkeiten und eine Ausrichtung auf diesen Bereich hindeutet. Zusätzlich scheint Vietnam beträchtliche Fähigkeiten zur Überwachung der eigenen Bevölkerung und vor allem regimekritischer Individuen sowie Organisationen aufgebaut zu haben.

Andere Staaten, denen jeweils ein Spionageangriff zugeordnet wurde, sind Deutschland, Frankreich, Israel, die Republik Korea (Süd-Korea) und Äthiopien.

Im Zusammenhang mit den Diskussionen über die (Nicht-)Einhaltung des Abkommens zum iranischen Atomprogramm veröffentlichten westliche IT-Sicherheitsunternehmen eine Reihe von Berichten zu mutmaßlich iranischen Spionage-Gruppierungen. Die darin beschriebenen Akteure sind überwiegend schon früher in Erscheinung getreten. Die identifizierten Operationen zeigen, dass der Iran im Cyber-Bereich durchaus das Potential hat, strategisch relevante Informationen zu gewinnen, wobei der Fokus naturgemäß auf den Hauptgegnern Saudi-Arabien, Israel und den USA liegt sowie auf der Überwachung der eigenen Bevölkerung.

Ein Grund für die auffällige Häufung der Berichte über iranische und nordkoreanische Cyber-Operationen in westlichen Ländern könnte auch sein, dass diese zur Stimmungsmache vor dem Hintergrund der politischen Konflikte mit den USA publiziert wurden. Zusätzlich warnten US-amerikanische Behörden im Herbst 2017 mittels Aussendung vor Angriffen eines bestimmten Akteurs, der bereits im November 2014 mit Angriffen gegen Sony Pictures Entertainment aufgefallen ist, und ordneten diesen der Regierung der Demokratischen Volksrepublik Korea zu. Dies ist insofern

bemerkenswert, als damit Behörden der US-Administration offiziell einen Staat beschuldigten, Angriffe mit IKT-Mitteln gegen US-Organisationen durchgeführt zu haben. Dies ist in Anbetracht des seit Monaten stattfindenden Säbelrasselns beider Staaten als weitere Eskalation der Drohgebärden zu sehen.

Staatliche Bemühungen zur Überwachung von Regierungskritikern

Bezüglich der Überwachung bzw. Ausspähung der eigenen Bevölkerung und der damit verbundenen Unterdrückung von regimiekritischen Bewegungen hat es vermutlich vor allem in der Russischen Föderation, der VR China, dem Iran und in Vietnam bemerkenswerte Fortschritte beim Aufbau entsprechender Kapazitäten gegeben. Nach mehreren vor allem für die National Security Agency (NSA) und die Central Intelligence Agency (CIA) unangenehmen und/oder peinlichen Veröffentlichungen über verwendete Schadprogramme und Vorgehensweisen ist aber auch bei mehreren westlichen Sicherheitsbehörden ein Trend zur strengeren Überwachung und Kontrolle zur Verhinderung von Informationsabflüssen erkennbar.

Cyber-Spionageziele

Bezüglich der betroffenen Sektoren/Bereiche zeigt sich ein eindeutiges Schwergewicht im Umfeld der Politik/Regierungen und des diplomatischen Dienstes (etwa ein Viertel aller Vorkommnisse). Bereits an zweiter Stelle als Ziel von Spionage-Tätigkeiten mit IKT-Mitteln steht der Bereich Streitkräfte; dies betrifft sowohl militärische Strukturen/Netzwerke als auch Angehörige und deren persönliches Umfeld.

Danach folgen in absteigender Reihenfolge die Bereiche:

- Forschung (klassische Wirtschafts- bzw. Industriespionage)
- Telekommunikationsunternehmen und Finanzinstitute (Spionage mit finanzieller Motivation z.B. durch Insiderhandel, oder zur Aufklärung von Geldströmen im terroristischen Umfeld)
- Energie (Aufklärung für Sabotage und Abziehen von Know-how)
- High-Tech-Produktion (klassische Wirtschafts-/Industriespionage sowie Erpressung durch die Androhung der Veröffentlichung von Know-how oder dem Einsatz von Ransomware)
- Rüstungsunternehmen (klassische Wirtschafts-/Industriespionage und strategische Informationsgewinnung)
- Consulting (als Supply-Chain-Vektor, um Kunden der Beratungsunternehmen zu erreichen, oder um gesammelte/aggregierte Informationen über Konkurrenz bzw. Kunden zu bekommen)

- IT-Dienstleister (ähnlich wie Telekom-Unternehmen als Glied in der Versorgungskette, um Kunden zu erreichen bzw. um eine sehr große Anzahl an Zielen auf einmal zu treffen)
- Luftfahrt (klassische Wirtschafts-/Industriespionage und strategische Informationsgewinnung)
- Erdöl (klassische Wirtschafts-/Industriespionage und strategische Informationsgewinnung)
- Medien (einerseits um Oppositionelle, Dissidenten, Regimekritiker auszumachen, andererseits zur Aufklärung für InfoOps/PSYOPS und Streuung von Falschinformationen).

PSYOPS und Cyber-Konflikt

Die Thematik PSYOPS („Psychologische Operationen“) ist nicht sauber vom Bereich Cyber-Konflikt zu trennen und setzt sich aus einer Schnittmenge von Methoden des Cyber-Konflikts und der Cyber-Spionage zusammen. Eine tatsächliche Konfrontation via IKT-Mitteln war im Berichtszeitraum nicht zu beobachten; maximal konnten Vorstufen bzw. eventuelle Vorbereitungshandlungen und Techniken der psychologischen Kriegführung identifiziert werden.

Die durch westliche Medien dargestellte versuchte Beeinflussung von Meinungen im Kontext verschiedener Vorgänge in der EU (z.B. beim Brexit-Votum oder bei der Katalonien-Krise) und den USA durch die Russische Föderation mit Mitteln der Sozialen Medien und der zeitgerechten Veröffentlichung von ausgespähten brisanten Informationen ist sehr wahrscheinlich. Es darf aber nicht außer Acht gelassen werden, dass andere Staaten, in vielen Fällen auch solche, die als Partner angesehen werden, ähnliche Vorgehensweisen zur Durchsetzung eigener Interessen auf verschiedenste Art und Weise anwenden. Dass westliche Medien und die Öffentlichkeit die Wirksamkeit von Sozialen Medien für breit gestreute Meinungsmache teilweise erst jetzt erkennen und als russische Erfindung bzw. Alleinstellungsmerkmal wahrzunehmen scheinen, stimmt allerdings bedenklich. Seit März 2014 kommt es in den USA regelmäßig zu öffentlichen Protesten und Demonstrationen gegen polizeiliche Gewalt, die vor allem gegen Menschen dunkler Hautfarbe gerichtet ist. Diese Massenkundgebungen uferten in der Vergangenheit oftmals in gewalttätige Szenarien und Ausnahmezustände aus. Im Berichtszeitraum behaupteten prominente US-Medien, dass in Teilen Akteure der Russischen Föderation genau diese Thematik genutzt hätten, um Meinungen von bestimmten Bevölkerungsschichten zu beeinflussen und Stimmungen zu schüren. In mehreren Fällen wurde die „Internet Research Agency“ beschuldigt, hinter solchen Aktionen zu stehen und – etwa als vorgetäuschter Teil der „Black-Lives-Matter“-Bewegung – seit spätestens März 2016 über verschiedene Social-Media-Kanäle und

Webseiten (z.B. „Donotshoot(.)us“) Stimmungsmache zu betreiben. Diese Vorkommnisse decken sich mit Informationen, die über russische Verfahren der Informationskriegführung bekannt sind; dies umfasst die Begriffe „information confrontation“ und „information operations“. Der oftmals synonym verwendete bzw. einen Teilaspekt beschreibende Begriff PSYOPS, der von russischer Seite u.a. in Maßnahmen zur Unterwanderung der Moral der gegnerischen Bevölkerung und Streitkräfte gesehen wird, trifft bei den beschriebenen Vorkommnissen mindestens in Teilen ebenfalls zu. Diese Operation kann aus mehreren Gründen mit hoher Wahrscheinlichkeit der Russischen Föderation zugeordnet werden. Einerseits deuten die Indizien (z.B. versendete Dokumente) auf eine russische Urhebererschaft hin – andererseits waren in der Vergangenheit in Europa bereits ähnliche Vorgangsweisen zur Beeinflussung der Meinung verschiedener Bevölkerungsschichten, bei denen russische Medien bzw. mit der Russischen Föderation assoziierte Medienkanäle involviert waren, zu beobachten. Beispielsweise sei hier die angebliche Vergewaltigung der deutsch-russischen Lisa im Frühjahr 2016 in Verbindung mit der darauffolgenden Stimmungsmache gegen Flüchtlinge in Deutschland erwähnt².

Angriffsmethodik

Wie schon in den vergangenen Jahren konnte in den meisten Fällen Spear-Phishing per E-Mail und angehängter Schadprogramme oder Links zu kompromittierten Webseiten als Angriffsvektor registriert werden. Auch die Vorgehensweise – eine Kombination von Typo-Squatting und Water-Hole-Angriffen – konnte wieder in vielen Fällen beobachtet werden. Beim Typo-Squatting wird der Betroffene auf eine täuschend ähnliche Webseite gelockt, deren Adresse (URL) fast ident mit jener der originalen Webseite ist (z.B.: derstandard-news.at statt derstandard.at). Bei Water-Hole-Angriffen sind gefälschte Webseiten auf bestimmte Ziel-Personen ausgerichtet. Im Bereich der Verschleierung von Angriffen wurde beobachtet, dass immer mehr professionelle Akteure Steganographie-Funktionen zum Nachladen von weiteren Komponenten oder zum Extrahieren von Informationen einsetzen. Steganographie-Funktionen sind die verborgene Speicherung von Informationen – in diesem Fall

weiteren Schadprogrammkomponenten – in einem bestimmten Trägermedium wie etwa einem Bild in Form einer JPG- oder GIF-Datei.

Besonders markant fielen Angriffe über Zulieferer/Lieferanten und Firmen, die Software zur Verfügung stellen, auf. Einer dieser Fälle, bei welchem eine potentiell schadensverursachende Version eines Gratis-Programms den Anwendern zum legitimen Download von den Servern des ursprünglichen Herstellers angeboten wurde, stellt ein Paradebeispiel für solche Supply-Chain-Angriffe dar. Im konkreten Fall war allerdings beeindruckend, in welchem Ausmaß die Kompromittierung von 2,27 Millionen Usern mit dem Aufklärungswerkzeug der Angreifer erfolgte, indem der Anbieter der Gratis-Software kompromittiert und über dessen legitime Webseite ein Update verteilt wurde, welches potentiell Schaden verursachte.

Weiters konnte bei mindestens zwei Ländern in mehreren Fällen ein bis dato selten beobachteter Angriffsvektor erkannt werden, bei welchem sehr wahrscheinlich die Internet Service Provider (ISP) der jeweiligen Länder bei der Kompromittierung der Ziel-Systeme beteiligt waren. Wenn Internet Service Provider in die Zusammenarbeit zur Kompromittierung von IKT-Systemen eingebunden sind, ist die Erkennung einer Ausspähung als höchst unwahrscheinlich einzustufen.

Die massenhafte Versendung von E-Mails mit entsprechend gestalteten Köderdokumenten an Tausende Zielpersonen stellt eine Methode dar, die bereits in den Vorjahren vor allem von russischen Akteuren zum Einsatz gebracht worden ist und die weiterhin Relevanz hat, da sie anscheinend nach wie vor erfolgreich ist. Im Berichtszeitraum wurde bekannt, dass Tausende GMAIL-User in über 100 Ländern im Mittelpunkt standen. Diese Operation ging höchst wahrscheinlich von der Russischen Föderation aus, verfolgte aber im Gegensatz zur medialen Berichterstattung, die diese als äußerst spektakuläre Spionage-Kampagne darstellte, einen äußerst simplen technischen Ansatz, nämlich das schlichte Abziehen von Zugangsdaten zu E-Mail-Accounts. Die beobachtete Auswertung und gezielte Verteilung der dadurch generierten Informationen war höchstwahrscheinlich dem Umstand geschuldet, dass die Absicht in Teilaspekten (beispielhaft sei hier der US-Wahlkampf genannt) über eine reine Spionage-Operation hinausging und eigentlich in der Beeinflussung der öffentlichen Meinung lag (siehe oben bei PSYOPS und Cyber-Conflict).

Zusätzlich wurde ein Phänomen beobachtet, dass bis dato vernachlässigt worden ist: Schadprogramm-Komponenten verschiedener, voneinander unabhängiger Akteure wiesen sehr große Gemeinsamkeiten auf. Diese beschriebenen Ähnlichkeiten im Source-Code sind wahrscheinlich

² Im Jänner 2016 verschwand in Deutschland das 13-jährige Mädchen Lisa auf dem Weg zur Schule, woraufhin die deutsch-russischen Eltern eine Vermisstenanzeige erstatteten. Am darauffolgenden Tag tauchte Lisa wieder auf und behauptete, von „südländisch ausschauenden“ Männern vergewaltigt worden zu sein, was sich später als Lüge herausstellte. In russischen Staatsmedien wurde dieser Fall hochgespielt, indem Flüchtlinge als Täter dargestellt und den deutschen Strafverfolgungsbehörden absichtliche Untätigkeit vorgeworfen wurde, was zu einer Reihe fremdenfeindlicher Demonstrationen führte.

darauf zurückzuführen, dass verschiedene Gruppierungen sich öffentlich verfügbarer Quellen bedienen, um aus leicht verfügbarer Software Angriffswerkzeuge zu bauen. Diese Vorgehensweise spart sehr viel Zeit in der Entwicklung und ist wahrscheinlich weiter verbreitet, als allgemein bekannt.

Bildnachweis

S. 6: Screenshot; Donald Trump, Tweet vom 3. Jänner 2018

S. 7: Foto: Airman 1st Class Tiffany A. Emery / Air National Guard, F-15E Strike Eagles get in formation behind a KC-135 Stratotanker after refueling in Ohio, June 15, 2018. The Strike Eagles are with the 4th Fighter Wing and the Stratotanker is with the 121st Air Refueling Wing. URL: <https://www.defense.gov/Photos/Photo-Gallery/igphoto/2001933451/>, zuletzt eingesehen am 22.06.2018

S. 7: Foto: Gnovick, Container ship is unloaded at the Napoleon Avenue terminal at the Port of New Orleans, licensed under the Creative Commons Attribution 3.0 License. , URL: https://en.wikipedia.org/wiki/File:Container_ship_New_Orleans.jpg, zuletzt eingesehen am 22.06.2018

S. 8: Graphik: Jedlaucnik, Herwig: Entwicklung der NATO-Militärausgaben als prozentueller BIP-Anteil 2010-2017

S. 9: Graphik: U.S. Trade balance, 1992-2016 (percent of trend GDP). In: Gustavo; Buitron, Carolina Osorio WP/17/204 Policy Mix and the US Trade Balance, IMF Working Paper, September 2017, 4, URL: <https://www.imf.org/~/media/Files/Publications/WP/2017/wp17204.aspx>, zuletzt eingesehen am 22.06.2018

S. 15: Screenshot; John McCain, Tweet vom 9. Juni 2018

S. 25: Foto: Sgt. 1st Class Jacob McDonald / 21st Theater Sustainment Command; A U.S. Army Soldier guides an M1 Abrams Main Battle Tank from 1st Armored Brigade Combat Team, 1st Cavalry Division, off the ramp of the ARC vessel Endurance May 20 at the Port of Antwerp, Belgium. The unit arrived to continue the ongoing support to European security and deterrance operations as part of Atlantic Resolve URL: <http://www.21stc.army.mil/News/Article/1527884/armor-arrives-in-europe-for-atlantic-resolve-rotation/>, zuletzt eingesehen am 15.06.2018

S. 26: Foto: NATO, Allies join multinational fleet of tanker-transport aircraft, URL: https://www.nato.int/cps/ua/natobq/news_141382.htm, zuletzt eingesehen am 15.06.2018

S. 29: Foto: Vladimir Putin has been sworn in as President of Russia, licensed under Creative Commons Attribution 4.0 International, URL: <http://en.kremlin.ru/events/president/news/57416/photos> , zuletzt eingesehen am 15.06.2018

S. 31: Foto: Opening of Crimean Bridge motorway section, licensed under Creative Commons Attribution 4.0 International, URL: <http://en.kremlin.ru/events/president/news/57472/photos> , zuletzt eingesehen am 15.06.2018

S. 33: Foto: Visit to Austria, licensed under Creative Commons Attribution 4.0 International, URL: <http://en.kremlin.ru/events/president/trips/57687/photos> , zuletzt eingesehen am 15.06.2018

S. 36: Foto: Driedprawns, A view from South Korea towards North Korea in the Joint Security Area at Panmunjom. North and South Korean military personnel, as well as a single US soldier, are shown, licensed under the Creative Commons Attribution 2.5 Generic license, Quelle: Wikimedia Commons, URL: https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:070401_Panmunjeom3.jpg, zuletzt eingesehen am 15.06.2018

S. 37: Foto: Dan Scavino Jr., Kim and Trump in the summit room during the DPRK–USA Singapore Summit, licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported (CC BY-SA 3.0) license, Quelle: Wikimedia Commons, URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Kim_and_Trump_in_the_summit_room_during_the_DPRK%E2%80%93USA_Singapore_Summit.png, zuletzt eingesehen am 15.06.2018

S. 39: Foto: GG001213, 正在被装中的01A, 拍摄于大连港 licensed under the Creative Commons CC0 1.0 Universal Public Domain Dedication, Quelle: Wikimedia Commons, URL: <https://commons.wikimedia.org/wiki/File:停泊于大连港的01A.jpg>, zuletzt eingesehen am 15.06.2018

S. 41: Foto: *日本防衛省 統合幕僚監部 中国H-6型*, licensed under the Creative Commons Attribution License 4.0 International, Quelle: *Wikimedia Commons*, URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:H-6K_20119_20151127.jpg, zuletzt eingesehen am 15.06.2018

S. 48: Graphik: *Farkas, Barbara; Chinas Stahlproduktion 2016 und 2017*, Daten: *World Steel Association, Global Steel Trade Monitor*

S. 48: Graphik: *Farkas, Barbara; Die 10 Top-Zielländer für chinesischen Stahl*, Daten: *World Steel Association, Global Steel Trade Monitor*

S. 51: Foto: *Statements following Russian-Syrian talks*, licensed under Creative Commons Attribution 4.0 International, URL: <http://en.kremlin.ru/events/president/news/57488/photos>, zuletzt eingesehen am 15.06.2018

S. 52: Graphik: *Die vom syrischen Regime bzw. von oppositionellen Gruppen kontrollierten Gebiete Syriens, Stand 7. Mai 2018*, In: *Factsheet Syrien Nr. 68*; Karte: *IMG*, URL: http://www.bundesheer.at/pdf_pool/publikationen/fact_sheet_syr_68_deu.pdf, zuletzt eingesehen am 15.06.2018

S. 53: Graphik: *Das von Kurden kontrollierte Gebiet des Iraks im Norden des Landes*, In: *Factsheet Irak Nr. 68*, Karte: *IMG*, URL: http://www.bundesheer.at/pdf_pool/publikationen/fact_sheet_irq_68_deu.pdf, zuletzt eingesehen am 15.06.2018

Kartenmaterial

Mag. Andreas STUMMVOLL

Institut für militärische Geowesen (IMG)

Autoren

Dr. Rastislav BÁCHORA, eMA	Russlands im Fokus der Europäischen Union
Mag. Barbara FARKAS	Der indo-pazifische Raum
Dr. Gerald HAINZL	Subsahara-Afrika
Dr. Gunther HAUSER	Europa und die EU
Dr. Herwig JEDLAUCNIK, MBA	Donald Trump - politisches Phänomen auch auf internationaler Ebene
Dr. Johannes MAERK	Lateinamerika
Dr. Otto NADERER	Die NATO und die transatlantischen Beziehungen
Mag. Jasmina RUPP David FUSSI Simon SCHWENOHA	Die Krisenherde der MENA-Region
Dr. Felix SCHNEIDER	Weltmacht USA oder: Donald Trump und wie er die Welt sieht
Mag. Walter J. UNGER	Cyber-Lage

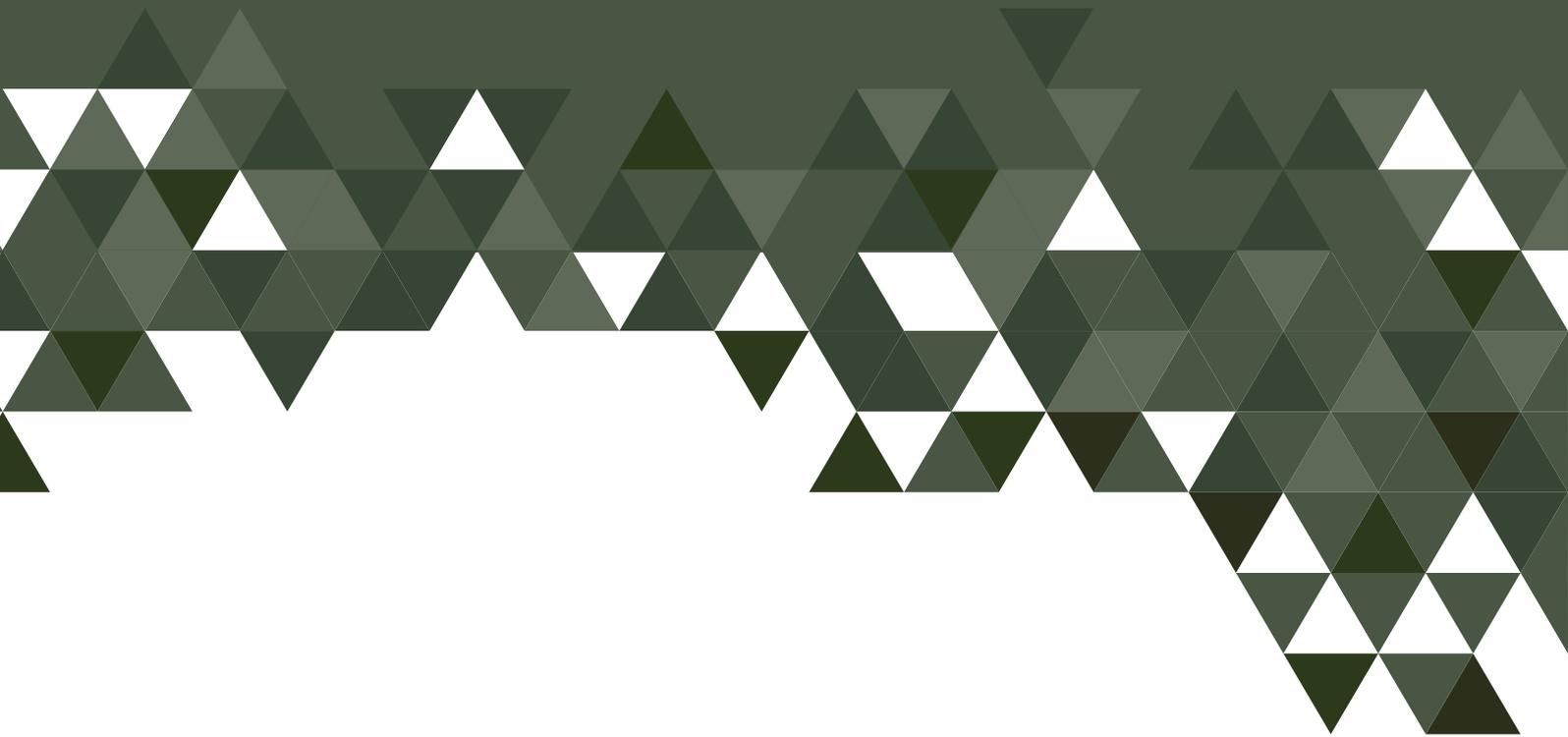
Institut für Strategie & Sicherheitspolitik (ISS)

Das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik wurde 1967/68 als Institut für militärische Grundlagenforschung geschaffen und ist damit das älteste Forschungsinstitut der Landesverteidigungsakademie in Wien. Zum ursprünglichen Auftrag, das moderne Kriegsbild und dessen weitere Entwicklung zu erforschen, militärische Strategien zu vergleichen und den Einfluss der modernen Kriegführung auf die österreichische Landesverteidigung zu untersuchen, kamen inzwischen weitere Bereiche. In die Bereiche Strategie, internationale Sicherheit sowie Militär- und Zeitgeschichte gegliedert, widmen sich die Forscher des Instituts in enger Kooperation mit zivilen und militärischen wissenschaftlichen Institutionen im In- und Ausland der Erforschung aktueller strategischer, sicherheitspolitischer und zeithistorischer Fragen. Die Ergebnisse werden in Form von Publikationen sowie in der Lehre im Ressort und darüber hinaus vermittelt.

Erhalten Sie bereits die regelmäßigen Informationen über unsere neuesten Publikationen sowie Einladungen zu unseren Vorträgen und Veranstaltungen? Wenn Sie noch nicht auf unserer Verteilerliste stehen, bitten wir um eine kurze Nachricht an lvak.iss@bmlvs.gv.at bzw. um Ihren Anruf unter +43 (0) 50201 10-28301, um Sie in unseren Verteiler aufzunehmen.

ISS: Forschung – Lehre – Meinungsbildung

www.bundesheer.at/iss



**LANDESVERTEIDIGUNGS-AKADEMIE
INSTITUT FÜR STRATEGIE UND SICHERHEITSPOLITIK**

ISBN: 978-3-903121-49-2